Stollwerck AG Köln

Imhoffs Griff in die Staatskasse

1 H 3752 CX

Seite 5/6

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 31, 4. August 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Nur 21 Flugsekunden bis zum AKW Würgassen

„Phantom"-Absturz bei Atomkraftwerk

Montag, 24. Juli. Im Tiefflug donnern zwei „Phantom"-Düsenjäger der britischen „Royal Air Force" über das südliche Weserbergland hinweg. Über dem kleinen Ort Drenke verliert der Pilot der einen Militärmaschine die Kontrolle über sein Flugzeug. In einem Feuerball explodiert die Maschine am Ortsrand. Wie Geschosse schlagen die Trümmer in die Häuser einer Siedlung ein. Die Bilanz: sechs Verletzte, schwere Verwüstungen. Wie durch ein Wunder sind keine Todesopfer zu beklagen.

Und nur acht Kilometer weiter, das sind nicht mehr als 21 Flugsekunden, steht das Atomkraftwerk Würgassen. 21 Sekunden nur trennten die Menschen im Weserbergland von einer Atomkatastrophe. Mitarbeiter des „Roten Morgen" fuhren zum Absturzort. Hier ihr Bericht.

Drenke ist ein kleiner Ort — kaum 500 Einwohner — im südlichen Weserbergland. In den Vormittagsstunden, als wir ankommen, liegt das Dorf ruhig da: Nur ein paar Kinder spielen vor den Häusern, ab und zu rollt ein Trecker mit hochbeladenem Anhänger durch die Straßen. Um diese Zeit sind die Menschen draußen auf dem Feld oder auf der Arbeit in den umliegenden größeren Orten. Und doch liegt heute eine besondere Unruhe über dem Dorf. An der Ausfallstraße nach Beverungen ist ein weißes Band von Haus zu Haus quer über die Fahrbahn gespannt. Kleine Gruppen von Menschen stehen davor. Sie blicken auf die Anhöhe, die sich einige Meter weiter erhebt, machen sich gegenseitig auf Beobachtungen aufmerksam.

Hier ist am Vortag um 9.30 Uhr die britische „Phantom"-Maschine abgestürzt und in einem Feuerball explodiert. Noch jetzt ist die Straße, sind die Gärten und Felder zu beiden Seiten von Wracktrümmern übersät. Und die Häuser drüben in der Siedlung „An den Klippen" tragen noch die Spuren der Katastrophe, bei der die Teile der zerborstenen „Phantom" wie Schrapnelle durch die Siedlung geflogen sind. Da ist ein Giebel weggerissen worden. Dort klaffen Löcher in Wänden und Dächern, sind die Fensterscheiben zersplittert.

Hinter dem weißen Band sind zwei britische Soldaten postiert. Als wir uns nähern, machen sie uns in gebrochenem Deutsch klar: Bis hierher und nicht weiter. Das ganze Gebiet um die Absturzstelle mit den verbrannten Feldern, den beschädigten Häusern, ist abgesperrt. Es gleicht einem großen Militärlager: In einer Mulde stehen dichtgedrängt Mannschaftszelte, jedes größere Wrackteil wird von Soldaten bewacht, über der Siedlung kreisen immer wieder Militärhubschrauber.

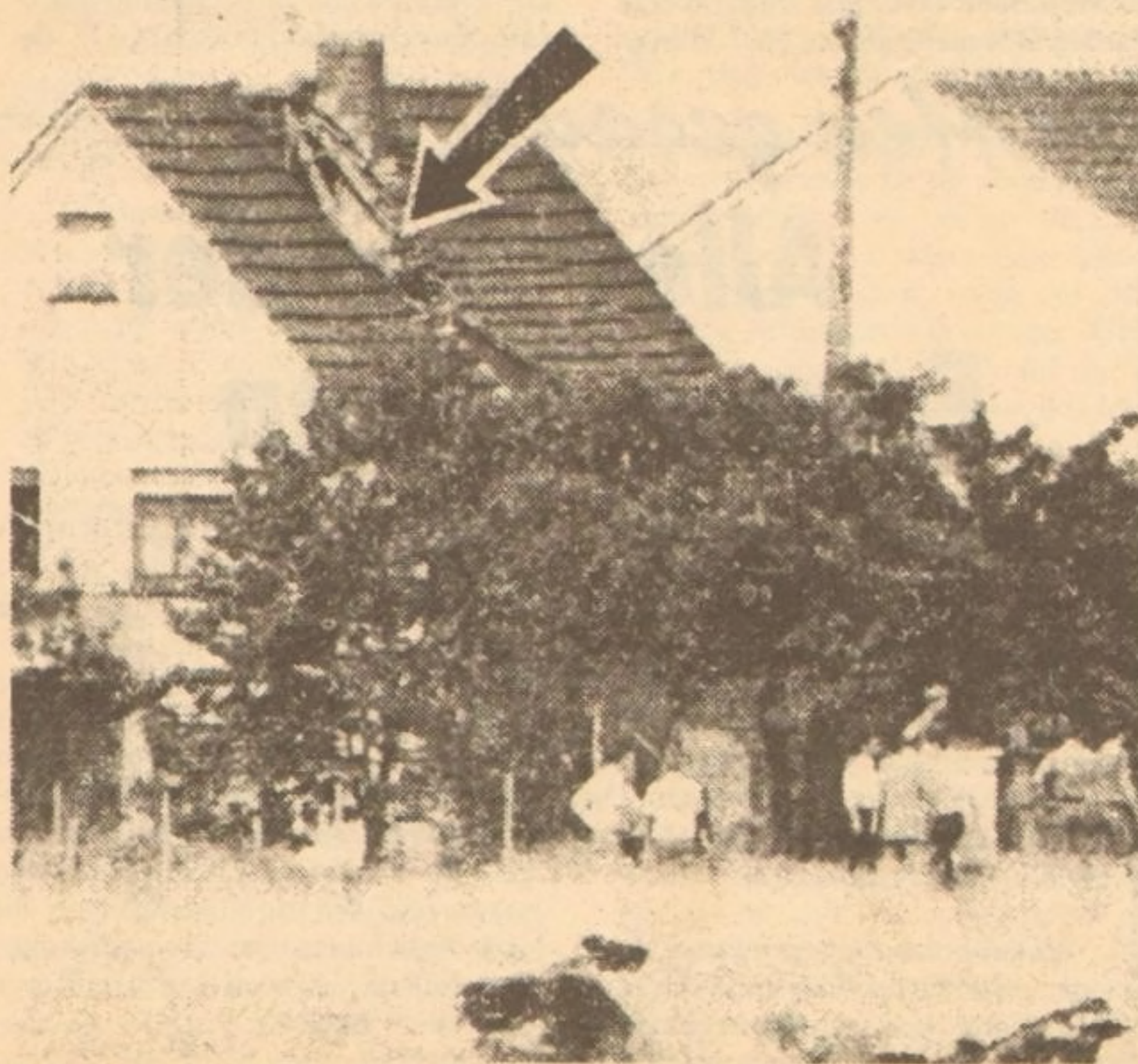
Den Menschen, die hier an den Absperrungen stehen, steckt der

Fortsetzung auf Seite 13

Wußten Sie schon...?

...daß allein in Baden-Württemberg im letzten Jahr 400.000 Liter Schadstoffe (zu 95 Prozent Mineralölprodukte) ausgelaufen sind? Dabei sind 168.000 Liter in den Erdboden versickert. Für Sofortmaßnahmen bei den 223 gemeldeten Unfällen (wie viele sind wohl erst gar nicht gemeldet worden?) wurden mehr als drei Millionen Mark aufgewendet. Für die skrupellose Umweltverschmutzung der Kapitalisten! (Siehe auch Berichte auf Seite 16).

...daß die Zahl der Handwerksbetriebe allein in Westberlin in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent abnahm und die Zahl der Beschäftigten im Handwerk um 12,9 Prozent? Diese Zahl zeigt die zunehmende Vernichtung kleinerer Betriebe und die wachsende Konzentration.



Mehrere hundert Meter weit wurden die Trümmer des abgestürzten „Phantom"-Flugzeugs geschleudert und landeten in Häusern, Vorgärten und auf der Straße der Ortschaft Drenke.

Albanien antwortet auf feindseligen Akt Chinas

Am 30. Juli hat die Zeitung „Zeri i Popullit", Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, den Brief veröffentlicht, den das ZK der PAA und der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien am 29. Juli an das ZK der KP Chinas und die chinesische Regierung als Antwort auf die chinesische Note über den einseitigen Abbruch der Hilfe und der Kredite für Albanien gerichtet hat. In diesem Brief werden anhand zahlreicher Fakten und Dokumente die wahren politischen und ideologischen Ursachen und Gründe dieser feindlichen Handlung der chinesischen Führung gegenüber Albanien aufgezeigt. Am 30. Juli hat Radio Tirana in zwei Sendungen wichtige Auszüge aus dem umfassenden Brief in deutscher Sprache gesendet. Hier eine Zusammenfassung. (Der vollständige Text des Briefes erscheint in der nächsten Ausgabe des Roten Morgen.)

Anfangs wird in dem Brief festgestellt, daß die chinesische Führung mit diesem wortbrüchigen und feindlichen Akt skrupellos offiziell zwischen beiden Ländern abgeschlossene Verträge gebrochen, willkürlich elementare internationale Regeln und Normen mit Füßen getreten und schon lange existierende ideologische Meinungsverschiedenheiten nun auch auf die staatlichen Beziehungen zu Albanien ausgedehnt hat. Ein brutaler Schritt, mit dem die Wirtschaft und die Verteidigungsfähigkeit Albaniens geschädigt und die Sache der Revolution und des Sozialismus sabotiert werden soll; eine „Handlung", wie das ZK der PAA und die albanische Regierung im Brief feststellen, „die nach Inhalt und Form die blindwütigen Methoden der Tito-, Chruschtschow- und Breschnew-Chauvinisten wiederholt, die einst auch China verurteilt hatte."

Nachdem die albanischen Genossen in dem Brief dargelegt haben, daß die von der chinesischen Führung angeführten Fakten über die Gründe für den Abbruch der wirtschaftlichen und technischen Hilfe nicht haltbar, verlogen, übertrieben und manipuliert sind — was die PAA und die albanische Regierung durch die vollständige Veröffentlichung der betreffenden Dokumente noch im einzelnen widerlegen und richtigstellen wird —, wird der chauvinistische Standpunkt entlarvt, mit dem die chinesische Führung wirtschaftliche Hilfe als Machtmittel benutzt, um einem anderen Land die eigenen politischen und ideologischen Standpunkte zu diktieren.

In dem Brief wird dann nachgewiesen, daß die wahren Gründe für die Einstellung der Hilfen und Kredite an Albanien politischen und ideologischen Charakter haben, und daß

Fortsetzung auf Seite 3

Steuerreform der Regierung:

Viel für die Unternehmer, nichts für die Werktätigen

„Kabinett beschloß: Die Lohnsteuerzahler sparen im nächsten Jahr 85 bis 1.802 DM — so lautete am 29. Juli die Schlagzeile der im Ruhrgebiet erscheinenden „Westfälischen Rundschau". Aber der Hoesch-Arbeiter, der sich dadurch zum Träumen über die Verwirklichung lang gehegter Wünsche verleiten ließ, konnte diesen Traum gleich wieder begraben. Denn in Wirklichkeit hält die jetzt vom Bundeskabinett beschlossene Lohn- und Einkommenssteuerreform längst nicht, was die Schlagzeile der „Westfälischen Rundschau" verspricht.

1.802 DM Ersparnis beschert sie nämlich nicht dem Hoesch-Arbeiter, nicht der unterbezahlten Verkäuferin, sondern Großverdienern mit einem Jahresbruttoeinkommen von 120.000 DM! Die „stolze Summe" von 85 DM dagegen können Ledige mit einem Jahresbruttoeinkommen bis zu 20.000 DM sparen! Und für Verheiratete bzw. Familien mit einem Jahresbruttoeinkommen bis zu 40.000 DM springen 170 DM Ersparnis bei dieser Steuerreform heraus! **Denn die Leitlinie bei der Reform der Lohn- und Einkommenssteuer heißt: Wer viel verdient, soll viel sparen; wer wenig verdient, soll wenig sparen!**

Die Lohn- und Einkommenssteuerreform ist Teil des neuen Konjunkturpakets, das die Bonner Regierung jetzt beschlossen hat. Sieht man sich das gesamte Paket an, dann wird vollends offensichtlich, was hier gespielt wird: Man gibt den Werktätigen unter großem Getöse ein paar Mark und den Unternehmern in aller Stille ein paar Milliarden!

Und so sehen die wichtigsten Punkte des Pakets im einzelnen aus:

1. Die Steuerprogression wird durch eine Änderung des Lohnsteuer- bzw. Einkommenssteuertarifs abgebaut. Der steuerfreie Grundbetrag des Einkommens wird um 390 DM bzw. 780 DM erhöht. Das ist — laut Bundesregierung — ein Steuergeschenk von 10,7 Mrd. DM an die Werktätigen. Schon das aber ist — gelinde gesagt — irreführend. Denn tatsächlich fließt ein Großteil dieser Milliarden nicht in die Taschen der Werktätigen, sondern in die Taschen der Großverdiener, wie selbst die offiziellen Angaben der Bundesregierung in der untenstehenden Tabelle zeigen.

2. Das Kindergeld für das dritte Kind und jedes weitere Kind soll ab 1979 UM 45 DM erhöht werden. Ab 1980 sind 20 DM mehr für jedes zweite Kind vorgesehen. Angekündigt ist weiterhin eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes. Das sind — laut Bundesregierung — weiter 2 Milliarden, die den Werktätigen zugute

Fortsetzung auf Seite 2

Schon wieder höhere Diäten

Nachdem die Abgeordneten verschiedener Länder und Kommunen sich Diätenerhöhungen bis zu 60 Prozent genehmigt haben, wollen nun auch die Bremer „Volksvertreter" nicht zurückstehen. Bewilligen wollen sie sich: 3.000 DM monatliche „Entschädigung" (10.000 DM für den Parlamentspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden), 30 DM Sitzungsgeld, eine Pauschale von 500 DM und 30 DM für jede Stunde „Erwerbsausfall". Für die bremischen Abgeordneten gilt nämlich die sogenannte Unvereinbarkeit von Amt und Mandat nur dann, wenn sie Beamte sind (dann werden sie in den Ruhestand versetzt, erhalten aber weiterhin 50 Prozent ihrer bisherigen Bezüge), oder wenn sie in leitender Position in Kapitalgesellschaften, Verbänden usw. sind, an denen der Staat zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Anderen „Erwerbstätigkeiten" können die Abgeordneten durchaus nachgehen!

Besondere Empörung unter den Bremer Werktätigen hat die Tatsache ausgelöst, daß die Abgeordneten sich eine Pension von bis zu 2.250 DM bewilligen wollen, ohne einen Pfennig dafür zu zahlen. Und daß diese Pension rückwirkend auch allen ehemaligen Abgeordneten bzw. deren Angehörigen gezahlt werden soll, sofern sie länger als sechs Jahre im Landtag waren.

Man ist es inzwischen gewöhnt, daß die Abstimmungen über die Diätenerhöhungen in seltener vollständiger Einstimmigkeit über die Bühne gehen. Anders in Bremen. 13 FDP-Abgeordnete wollen diesmal dagegen stimmen, wohl wissend, daß sie die Erhöhung der Diäten natürlich nicht verhindern können. Wie zu hören war, sind einigen dieser FDP-Abgeordneten inzwischen selbst Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Theaters gekommen. Deshalb haben sie Überlegungen angestellt, die zusätzlichen Gelder nicht für sich zu behalten, sondern für karitative Zwecke zu spenden. Leider wird aus dieser schönen Geste aber nichts werden. Es mangelt an der Einheit der FDP-Fraktion in dieser Frage...

Erpresserische Gewalt

Auf dem Wirtschaftsgipfel in Bonn waren sich die sieben Teilnehmerstaaten durchaus nicht in allen Fragen einig. In einer Frage aber gab es vollständige Übereinstimmung. Darin nämlich, daß der Kampf gegen den sogenannten „Terrorismus" verstärkt werden müssen. Einstimmig billigten die dort vertretenen Regierungen einen Beschluß, daß künftig jeder Staat, der Flugzeugentführer nicht ausliefert oder selbst verurteilt, mit einem Luftboykott bestraft bzw. in die Knie gezwungen werden soll: Der Luftverkehr der sieben Staaten in dieses Land wird eingestellt. Kein Flugzeug aus diesem Land erhält mehr eine Landeerlaubnis in einem der sieben Staaten. Auch dann nicht, wenn es über ein drittes Land einfliegt.

Das ist offene Großmachtpolitik nach dem Motto: Bist du nicht willig, dann brauch ich Gewalt. Die Achtung vor der Souveränität anderer Staaten? Was gilt sie für Großmächte wie die Bundesrepublik, Frankreich, oder gar die USA, die die Macht haben, anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen!

Sicher, ein Flugzeugboykott, wie er jetzt beschlossen wurde, ist noch keine massive, blutige Aggression. Aber kommt es auf die Größe des Gewaltaktes an? Es ist bekannt, daß diese imperialistischen Mächte die politischen und militärischen Möglichkeiten zu ganz anderen Gewaltakten haben. Was dieser Flugzeugboykott erneut beweist, ist, daß sie auch keine Sekunde davor zurückschrecken werden, ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen, wann und mit welchen Mitteln sie es für angebracht halten. Die Unabhängigkeit und Souveränität anderer Staaten ist dabei für sie kein Hindernis. Das einzige, was sie hindern kann, ist der entschlossene revolutionäre Kampf der Werktätigen und der Völker.

Menschliches Versagen?

In der letzten Woche veröffentlichte das schleswig-holsteinische Sozialministerium einen Bericht über den schweren Unfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel. Am 18. Juni waren dort zwei Stunden lang radioaktive Dämpfe ins Freie gelangt (der RM berichtete darüber). Das Ministerium mußte jetzt im wesentlichen die schweren Vorwürfe bestätigen, die damals schon gegen die AKW-Betreiber erhoben wurden.

So war die Tatsache, daß auf einigen Schreiberstreifen schon das Austreten von radioaktivem Dampt angezeigt wurde, einfach mißachtet worden. Und die automatische Schutzanlage wurde schlichtweg ausgeschaltet, damit der Betrieb weiterlaufen konnte. Inzwischen — so war zu hören — hat auch die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen. So weit, so gut.

Wer aber jetzt glaubt, es ginge den AKW-Betreibern an den Kragen, die in ihrer hemmungslosen Profitgier selbst die ohnehin unzulänglichen Sicherheitsvorkehrungen auch noch bewußt außer Kraft setzen, der hat sich gründlich getäuscht. Aus dem Bericht des Kieler Ministeriums ist klar zu ersehen, daß die Herren wieder einmal das „menschliche Versagen" einzelner Angestellter verantwortlich machen wollen. Es wäre ja auch ein Wunder, wenn die Herren in den Ministerien die wahren Schuldigen bei den AKW-Betreibern, der NWK und der HEW, suchen würden. Sitzt doch der Kieler Staatssekretär Nebel selbst im Aufsichtsrat der NWK.

Viel für die Unternehmer, nichts für die Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

kommen. Was die Herren in Bonn lieber mit Schweigen übergehen: Auch von diesen 2 Milliarden fließt ein Teil in die Taschen der Reichen. Denn vor einigen Jahren wurde das Kindergeldgesetz geändert und staatliche Unterstützung bekommen seitdem nicht nur diejenigen, die es bitter nötig haben, sondern auch diejenigen, die sowieso schon im Geld schwimmen.

3. Die Mehrwertsteuer wird am 1. Juli 1979 um 1 Prozent erhöht. Das bedeutet eine jährliche Mehreinnahme an Steuern von ca. 6 Milliarden Mark. Bekanntlich betonen die Bonner Politiker immer wieder, daß gerade diese Steuer besonders „sozial" und „gerecht" sei, weil sie jeden treffe. Das ist aber nichts als Augenwischerei. Natürlich, sowohl der Aktionär mit einem Monatseinkommen von 15.000 DM als auch der Arbeiter mit einem Monatseinkommen von 1.500 DM müssen jetzt etwa für das Brot, das sie kaufen, den gleichen Aufpreis bezahlen. Aber was sind 10 Pfennig mehr für den Aktionär und was bedeuten sie für eine Arbeiterfamilie?

Außerdem machen bekanntlich die Werktätigen die absolute Mehrheit der Bevölkerung aus, die Reichen, die Aktionäre und Unternehmer dagegen eine verschwindende Minderheit. Das aber bedeutet, daß die Werktätigen auch fast die gesamten Mehreinnahmen von 6 Milliarden durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer bezahlen, die Reichen dagegen nur einen verschwindenden Bruchteil davon. Und das ist immer noch nicht alles. Denn bekanntlich haben die Unternehmer die Möglichkeit, die Mehrkosten, die ihnen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer entstehen, durch Preiserhöhungen wieder wettzumachen. Was sie auch tun. Selbst die Bundesregierung geht von einer — durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer bedingte — allgemeinen Preiserhöhung von 0,7 Prozent aus. Die Werktätigen dagegen haben diese Möglichkeit nicht. Sie müssen zahlen — und zwar doppelt. Die Kosten, die ihnen direkt durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer entstehen und die Kosten, die ihnen dadurch entstehen, daß die Unternehmer ihre Mehrkosten durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Form von Preiserhöhungen auf die Werktätigen abwälzen. Das heißt: Im Endeffekt sind es die Werktätigen allein, die die 6 Milliarden Mehreinnahmen für die Bonner Staatskasse tragen müssen. Und das, wo erst zum 1. 1. 1978 die Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöht worden war! **Rechnet man die Milliarden, die Bonn durch die letzte Mehrwertsteuererhöhung am 1. 1. 78 und die neue Mehrwertsteuererhöhung am 1. 7. 79 kassiert, zusammen, so ergeben sich bereits bis Ende 1979 15 Milliarden DM. Das sind 2,3 Milliarden DM mehr als die 12,7 Milliarden DM, die Bonn jetzt angeblich den Werktätigen (in Wirklichkeit aber zu einem Gutteil auch den Reichen) schenkt!**

4. Während Bonn den Werktätigen mit einer Hand gibt, um ihnen mit der anderen Hand um so mehr zu nehmen, sieht es bei den Steuergeschenken für die Kapitalisten ganz anders aus. Ihnen wird nur gegeben! Und zwar erhalten sie zum 1. 1. 1980 3 Milliarden DM an Steuergeschenken, indem der Freibetrag für die Gewerbesteuer beträchtlich angehoben wird. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt erhalten sie weitere 0,9 Milliarden DM in Form von Zuschüssen und Steuernachlässen für Investitionen, Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Zu einem noch nicht festgelegten Zeitpunkt erhalten sie weitere 3,4 Milliarden DM durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer. Geprüft werden soll weiterhin, inwieweil Bonn den Unternehmern durch Zinszuschüsse, Bürgschaften und Steuernachlässe bei der Gründung von neuen Firmen unter die Arme greifen kann. Summa summarum macht das 7,3 Milliarden DM, die Bonn den Unternehmern durch das neue Konjunkturpaket zuschustert. Und das, obwohl sie von 1975 bis 1978 allein durch Änderung der Steuergesetze sowieso schon jedes Jahr 8 Milliarden DM geschenkt bekommen!

Und da besitzen die Herren in Bonn noch die Stirn, den Werktätigen ihr „Konjunkturpaket" und speziell ihre Steuerreform als „arbeitnehmerfreundlich" anzupreisen und zu behaupten, sie wollten den Anteil, den die Werktätigen am Gesamtsteueraufkommen tragen, senken! In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Zwar zahlen die Werktätigen jetzt etwas weniger Lohnsteuer, dafür werden sie aber über die Mehrwertsteuer verstärkt zur Kasse gebeten. Es ändert sich für sie also nur die Form, in der sie Steuern zahlen. Für die Unternehmer dagegen sinken die Steuern tatsächlich. **Das aber heißt, daß durch die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung der Anteil, den die Werktätigen am Gesamtsteueraufkommen tragen müssen, nicht kleiner wird, sondern noch größer!** (Wobei noch hinzuzufügen ist, daß die Unternehmer den größten Teil dieser wenigen Steuern, die sie an sich zahlen müßten, so wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft einfach nicht zahlen werden. Allein im Jahre 1977 betrugen ihre Steuerschulden 11 Milliarden DM! Und unter diesen 11 Milliarden waren sogar 850 Millionen DM Lohnsteuer, die sie zwar vom Lohn der Arbeiter einbehalten, aber nicht an das Finanzamt weitergeleitet hatten.)

Die Unternehmer können also zufrieden sein. Die Werktätigen aber, die gehofft hatten, daß der Bonner Staat tatsächlich in ihrem Sinne Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise beschließen würde, müssen feststellen, daß sie erneut getäuscht worden sind. Denn wieder einmal werden vom Bonner Staat nur die Profite der Kapitalisten auf Kosten der Werktätigen saniert. Wieder einmal werden die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht! Und anders als zum Wohl der Kapitalisten wird der Staat im Kapitalismus auch nie in die Wirtschaft eingreifen! Wenn die Werktätigen wollen, daß nicht sie, sondern die Reichen die Krise bezahlen, dann können sie nicht auf den kapitalistischen Staat vertrauen. Dann müssen sie den Kampf für ihre Interessen und Forderungen aufnehmen — gegen die Unternehmer und den Bonner Staat!

Die Lohn- und Einkommenssteuerreform der Regierung

Offizielle Angaben für Ledige: Jahresbruttolohn	Entlastung gegenüber geltendem Recht nach Tarifänderung	Offizielle Angaben für Verheiratete mit 2 Kindern: Jahresbruttolohn	Entlastung gegenüber geltendem Recht nach Tarifänderung
13.000	85	13.000	170
14.000	85	14.000	170
15.000	85	15.000	170
16.000	85	16.000	170
18.000	85	18.000	170
20.000	85	20.000	170
24.000	287	24.000	170
28.000	510	28.000	170
32.000	654	32.000	170
36.000	748	36.000	170
40.000	809	40.000	170
45.000	862	45.000	432
48.000	883	48.000	624
50.000	893	50.000	746
60.000	901	60.000	1198
70.000	901	70.000	1464
80.000	901	80.000	1624
90.000	901	90.000	1726
100.000	901	100.000	1786
120.000	901	120.000	1802

Aus dem Inhalt

Dunlop: Mutiger Kampf türkischer Kollegen 4
Wer die Bonzen beim Lügen erwischt, muß gehen 4
Verfassungsschutz im Betrieb ... 6
Verfassungsschutz spinnt sein Netz an den Schulen 7
Kampf den Nazibanden 7
Volkskorrespondenzen 8
Juli im Bild 9
UNO-Truppen nach Namibia 10
„Blockfreien"-Konferenz in Belgrad 10
Portugal: Kampf gegen die Faschisierung 11
„Draußen warten Hunderte Frauen..." 12
Die Opfer des Blutsonntags von Altona 14
Buchbesprechungen 14
Zum 100. Todestag von Honoré Daumier 15

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt...

Alles nur der Frauen wegen

Vor dem Urteil erklärte der Staatsanwalt: Sollten die Klägerinnen auch nur einen Teilerfolg erringen, würde das eine Revolution in der Presse auslösen. Nun, es hätte so starker Worte des Staatsanwalts nicht bedurft, um den Hamburger Richter Engeschall an seine Pflichten zu erinnern. Das Urteil in Sachen „Stern"-Titel stand bereits vor Prozeßbeginn fest.

Bekanntlich hatten zehn Frauen eine gerichtliche Klage angestrengt, um „Stern"-Verleger Nannen dazu zu bringen, nicht mehr mit halb oder ganz ausgezogenen Frauen auf den Titelblättern seiner Zeitschrift Verkaufswerbung zu betreiben. Richter Engelschall wies diese Klage zurück. Denn erstens, so der Richter, fehle für eine derartige Klage die gesetzliche Grundlage. Solange sie aber fehle, sei das Ganze keine Frage des Rechts, sondern der persönlichen Einstellung und des persönlichen Geschmacks! Zweitens sei die Klage gegen Nannen auch schon deshalb zu verwerfen, weil die Klägerinnen nicht „persönlich betroffen" seien. Richter Engelschall: „Klagen kann nur, wer persönlich betroffen ist. Die Klägerinnen sind aber nicht selbst vom „Stern" abgebildet worden. Sie sehen den Titelmädchen nicht einmal ähnlich." Mit anderen Worten: Klagen gegen die Vermarktung der Frau auf den Titelblättern des „Stern" können nur die „Stern"-Modelle selber!

Ein voller Sieg für die Presse (sprich: Verleger-)freiheit also! Aber Sir Henri, der Sieger, gab sich nach dem Urteil bescheiden. (Schließlich ist es auch ihm nicht entgangen, wie der größte Teil seiner Leserinnen und Leser über diese Frage denkt.) Er habe bereits über dieses Problem nachgedacht und werde weiter nachdenken, versicherte er dem Publikum. Von einem Produkt der Gedankenarbeit von Henri Nannen konnte man inzwischen in der „Frankfurter Rundschau" lesen. Dort antwortete er nämlich auf die Frage, warum er auf solche Titelbilder nicht verzichte: „Und außerdem ist es nämlich ein Irrtum zu glauben, daß solche Titel vor allem bei Männern verfangen. Da gibt es eine Motivforschung, die herausbringt, daß besonders Frauen diese Titel kaufen..."

Die chinesischen Führer hegen Supermachtträume

Während der letzten Wochen weilten der Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, und die Genossin Waltraud Aust auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens zu Besuch in der SVR Albanien. Kurz vor seiner Rückreise am 29. Juli gab der Genosse Ernst Aust dem albanischen Fernsehen und Rundfunk ein Interview. Nachdem er auf seine Eindrücke während seines Aufenthalts in Albanien eingegangen war: die Fortschritte im Aufbau des Sozialismus; die eindrucksvolle Einheit zwischen Volk und Regierung, zwischen den Werktätigen, der Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Vorhutpartei unter der Führung des Genossen Enver Hoxha; die stählerne Verteidigungsbereitschaft des albanischen Volkes, das seine Heimat in eine Festung verwandelte; antwortete der Genosse Ernst auf die Frage: Was ist Ihre Meinung zu der Note der Regierung der VR China vom 7. Juli 1978:

„Im Namen unserer Partei, ihres Zentralkomitees und Politbüros bin ich beauftragt zu erklären: Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten verurteilt mit tiefer Empörung diesen feindseligen Akt der chinesischen Führung. Damit hat die Deng-Hua-Clique den Weg der Chruschtschow-Revisionisten beschritten; damit hat sie vor aller Welt bewiesen, daß sie in ihrem chauvinistischen Großmachtstreben vor Erpressung und der Anwendung imperialistischer Methoden nicht zurückschreckt; damit hat sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus bewußt mit Füßen getreten. Es ist sicher, daß dieser heimtückische, albanienfeindliche Akt von allen fortschrittlichen Menschen der Welt verurteilt wird.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten versichert dem albanischen Volk, der albanischen Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Vorhutpartei, der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, ihre unverbrüchliche Solidarität und Freundschaft. Sie wird in allen Schwierigkeiten, in der Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, in der Verteidigung des sozialistischen Albanien, fest und treu an der Seite der Sozialistischen Volksrepublik Albanien stehen."

Auf die Frage nach dem Charakter der chinesischen Note antwortete der Genosse Aust: „Die Note ist von ihrem Charakter her zutiefst heuchlerisch und verlogen. Die Gründe darin sind vorgeschoben. Es ist doch offensichtlich, daß, wenn die Note von mangelnder Dankbarkeit der Albaner spricht, damit gemeint ist:

- daß ihr euch weigert, die revisionistische, offen konterrevolutionäre sogenannte Drei-Welten-Theorie anzuerkennen oder ihr gar in der Anwendung zu folgen;
- daß ihr es ablehnt, mit Reaktionären und Faschisten von der Art Pinochets, Juan Carlos', Mobutus, des Schah oder auch Strauß' — wie die bürgerlichen Machthaber in Peking — Bruderküsse zu tauschen, sie zu hofieren oder ihnen auf andere Art und Weise zu helfen;
- daß Ihr darauf beharrt, in Eurem Lande weiter den Sozialismus aufzubauen und es für falsch haltet, zu diesem Zweck — wie es die chinesischen Opportunisten tun — bürgerliche Parteien zur Kontrolle der kommunistischen Partei zuzulassen;
- daß Ihr die Prinzipien des Marxismus-Leninismus achtet, am proletarischen Internationalismus festhaltet, den sie schamlos mit Füßen treten;
- daß Ihr dem Weltproletariat und den Völkern empfehlt, mutig auf dem Weg der Revolution und des Sozialismus voranzuschreiten, während sie uns empfehlen, uns mit unseren Ausbeutern und Unterdrückern zu verbünden.

Weil Ihr nicht nach ihrer Pfeife, ihrer Melodie tanzt, weil Ihr Euch nicht als folgsame Sklaven erweist, nennen sie Euch undankbar und versuchen, Euch zu erpressen und einzuschüchtern.

Doch ich meine, es sind noch nicht die Männer geboren, die das albanische Volk zu sklavischem Gehorsam zwingen könnten. Das konnten nicht die neuen Zaren im Kreml, das werden noch viel weniger die neuen Kaiser in Peking können.

Das einzige, was sie mit ihrer Note erreicht haben, ist, daß der großmachtchauvinistische Charakter ihres Regimes vor aller Welt noch deutlicher wurde."

Zur Frage, was von den in der Note angegebenen Gründen und Argumenten zu halten sei, mit denen die chinesische Führung den einseitigen Bruch der zwischen China und der SVR Albanien geschlossenen Abkommen begründete, sagte der Genosse Ernst Aust:

„Die Gründe sind, wie man bei uns sagt, an den Haaren herbeigezogen, dumm und geradezu lächerlich. Was soll man davon halten, wenn die Chinesen den Albanern vorwerfen, sie hätten ihre Hilfe sabotiert, weil sie — nachdem die Arbeiten seitens der chinesischen Spezialisten endlos verzögert wurden — nun endlich verbindliche Termine für die Fertigstellung der verschiedenen Projekte im Hüttenkombinat Elbasan verlangten. Termine sind nun mal — international üblich — Bestandteile von Abkommen.

Wer kann es verstehen, wenn die chinesischen Spezialisten drei Monate brauchten, um zu beraten, wie man — sich im Hochofen bildende — Schlacken beseitigen könne, und es dann als unfreundlichen Akt betrachteten, als die Albaner, des langen Wartens überdrüssig, selbst die Schlacken entfernten.

Geradezu infam aber ist die in der Note enthaltene Unterstellung, die Albaner wollten in der Erdölraffinerie von Ballsh einen großen Unfall erzeugen, um ihn dann den chinesischen Spezialisten in die Schuhe zu schieben, sie damit zu belasten.

Ausgerechnet die Albaner, bei denen — wie ich mich stets überzeugen konnte — die Sorge um den Menschen an erster Stelle steht, sollten ihre eigenen Söhne und Töchter opfern, um die chinesischen Spezialisten zu belasten. Solch ein Gedanke kann offenbar nur den kranken Gehirnen der Machthaber in Peking entsprungen sein, hier haben sie offensichtlich ihre eigene Menschenverachtung den Albanern unterschoben."

Was, Genosse Aust, beabsichtigt die chinesische Führung mit diesem Vorgehen, wie schätzen Sie ihre zukünftigen Handlungen ein? So lautete die letzte Frage. Der Genosse Ernst erwiderte:

„Durch ihr willkürliches, aggressives Vorgehen gegen die SVR Albanien wollen die Pekinger Führer einen lästigen Mahner loswerden. Schon in der Vergangenheit hat Albanien, hat die Partei der Arbeit Albaniens sich gegenüber China, der KP Chinas, durch seine konsequente marxistisch-leninistische Haltung als ein Bremsklotz, ein Hemmnis erwiesen. Zwar konnte es die restaurative, konterrevolutionäre Entwicklung Chinas nicht aufhalten, aber doch verzögern. Mit dem Machtantritt der Deng-Hua-Clique aber zeigten die neuen Machthaber in Peking immer unverhüllter ihren wahren konterrevolutionären Charakter.

Ganz offen hetzen heute die Führer Chinas zum Krieg. Konnte man früher noch annehmen, es ginge ihnen bei ihrer These vom Hauptkriegsgefahrenherd Europa darum, das europäische Proletariat nach dem Grundsatz „Krieg dem imperialistischen Krieg" zum Kampf gegen die zwei imperialistischen Supermächte und die von ihnen geführten Militärpakte, die NATO und den Warschauer Pakt, aufzurufen, so kann man das heute nicht mehr annehmen. Zu offen zeigten sie, daß es ihnen bei ihrem ständigen Appellieren an die Wachsamkeit der westlichen Imperialisten gegenüber den sowjetischen Sozialimperialisten, bei ihrem Verlangen nach verstärkter Aufrüstung des USA-Imperialismus und der NATO niemals um etwas anderes ging, als darum, den marxistisch-leninistischen Grundsatz „Krieg dem imperialistischen Krieg" durch die These „Proletarier, Werktätige Europas, opfert euch für die Interessen eurer imperialistischen Herren, laßt euch geduldig zur Schlachtbank führen" zu ersetzen.

Wer das nicht glaubt, möge sich die Haltung der Pekinger Führer zur Frage der Einheit Deutschlands betrachten. Auch wir sind für die Wiedervereinigung Deutschlands, für ein, wie es in unserer zentralen Propagandalosung heißt, ‚vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland'. Das heißt: ohne sozialistische Revolution keine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, denn ein kapitalistisches Deutschland, ob unter der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus oder der Honecker-Clique, kann weder im Interesse des deutschen noch der anderen Völker Europas liegen.

Was aber propagieren die Pekinger Herren? Wozu versuchen sie die reaktionärsten Kräfte in Westdeutschland zu ermuntern, wenn sie von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands sprechen? Zur Infragestellung der nach dem zweiten Weltkrieg in Osteuropa entstandenen Grenzen, zur Einverleibung der DDR, zur Errichtung eines vereinten Deutschland unter der Führung des westdeutschen Imperialismus. Das aber wird ohne die Entfesselung eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt, ohne dritten Weltkrieg nicht möglich sein.

Auf diesen Krieg — aus dem sie sich als lachende Dritte vorerst raushalten möchten — hoffen sie, um, wenn Europa und weite Teile Asiens in Trümmern liegen, wenn das Blut von zig Millionen werktätiger Menschen vergossen sein wird, auf diesen Trümmern ihre imperialistische Herrschaft zu errichten.

Natürlich haben die Pekinger Großmachtchauvinisten die Rechnung ohne die westlichen Imperialisten und den USA-Imperialismus gemacht. Genauso wie sich ein Franz-Josef Strauß stundenlang mit Mao Tsetung unterhielt, unterhielt er sich auch mit Breschnew. Und die Rechnung der USA-Imperialisten geht eher dahin zu warten, bis sich die Sowjetunion und China in einen Krieg verwickeln, um dann, nachdem sie genug Kriegsmaterial verkauft haben, in der letzten Minute sich auf der Seite des voraussichtlichen ‚Siegers' am Krieg zu beteiligen. Dieses Rezept haben sie erfolgreich bereits in zwei Weltkriegen angewandt.

Wie die Entwicklung auch verlaufen wird und unabhängig von der Achtung und Freundschaft, die wir zum chinesischen Volk hegen, Chinas neue Führer hegen Supermachtträume, sie wenden die gleichen erpresserischen, imperialistischen Methoden gegenüber kleineren Völkern und Ländern an, wie die zwei Supermächte. Gleichzeitig öffnen sie ihr Land den Milliardenkrediten, der Einflußnahme der Imperialisten, vor allem denen der USA, die sich damit die längst erträumten riesigen Märkte Chinas erschließen.

Die bürgerliche Presse sagt, Albanien sei isoliert, es müsse sich zwangsläufig auf die eine oder die andere Supermacht stützen. Das ist natürlich Unsinn. Albanien wirft doch nicht den Teufel zur Vordertür hinaus, um den Beelzebub durch die Hintertür hereinkommen zu lassen. Es wird sich sicher noch stärker als je zuvor auf die eigenen Kräfte stützen und so vor allem den kleineren Staaten am praktischen Beispiel beweisen, daß dies der einzig gangbare Weg ist, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren.

Was die Frage der angeblichen Isolierung betrifft, niemand, keine größere bürgerliche Zeitung kann heute umhin, zu Albanien Stellung zu nehmen. Sicher liebt die Bourgeoisie, lieben die Imperialisten Albanien nicht. Dafür aber wird der Kreis der Freunde Albaniens, der einfachen werktätigen Menschen in aller Welt von Tag zu Tag größer. Sie, die Kapitalisten, sprechen von Albanien als von ‚Stalins letzter Bastion'. Ich halte das für ein Lob. Denn was sie meinen, ist, daß Albanien eine Bastion des Marxismus-Leninismus ist. Und nicht etwa die letzte, sondern die erste, von der nach dem Verrat der Revisionisten aller Schattierungen, die wieder wachsende marxistisch-leninistische Weltbewegung neue Impulse und Anregungen, neuen Mut und neue Kraft erhielt und erhält. Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten wird stets an der Seite ihrer albanischen Bruderpartei, der Partei der Arbeit Albaniens, ihre proletarische, internationale Pflicht erfüllen."

Albanien antwortet auf feindseligen Akt Chinas

Fortsetzung von Seite 1

der Bruch der Abkommen „eine Folge des Abweichens der chinesischen Führung vom Marxismus-Leninismus und von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, eine Folge der Annäherung und Zusammenarbeit Chinas mit den amerikanischen Imperialisten, mit dem Weltkapital und der Reaktion" ist.

Diese Abweichungen, so wird in dem Brief aufgezeigt, haben eine lange Geschichte und haben schon seit Anfang der 60er Jahre, seit den ersten Tagen des unerbittlichen Kampfes der Marxisten-Leninisten gegen das Aufkommen des Chruschtschow-Revisionismus, verschiedentlich zu ernsthaften und prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen China und den albanischen Genossen geführt.

Das zeigte sich unter anderem in der schwankenden Haltung, die die chinesische Führung im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus einnahm, zeigte sich in dem Versuch der chinesischen Führung, Albanien zum Abschluß eines Militärbündnisses mit Jugoslawien und Rumänien zu drängen, weil es sich angeblich anders nicht gegen eine imperialistische Aggression verteidigen könne und in zahlreichen anderen Fragen.

„Mit Nixons Besuch begann China", heißt es dann weiter in dem albanischen Brief, „im Spiel der imperialistischen Bündnisse und Rivalitäten um die Neuaufteilung der Welt mitzumischen, damit auch China seinen Teil abbekäme." Während sich seit dieser Zeit die Reaktionäre aller Länder, die Scheichs, Kaiser und Könige, faschistische Generäle und Revisionisten vom Schlage Titos und Carrillos in Peking die Türklinke in die Hand gaben, wurden die Beziehungen zur PAA von der chinesischen Führung einseitig faktisch abgebrochen und in formale Beziehungen verwandelt. Der Großmachtcharakter, Chauvinismus und Größenwahn der chinesischen Führer zeigte sich auch darin, daß sie es nicht für nötig hielten, auch nur einen der vielen Briefe, die die albanischen Genossen seit 1964 in den angesprochenen Fragen an sie richteten, zu beantworten. Sie zeigten damit zugleich, daß sie Furcht davor hatten, sich mit den marxistisch-leninistischen Argumenten der PAA auseinanderzusetzen. Auch der letzte Versuch der PAA 1974/75 eine Partei- und Regierungsdelegation auf höchster Ebene nach China zu schicken, wurde vereitelt. So wurde jede Möglichkeit der Diskussion durch die chinesischen Revisionisten verbaut. In ihren Beziehungen zu Albanien ließ sie sich vom Konzept des Chauvinismus und der Großmacht leiten.

Ihre konterrevolutionäre Politik fand dann ihren Höhepunkt in der Verkündung der „Theorie der drei Welten" als Generallinie, die sie auch den anderen Parteien ohne Diskussion aufzwingen wollten. Die „Theorie der drei Welten" ist eine Theorie, die keineswegs von den Chinesen, sondern von der Weltreaktion geschaffen wurde, um die Völker dieser sogenannten Welt zu unterdrücken und zu versklaven. Den chinesischen Führern dient sie heute als Rauchvorhang, um ihre Hegemonie über das, was sie „dritte Welt" nennt, zu erringen. Das sind die wahren Pläne, die sie damit verfolgen, das ist der Inhalt ihrer intriganten Komplotte auf dem Balkan, denen die Völker dieses Gebietes und die Völker der Welt wachsam begegnen müssen.

Abschließend wird in dem Brief festgestellt, daß die Beweggründe für den Bruch der Abkommen eben darin zu suchen seien, daß sich die PAA nie der politischen Linie der chinesischen Führung unterworfen und ihr Diktat akzeptiert hat, sondern die Interessen der Revolution und des Sozialismus in Albanien und im internationalen Maßstab konsequent verfolgt und auf ihren Parteitagen, zuletzt auf dem 7. Parteitag, dargelegt und verteidigt hat, wie es das Recht und die Pflicht einer jeden kommunistischen Partei ist und bleibt.

Die Einstellung der Hilfe und Kredite an Albanien hat eine große internationale Bedeutung, weil sie vor aller Welt beweist, daß sich China gegen den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus gestellt, daß es sich eine chauvinistische Politik des Diktats zu eigen gemacht hat und anwendet, daß es eine hegemonistische Politik betreibt und mit der brutalen Willkür einer Großmacht handelt. Dies entlarvt auch den Charakter der chinesischen Hilfe, die sie nicht nur Albanien gewährt hat, sondern auch den Völkern der „dritten Welt" gewährt, nämlich um ihnen ihren Willen aufzuzwingen, sie zu versklaven. Daß diese Politik auf den Widerstand nicht nur der SVR Albanien, sondern der marxistisch-leninistischen Kräfte des Proletariats und der revolutionären Völker der Welt stoßen wird, ist deshalb schon heute sicher.

Dieser Brief wurde zusammen mit der chinesischen Note in „Zeri i Popullit" und gleichzeitig in den Zeitungen „Bashkimi", „Luftetari" und „Drita" veröffentlicht. Die albanischen Genossen geben in ihrem Brief der Hoffnung Ausdruck, daß die chinesischen Führer ebenfalls die Standpunkte der albanischen Partei und Regierung veröffentlichen, um so dem chinesischen Volk die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenes Urteil zu bilden. „Dies ist", so wird in dem Brief betont, „eine Norm, die China in der Vergangenheit unterstützt hat."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526

BORSIG BERLIN

Unfall in der Westhalle

Am Dienstag, den 27. 6. vormittags passierte wieder einmal ein schwerer Arbeitsunfall bei Borsig. Ein jugoslawischer Kollege wurde beim Rohrbiegen schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus.

Ein dickwandiges Rohr, von auswärts geliefert, paßte nicht auf die Flansche der Turbine und mußte auseinandergebogen werden. Das wurde wie üblich mit einem Lukas gemacht, der mit einem Holzklotz verlängert wurde. Bei dem hohen Druck rutschte der Holzklotz ab und schoß dem Kollegen direkt ins Gesicht. Das Jochbein wurde zersplittert, und er erlitt eine Gehirnerschütterung.

Nun wird die Schuld dafür wieder den Kollegen in die Schuhe geschoben. Betriebsrat Steffen machte einen Anschlag ans Sicherheitsbrett mit genauem Unfallhergang und mit der „berühmten" Aufforderung, die Kollegen sollten eben besser aufpassen. Daß ein anderer als die Kollegen schuld an dem Unfall sein könnte, auf diese Idee kommt dieser „Arbeitervertreter" natürlich nicht.

Aber wer ist wirklich schuld?

So ein dickwandiges Rohr mit solch großem Durchmesser hätte gar nicht von Hand gebogen werden dürfen. Es hätte entweder an die Lieferfirma zurück- oder in die Kesselschmiede geschickt werden müssen, warm gemacht und mit der dazu notwendigen Vorrichtung zurechtgebogen werden müssen.

Solche Arbeitsgänge kosten natürlich Geld. Und dieses Geld spart Borsig ein. Auf Kosten der Gesundheit und auch des Lebens des Arbeiters. Denn für den jugoslawischen Kollegen ist es eine reine Glückssache, daß er noch lebt.

Also ist es nicht der Arbeiter, der schuld ist, sondern die Borsig-Kapitalisten.

Treten wir der Profitgier der Kapitalisten auf Kosten unserer Gesundheit mit der Forderung entgegen: *Beseitigung aller Unfallgefahren!*

Bodenloser Verrat der HBV

Liebe Genossen,

ihr habt im RM über den Warnstreik des Bibliographischen Instituts AG, Mannheim, vom 18. 5. berichtet. Bekanntlich fand dieser Streik aus Protest gegen den von den Kapitalisten mit der DAG (unter Ausschluß der Gewerkschaft HBV) ausgehandelten Tarifvertrag mit einer Erhöhung von fünf Prozent statt.

Nach diesem und anderen Warnstreiks haben die Kapitalisten (Buchhändler und Verleger in Baden-Württemberg) nun doch noch mit der HBV verhandelt und dabei zu den fünf Prozent noch eine Beteiligung von 13 DM monatlich zum 624-DM-Gesetz angeboten. Dieses „Angebot" hat bei allen Beschäftigten des Bibliographischen Instituts Empörung und einhellige Ablehnung hervorgerufen, zumal im Bibliographischen Institut aufgrund einer von der Belegschaft erreichten innerbetrieblichen Regelung ab Juli '78 bereits 26 DM fürs 624-DM-Gesetz bezahlt werden (dieser Betrag erhöht sich jetzt auch nicht).

Zudem waren die Kollegen der Meinung, es gehe erst einmal um eine echte Lohnerhöhung in einem Tarifvertrag, die nicht durch zusätzliche Leistungen ersetzt werden kann.

Trotzdem hat die HBV diesem frechen Lohnraubabschluß zugestimmt (Begründung: Das Ziel, Verhandlungen mit den Unternehmern ohne die DAG, sei „erkämpft" worden, für ein noch höheres Ergebnis sei leider keine Kampfbereitschaft mehr da). Auf diesen bodenlosen Verrat reagierte ein Teil der Kollegen natürlich resigniert. Schließlich hatten sie zwei Stunden gestreikt (was von ihrem Gehalt abgezogen wurde) und das Ergebnis für sie war gleich null.

Eine ganze Anzahl von Kollegen hat aber recht klar erkannt, daß dieser Abschluß ein klarer Verrat am Kampf der Belegschaft war, ein Verrat, der nicht aufgrund einer nicht kampfbereiten Belegschaft gelungen ist (dazu ist noch zu sagen, daß die Kollegen in den Buchhandlungen über den Tarifkampf von der HBV überhaupt nicht informiert worden waren, sondern davon in der Tageszeitung gelesen hatten), sondern durch die korrupten Führer der HBV mit voller Absicht herbeigeführt worden ist.

Der große Hammer kam aber dieser Tage, als der Geschäftsbericht des Bibliographischen Instituts AG veröffentlicht wurde: Dort konnte man nachlesen, daß sich der dreiköpfige Vorstand des Bibliographischen Instituts einen Monatslohn von je ca. 12.500 DM zugebilligt hatte, eine Erhöhung von über 17 Prozent!!! Kommentar einer Kollegin: „Diesen Gangstern werde ich nie wieder ein Wort glauben!"

Rot Front!
Ein Genosse aus Mannheim

Betrogen und entlassen

Folgender Fall ereignete sich in diesem Jahr in der Westberliner Verwaltung. Einer Angestellten sollte wegen „erheblicher Fehlzeiten" gekündigt werden. Diese Fehlzeiten waren nichts anderes als ein durch langwierige Krankheit bedingtes Fehlen auf der Arbeit.

Da man sich bei der Entlassung absichern wollte, wurde ein amtsärztliches Gutachten angefordert. Dieses Gutachten kam — anders als die Behörde erwartete — zu dem Schluß, daß die Krankheit der Frau im wesentlichen auskuriert sei und weitere Fehlzeiten nicht zu erwarten seien. Unter diesen Umständen hätte wahrscheinlich der Personalrat der Kündigung widersprochen und man hätte andere Gründe für den Rausschmiß finden müssen.

Stattdessen verfuhr man folgendermaßen: Dem Personalrat wurde mitgeteilt, in dem amtsärztlichen Gutachten hätte gestanden, auch in Zukunft würde die Frau nicht voll einsetzbar sein. Daraufhin erteilte der Personalrat die Zustimmung (diese Zustimmung ist juristisch null und nichtig, da der Personalrat nicht ordnungsgemäß gehört wurde; der Frau ist also nicht gekündigt worden).

Als die gekündigte Frau nun Kündigungsschutzklage erhob, wurde im Prozeß auch über das Gutachten gesprochen. Die Behörde sagte auch diesmal, daß künftig mit erheblichen Fehlzeiten zu rechnen sei. Als das Gericht sich das Gutachten nun einmal anschauen wollte, behauptete der Vertreter der Behörde frech, er könne das Gutachten nicht vorlegen; im übrigen könne man sich ja auf die Aussage einer Behörde verlassen. — Das Ergebnis: Die Kündigungsschutzklage wurde abgewiesen.

Streik bei Dunlop in Hanau

Mutiger Kampf türkischer Kollegen

Am Freitag vorletzter Woche traten 70 bis 80 türkische Kollegen bei Dunlop in Hanau selbständig in den Streik. Es sind die Arbeiter der Abteilung Autopolster. Sie gehört zu einem Teilbereich der Dunlop-Werke namens Dunlopillo. Der Kampf der Kollegen richtet sich gegen die brutale Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und gegen die schlechte Entlohnung. Am Dienstag vergangener Woche mußten die Kollegen ihren Streik zunächst abbrechen, weil es bis dahin noch nicht gelungen war, weitere Abteilungen in die Streikfront einzubeziehen.

Die Arbeit in dieser Abteilung ist sehr hart, die Arbeitsbedingungen sind unmenschlich. Es ist heiß, und es herrscht ein unerträglicher Gestank, der von giftigen Abdämpfen kommt. Wegen der giftigen Gase sind mehrfach schon Kollegen umgekippt und mußten aus der Halle getragen werden. Trotzdem hatten die Dunlop-Bosse keine Skrupel, die Ausbeutung der Kollegen weiter zu verschärfen. Vor längerer Zeit erhöhten sie die Bandgeschwindigkeiten von 16 auf 20 Touren. Aber das wollten die Kollegen sich nicht mehr gefallen lassen. Sie legten der Geschäftsleitung folgende Forderung vor:

„Entweder 3 DM Stundenlohn mehr (13,08 statt bisher 10,08) oder Rückschaltung der Bandgeschwindigkeit auf 16 Touren!"

Die Arbeiter setzten der Geschäftsleitung eine Antwortfrist von vier Wochen. Die Antwort der Bosse kam, und sie war eine Provokation: Zurückstufung der Bandgeschwindigkeit auf 16, aber bei gleichzeitiger Lohnkürzung. Die Maschinenarbeiter sollten 1,80 DM weniger erhalten, die Arbeiter am Band 1,30 DM weniger. Jetzt war das Maß voll! Die Kollegen traten in den Streik.

Es war Freitag früh, als der Streik begann. Um neun Uhr erscheinen Vertreter der Geschäftsleitung in der Abteilung. Mit Einzelvorladungen und Entlassungsdrohungen versuchen sie, die Arbeiter zum Abbruch ihres Kampfes zu erpressen. Aber die Kollegen lassen sich nicht einschüchtern. Keiner nimmt die Arbeit auf. Um zehn Uhr lassen die Bosse dann Zettel verteilen, auf denen die Arbeiter sich schriftlich erklären sollen, ob sie die Arbeit aufnehmen wollen oder nicht. Gleichzeitig stellen die Bosse ein Ultimatum: Wird fünf Minuten nach Verteilung der Zettel noch weitergestreikt, dann wird die Polizei geholt. Aber auch mit diesem widerlichen Spaltungs- und Erpressungsmanöver beißen sie auf Granit. Keiner unterschreibt! Kurz danach erscheint die Polizei auf dem Gelände. Aber die Kollegen lassen sich auch jetzt nicht einschüchtern. Die Polizei zieht daraufhin wieder ab. Offensichtlich will man für dieses Mal noch nicht eine unkalkulierbare Verschärfung des Konflikts riskieren.

Als um 13.30 Uhr die zweite Schicht eintrifft, tritt sie unter den gleichen Forderungen sofort in den Streik. Die Streikfront steht! Die Feinde der Arbeiter setzen nun darauf, die Streikenden zu isolieren und „auszuhungern". Betriebsrat und Gewerkschaft stellen sich blind und taub und lassen sich nicht blicken. Als sie von den streikenden Kollegen um Unterstützung gebeten werden, erklären die Gewerkschaftsbonzen, sie könnten diesen Streik nicht unterstützen, weil es ein „wilder" Streik sei. Sie versuchen sogar, die Kollegen einzuschüchtern, indem sie erklären, auch gegen die eventuelle Entlassung der Streikenden könne die Gewerkschaft nichts unternehmen.

Gewerkschaftsapparat, Geschäftsleitung und die Lokalpresse schweigen den Streik tot, damit der Funke nicht auf andere Abteilungen überspringen kann. Aber am Samstag kommt die RGO über türkische Revolutionäre in Kontakt mit den Streikenden. Die RGO erstellt ein Flugblatt, damit der Streik im ganzen Werk bekannt wird. Am Montag abend organisiert die RGO zusammen mit türkischen Genossen eine Kundgebung vor dem Tor 1. Die Reaktion der Kollegen war gut. Oft kamen Äußerungen wie: „Mensch, endlich wird wieder mal was gemacht!"

Am Montag abend kam es dann zur Gründung einer provisorischen Streikleitung. Unter anderem wurde auch ein deutscher Vertreter der RGO hineingewählt. Diese Streikleitung gab sofort eine Presseerklärung heraus und begann mit der Vorbereitung einer Streikversammlung. Ein türkischer Kollege wurde beauftragt, noch einmal mit dem Gewerkschaftsapparat wegen Unterstützung des Streiks zu verhandeln. Der IG-Chemie-Bonze, mit dem der Kollege sprach, reagierte in bezeichnender Weise: Er wisse genau, woher der Wind wehe. Hinter allem stecke nämlich die RGO, das zeige schon der ganze Ablauf der Sache. Die Streikenden sollten sich lieber von der RGO distanzieren, denn die wolle nur Terror stiften. Im übrigen könne die IG Chemie den Streik gar nicht unterstützen, denn das sei eigentlich gar kein Streik, sondern ein ungesetzliches Verhalten.

Aber die Tatsache, daß auch am Montag der Streik voll durchgestanden wurde, ließ die Bonzen doch in Bewegung kommen. Sie sahen ihre Felle davonschwimmen. Plötzlich meldete sich auch die Presse zu Wort und jubelte den Betriebsrat zum „letzten Retter" hoch, der angeblich 36 drohende Entlassungen abgewehrt habe. Allerdings: Bei den streikenden Kollegen machte dies keinen Eindruck. Sie haben die Bonzen zur Genüge kennengelernt!

Am Dienstag beschlossen die Kollegen, den Streik abzubrechen, weil es noch nicht zu Solidaritätsaktionen in anderen Abteilungen gekommen war. Für die Dunlop-Kapitalisten wäre es unter diesem Umständen relativ leicht, die Streikenden zu feuern und ihre Arbeitsplätze durch neue Kräfte zu besetzen. So bleibt es zwar zunächst bei der hochgeschraubten Bandgeschwindigkeit. Aber immerhin wurde den Arbeitern eine um 16 Pfennig erhöhte Erschwerniszulage zugestanden. Das zeigt, daß den Bossen doch der Schreck in die Glieder gefahren ist.

Die türkischen Arbeiter aber sagen: „Das war noch nicht das Ende. Wenn nötig, wird erneut gestreikt, und dann mit Unterstützung aus anderen Abteilungen!" Und tatsächlich ist die Kampfbereitschaft bei Dunlop nicht zu übersehen. Vor wenigen Wochen gab es bereits einen spontanen Streik der Handwerker, die für Angleichung ihrer miserablen Löhne an die Akkordlöhne kämpfen. Auch in anderen Abteilungen herrscht Unruhe. Außerdem: Dunlop muß ab jetzt mit der RGO rechnen! Auch das ist ein Ergebnis des Streiks in der Autopolster-Abteilung.

Wer die Bonzen beim Lügen erwischt, muß gehen!

Volkskorrespondenz aus Iserlohn

In einem Iserlohner Metallbetrieb. Ein ausländischer Kollege steht an seiner Maschine und ist sauer über die schlechten Arbeitsbedingungen, die miese Entlohnung usw. Da kommt der IGM-Betriebsrat Paul L. daher und hört das. Sofort legt er sich ins Zeug. Das sei doch eine riesige Sauerei, daß die Beschwerden des Kollegen nicht schon längst erledigt worden seien. So ginge das nicht mehr weiter, er würde sich jetzt sofort persönlich darum kümmern.

Mit der Behauptung, nun sofort zum Büro raufzugehen, verließ er die Halle. Ein anderer Kollege folgte ihm heimlich und stellte fest: Der Betriebsrat Paul ging nicht zum Büro, sondern für eine Viertelstunde aufs Klo. Dann kam er in die Halle zurück und erzählte dem Kollegen, er sei „oben" gewesen und hätte denen ordentlich Bescheid gesagt, und nun käme die Sache in Ordnung.

Der betroffene Kollege hat sich gefreut. Er hat zu den anderen Kollegen gesagt: „Der Paul ist ein prima Kollege, auf den kann man sich verlassen." Aber der andere Kollege hatte doch genau gesehen, daß Paul gar nicht nach oben gegangen war, sondern sich nur auf die Toilette verdrückt hatte. Als er dies nun seinem Arbeitskollegen erzählte, konnte der das erst gar nicht glauben. Aber dann stellte er den IGM-Betriebsrat zur Rede und sagte ihm, er sei gesehen worden.

Paul L.s einzige Antwort: „Wer war das Schwein?" — Aber alle hielten dicht. Der Betriebsrat hat alles versucht, jeden einzeln befragt — kein Erfolg.

Der Kollege, der den Betriebsrat ertappt hatte, war am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung in Iserlohn. An seiner Jacke trug er das RGO-Abzeichen. Da kommt Betriebsrat Paul auf ihn zu: „Was hast du denn da für ein Abzeichen anstecken? — Hier, nimm doch eins vom DGB." Aber der Kollege hat ihm erwidert: „Nee, nee, das Abzeichen ist genau richtig, ich brauch deins nicht!"

Außerdem wurde der Kollege dabei beobachtet, daß er mit einem Flugblattverteiler der KPD/ML ein paar freundliche Worte wechselte. Am nächsten Morgen im Betrieb ging das Theater los. Betriebsrat Paul hielt eine Ansprache: Dieser Kollege sei ein Kommunist, ein ganz gefährlicher Mensch — dem könne man nicht trauen, und die Kollegen sollten sich von ihm fernhalten. Das haben die Kollegen nicht getan.

Als unser Kollege nun krank wurde, kam er ganz schnell mit auf die Liste derer, die „wegen Arbeitsmangel" entlassen werden sollten. Als er nach einigen Tagen zur Arbeit kam, sprach ihn der Meister sofort auf die Kündigung an. Es tue ihm leid. Er sei deshalb sogar beim Betriebsleiter gewesen, aber der habe ihm gesagt, da sei nichts zu machen — das hätten andere entschieden.

Dies ist wieder mal ein offensichtliches Beispiel dafür, daß DGB-Betriebsräte nicht nur fast jeder Entlassung zustimmen, sondern auch aktiv dafür sorgen, daß unbequeme Kollegen oder gar Kommunisten bei passender Gelegenheit gefeuert werden.

Der Kollege hat sich durch diese Erfahrung nicht beirren lassen und steht sogar noch fester zu seiner Überzeugung.

Stollwerck AG/Köln oder: Wie man kostenlos zu einer neuen Fabrik kommt



Das Gebäude im Severinsviertel



Die neue Fabrik in Porz

Imhoffs Griff in die Staatskasse

„Stollwerck verwöhnt" — dieser Werbespruch mag für den Besitzer dieses Schokoladen-Imperiums zutreffen. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter heißt „Stollwerck": skrupellose Rationalisierung, Entlassungen, kaum vorstellbare Arbeitshetze und Ausbeutung. Und dies finanziert durch Subventionen des Staates und der Stadt Köln! Eine Geschichte, wie sie der Kapitalismus schreibt...

Ende der sechziger Jahre ließ das „süße Geschäft" bei der Stollwerck AG nach. Nach neun „fetten" Jahren kein Gewinn mehr. Die Deutsche Bank verkaufte zum Jahreswechsel 71/72 ihren Kapitalanteil von 48 Prozent an einen Hans Imhoff. Und weil dieser „kleine Dicke von der Mosel" („Die Zeit") nun die entscheidende Rolle beim großen Schokoladengeschäft spielt, ein paar Worte zu seiner Karriere.

Vom Schwarzmarkt zum Schokoladenmarkt

Angefangen hat Imhoff nach 1945 mit Schiebereien und Schwarzmarktgeschäften in Bullay an der Mosel: Salz gegen Zucker, Zucker gegen Wein usw. Schon 1947 arbeiteten 100 Mann für sein skrupelloses Geschäft mit Hunger und Armut. In den Lagerhallen des Schwarzmarktgroßhandels begann Imhoff dann, Schokolade und Süßwaren zu produzieren. Während der Lohnkostenanteil in der Süßwarenbranche üblicherweise bei 20 Prozent liegt, drückte Imhoff ihn auf sechs Prozent! Mit dem riesigen Profit, den er so aus den Arbeitern herauspreßte, kaufte er auf: 1968 die Schokoladenfabrik Hildebrandt GmbH in Westberlin. Später die Schweizer Firma Chocolat Titlis AG in Lugano.

Und in dem Schweizer Steuerparadies Tessin oberhalb des Luganer Sees siedelte sich Imhoff dann auch an. Durch Schmiergelder, sowohl an den Gemeindedirektor von Morcote als auch an den Chef der Tessiner Fremdenpolizei. Einen Geldumschlag mit 30.000 Franken legte Imhoff auf den Tisch eines Luganer Cafes.

Dieser „dicke, joviale Mann mit Sinn für Realitäten" („Kölner Stadtanzeiger") übernahm also die Regie bei Stollwerck. Und schon 1973 erhielt er mehrfach Applaus auf der Aktionärsversammlung. Denn sein Rationalisierungsterror war beispielhaft. Als Imhoff kam, arbeiteten bei Stollwerck noch 2.139 Arbeiter und Angestellte, 1972 dann 1.714, 1973 waren es noch 1.320. Die übriggebliebenen Arbeiter wurden skrupellos angetrieben. Der Umsatz sank nicht, sondern stieg!

Das Ergebnis aller Maßnahmen zeigt sich in der erneuten Verbesserung der nachstehenden Kennziffern für den Berichtszeitraum gegenüber dem Kalenderjahr 1972:

Gesamtleistung in DM pro Beschäftigten	+ 25%
Kiloleistung pro Fertigungsstunde	+ 15%
Kiloleistung pro Gesamtstunde	+ 6%
Zahl der geleisteten Überstunden	− 39%
Durchschnittswert pro Rechnung	+ 51%
Umsatz pro Mitarbeiter	+ 26%
Personalkosten	
Kalenderjahr 1972	28,9 Mio DM
Kalenderjahr 1973	24,4 Mio DM

Aus der Stollwerck-Bilanz 1973

Aber damit waren für Imhoff in dem alten Fabrikgebäude im Kölner Severinsviertel die Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft, den Profit zu steigern und die Löhne zu senken. Nur in einer neuen Fabrik mit modernsten Maschinen war die Rationalisierung noch weiter voranzutreiben. Also machte sich dieser „Bilderbuchkapitalist" daran, die Umsiedlung in ein neues Gebäude vorzubereiten. In Köln-Porz besaß Stollwerck einiges Land.

Das Geschäft mit der Bodenspekulation

Zunächst versuchte Imhoff, das alte Fabrikgelände im Severinsviertel zu „versilbern". Grundstückswert nach einem städtischen Gutachten: 5,5 Millionen Mark. Doch wie es der „Zufall" will, wird im Stadterneuerungsbericht III ausgerechnet das Severinsviertel im Dezember '72 zum Sanierungsgebiet „oberster Priorität" erklärt. Eine günstige Gelegenheit, sich auf Kosten des Städtebauförderungsgesetzes zu „sanieren".

Imhoff verlangte kaltschnäuzig zwischen 50 und 70 Millionen Mark für das Grundstück. Während er mit der Stadt verhandelte, hatte er allerdings schon ein anderes Geschäft vor. Der Bauspekulant Renatus Rüger besaß ein Stollwerck-Aktienpaket von 20 Millionen Mark. Imhoff war auf diese Aktien scharf, denn mit diesen Aktien besaß er dann 80 Prozent der Stollwerck AG. Also trieb er durch langandauernde Verhandlungen mit der Stadt den Preis für das Grundstück hoch, um in Wahrheit Rüger einen Tausch anzubieten: Aktien gegen Grundstück.

Im Juni 1974 erklärte sich der Kölner Stadtrat bereit, das Grundstück für den weit überhöhten Preis von 25,5 Millionen Mark zu kaufen und außerdem 9,6 Millionen Mark für „Umzugskosten" zu zahlen. Im „Kölner Stadtanzeiger" wurde dazu erklärt: „Die Stadt hat sich, nicht zuletzt, um die 1.000 Arbeitsplätze zu erhalten, zu diesem Geschäft entschlossen." Als der Preis diese Höhe erreicht hatte, legte Imhoff die Weichen für das Tauschgeschäft.

Kurz vor dem 23. Dezember 1974, an dem das Stollwerck-Gelände rechtskräftig zum Sanierungsgebiet erklärt wurde, ging es Schlag auf Schlag. Am 18. Dezember verkauft Imhoff sein eigenes Werk an der Mosel an die Stollwerck AG für 18 Millionen Mark. Am 19. Dezember kauft er mit diesem flüssigen Geld die Stollwerck-Aktien von Rüger. Am 20. Dezember kauft Rüger für 48,3 Millionen Mark das Stollwerck-Gelände. Die Hast ist verständlich, denn nach dem Städtebauförderungsgesetz ist jeder Verkauf, jede Veränderung nach diesem 23. Dezember genehmigungspflichtig.

Das Ergebnis: Imhoff besaß nun 80 Prozent der Stollwerck-Aktien. Der Stadtrat hatte die 9,6 Millionen Mark für Umzugskosten, die er in Verbindung mit dem Grundstückskauf auszugeben gedachte, bereits genehmigt. Das Grundstück war allerdings nun in den Händen des Bauspekulanten Renatus Rüger, der es zu dem „offiziellen" Preis von 48,3 Millionen Mark eingetauscht hatte. Ein Preis, an dem die „ausgetricksten" Ratsherren nun nicht vorbeigehen konnten!



An dieser automatischen Eintafel-Anlage arbeiten jetzt zwölf Frauen. Die gleiche Arbeit wurde in der alten Fabrik von 80 Frauen gemacht.

Ein jahrelanges Gerangel, auch mit Prozessen, setzte ein. Inzwischen hat die Stadt gekauft. Für den „realistischen und sehr akzeptablen" Preis von 40 Millionen Mark! Die Entscheidung wurde am 5. Juli 1978 von dem stellvertretenden CDU-Bürgermeister und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden gefällt, ohne die Zustimmung des Rates, mit einer sogenannten „Dringlichkeitsentscheidung". Und wer zahlt die 40 Millionen? Die Gelder kommen aus den Mitteln des Städtebauförderungsgesetzes, also aus unseren Steuergeldern!

Hst. 8820.932.5001.8 Sanierung Severinsviertel - Ankäufe	30.500.000,-- DM
bisher verausgabt (Entschädigung für sonstige Vermögensnachteile der Fa. Stollwerck durch die Verlegerung)	9.600.000,-- DM
Rest	20.900.000,-- DM

Aus dem Haushaltsplan der Stadt Köln

Das Geschäft mit den Zuschüssen

Aber damit war für Imhoff die Plünderung der „öffentlichen Hand" noch nicht beendet. Am 28. Februar 1975 trafen sich Vertreter von Stollwerck und der Stadt Köln, um einen „Betriebsverlegungs- und Unterstützungsvertrag" abzuschließen. Denn Imhoff drohte zur rechten Zeit mal wieder damit, daß er seine Fabrik auch in eine andere Stadt verlegen könne. In dem Vertrag wurde Imhoff erstens das bereits erwähnte Geschenk von 9,6 Millionen Mark (einschließlich Gewinnausfall und Sozialplan) gemacht und zweitens ein zinsloses Darlehen über zehn Millionen Mark gewährt. Ein Darlehen zu diesen Bedingungen hätte Imhoff bei einer Bank zehn Millionen Mark an Zinsen gekostet! Die einzige Bedingung für dieses Darlehen: In Köln-Porz sollen 700 Arbeitsplätze geschaffen werden!

Diesen Vertrag schleusten Oberstadtdirektor Mohnen und Oberbürgermeister von Nes Ziegler durch den Stadtrat, ohne daß die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr. Sie wählten das Verfahren der Dringlichkeitsentscheidung. Hiernach kann der Bürgermeister zusammen mit einem einzigen Ratsmitglied eine Dringlichkeitsentscheidung treffen und einen Vertrag rechtskräftig machen (§ 43, 1 der Gemeindeordnung). Der Stadtrat entscheidet dann auf der nächsten Sitzung, ohne den Wortlaut des Vertrages zu kennen! Den Vertrag ablehnen kann er allerdings nur, „soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung des Beschlusses entstanden sind". Und solche Rechte anderer, nämlich die der Stollwerck AG, waren natürlich mit dem Vertrag entstanden. Der Stadtrat konnte also nicht mehr ablehnen.

Daß der Oberstadtdirektor Mohnen Kleinaktionär bei der Stollwerck AG ist, daß der Oberbürgermeister John von Nes Ziegler seit dem Frühjahr '77 im Beirat der Stollwerck AG sitzt, und, wie Imhoff auf der diesjährigen Aktionärsversammlung ungewollt zugab, einen Beratervertrag (!) mit dieser Firma hat, kann nach diesem Vorgehen allerdings nicht mehr verwundern.

Auf jeden Fall: Die Arbeiter und der Betriebsrat von Stollwerck wurden von diesem geheimen Unterstützungsvertrag nicht unterrichtet. Nicht davon, daß der Vertrag die Zahl von 700 Beschäftigten festlegte. Nicht davon, daß die Gelder für den Sozialplan von der Stadt Köln bezahlt werden. Und so handelte Imhoff einen Sozialplan aus, der knapp zwei Millionen Mark kostete.

Nach dem Motto: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist Millionen nicht wert, ließ sich Imhoff gleich noch einen Teil der Umzugskosten durch das Arbeitsamt finanzieren. Im Herbst '75 ließ er die Produktion auf vollen Touren laufen, so daß das Lager für das Weihnachtsgeschäft voll war. Während des Umzugs meldete Imhoff dann vom 26. November 75 bis zum 4. Januar 76 Kurzarbeit an. Hiermit sparte Stollwerck noch etwa 100.000 Mark an Löhnen, die nun vom Arbeitsamt kamen. Bezahlt durch die Arbeitslosenversicherung! Rechnet man die Zuschüsse von Stadt, Land und Bund zusammen, so kommen Millionen zusammen.

1. Von der Stadt Köln kamen als Darlehen, wovon das Land 75 Prozent zahlt — **10,00 Mio**
2. Von der Stadt Köln kamen ferner als Umzugsbeihilfe, wovon auch das Land 75 Prozent bezahlt — **9,60 Mio**
3. Vom Land kam zu den Neubaukosten in Porz in Höhe von 50 Mio. ein Stukturförderungszuschuß über 7,5 Prozent = **3,75 Mio**
4. Vom Bund kam im Jahre '75 ein Investitionszuschuß zur neuen Fabrik mit 7,5 Prozent, also nochmals — **3,75 Mio**
5. Vom Arbeitsamt Lohnerstattung für den Umzug durch Kurzarbeit — **0,10 Mio**
6. Und schließlich muß man ja auch den Erlös für den Grundstücksverkauf hinzuzählen, der in den großen Imhoff-Stollwerck-Topf floß — **48,30 Mio**

Das alles zusammen beträgt: **75,50 Mio**

Das Geschäft mit den Steuern

Wer nun glaubt, die Möglichkeiten für Imhoff, die Staatskasse auszuplündern, seien ausgeschöpft, irrt sich. Imhoff gründete zur Finanzierung des Neubaus in Köln-Porz eine neue Firma, die Stollwerck-Pralinenfabrik GmbH & Co KG., die allein dazu diente, diese Fabrik zu planen und zu bauen. Von dieser „GmbH & Co KG" mietete dann die Stollwerck AG die Fabrik einschließlich der Maschinen. Man kann sich vorstellen, daß diese GmbH, die diese teure Fabrik baute und weiter nichts produzierte, hohe Verluste hat. Und dies ist das Entscheidende!

Denn nach den Steuergesetzen ist es für Großverdiener äußerst gewinnbringend, sich an den „Verlusten" derartiger Firmen zu beteiligen. Also gründete der schon bekannte Bauspekulant Rüger im Herbt '74 den Abschreibungsfonds „WITAG Fond 27", der sein Geld in diese GmbH steckte. Der Gesamtfonds umfaßte 45 Millionen Mark, davon waren 18 Millionen für die neue Fabrik in Köln-Porz und 27 Millionen für die ebenfalls zum Imhoff-Konzern gehörende Hillebrandt GmbH in Westberlin. Bis Ende 1974 hatten reiche Leute, wie Zahnärzte, Anwälte, Professoren, die vollen 45 Millionen Mark in den Fonds einbezahlt.

Denn die Beteiligung an diesem Fonds ist für diese Herren sehr lukrativ. Nehmen wir an, ein Zahnarzt verdient soviel, daß er 60 Prozent Einkommenssteuer zahlen muß. Er steckt 200.000 Mark in den Fonds. Die Fondsfirma macht am Jahresende buchungstechnisch einen hohen Verlust, nämlich 190 Prozent vom Grundkapital. Also kann der Zahnarzt in seiner Einkommenssteuererklärung als Verlust für seine Beteiligung am Fonds 380.000 Mark eintragen (= 190 Prozent von 200.000 Mark). Er braucht für diese

Fortsetzung nächste Seite

Tausende streikten im Westberliner Einzelhandel

In Westberlin läuft zur Zeit die Tarifrunde im Einzelhandel. In den letzten beiden Juliwochen traten in rund 15 Westberliner Kaufhäusern mehr als 3.000 Kolleginnen und Kollegen in teilweise mehrstündige Warnstreiks. Damit ist es nun auch in Westberlin in dieser Branche zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte zu Streikkämpfen bei einer Lohnrunde gekommen. Im größten Westberliner Kaufhaus KaDeWe streikten am



19. Juli mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen von 7.30 bis 10.30 Uhr. Die Kollegen stellten sich vor die Eingänge, und es gelang ihnen, bis zum Ende des Streiks den Verkauf weitgehend zu unterbinden. Die meisten Beschäftigten im Einzelhandel verdienen sehr schlecht. Das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten im Einzelhandel liegt an letzter Stelle in der Einkommensskala Westdeutschlands und Westberlins. Dennoch haben die Bonzen der Gewerkschaft HBV eine Forderung von nur 120 DM mehr im Monat aufgestellt.

Auch bei Texaco: Verfassungsschutz bespitzelt Arbeiter

Weil in Hamburger Betrieben bereits mehrere Verfassungsschutz-Skandale aufgekommen waren, stellte der Betriebsrat bei Texaco in Hamburg eine Anfrage sowohl an die Hamburger Bürgerschaft als auch an die Personaldirektion der Firma. Es dauerte Monate, bis schließlich eine Antwort kam. Sie kam vom Petitionsausschuß der Hamburger Bürgerschaft. In der Antwort heißt es, die Deutsche Texaco AG gehöre als Versorgungsunternehmen zu den „geheimschutzbetreuten oder sicherheitsempfindlichen“ Unternehmen, die „bestimmten Sicherheitsüberprüfungen“ unterliegen. Dazu gehöre auch „die Überprüfung von Mitarbeitern“. Außerdem sei auch „im Zusammenhang mit dem Terrorismus“ eine „Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen“ erfolgt, wobei „sowohl die Polizei als mitunter auch das Verfassungsschutzamt in Anspruch genommen“ worden sei. Es stellt sich nun die Frage: Wenn auch Texaco zu den „Versorgungs- bzw. sicherheitsempfindlichen Unternehmen mit einer Verpflichtung zu bestimmten Sicherheitsüberprüfungen“ gehört — welcher größere Betrieb gehört dann eigentlich nicht dazu?

Entlassungspläne bei Chemische Werke Hüls AG in Marl

Die Chemischen Werke Hüls AG, die jetzt vom Veba-Konzern übernommen wird, plant einen sogenannten „Personalabbau“. Der Vorstandsvorsitzende Moenkemeyer sprach in diesem Zusammenhang von einem „Drei-Phasen-Plan zur Drosselung der Kosten“. Vor allem der Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich müsse — so der Vorstandsvorsitzende — auf „die zum Teil nicht mehr unbedingt notwendigen Aufgaben und Abläufe durchforstet werden“.

Krupp-Arbeiter in Bochum kämpfen für ihre Arbeitsplätze

In der vergangenen Woche protestierten Kollegen in der Krupp-Gesenkschmiede in Bochum-Stahlhausen gegen die Verlagerung der 5.000-Tonnen-Presse nach Werdohl. Unmittelbar sind mindestens 60 Arbeitsplätze in Gefahr. Außerdem befürchten die Kollegen, daß mit der Verlagerung ein massiver Angriff auch auf viele andere Arbeitsplätze in dem Werk beginnen soll. Bereits im vergangenen Jahr hat der Krupp-Konzern nach eigenen Angaben fast 4.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Seeleute-Streik zwang Oetker-Bosse zum Nachgeben

Seit dem 12. Juli streikten die Seeleute des unter uruguayischer Flagge fahrenden Tankers „Changi Star“, der dem Oetker-Konzern gehört. Der Streik richtete sich dagegen, daß Oetker einem Matrosen statt der dem internationalen Tarif entsprechenden 579 Dollar nur 363 Dollar zahlte. Am Donnerstag letzter Woche wurde der Streik beendet, nachdem die Bosse dem Matrosen eine tarifgemäße Bezahlung zugesichert hatten.

Lohnrunde Kautschukindustrie: Unverschämter Lohnraubabschluß

Die Tarifrunde in der Kautschukindustrie ist beendet. Leider gelang es den Kapitalisten und den Gewerkschaftsbonzen, die Arbeiter und kleinen Angestellten mit einem Lohnraubabschluß von nur 4,5 Prozent abzufertigen. Die Auszubildenden erhalten eine Erhöhung ihrer Vergütungen von nur 29 Mark.

Neues Urteil des Bundesarbeitsgerichts: Verbot jeder politischen Äußerung

Anfang 1975 war es in einem Hamburger Druckereibetrieb zu einem Konflikt mit der Geschäftsleitung gekommen, weil zwei Betriebsratsmitglieder u. a. in Flugblättern und im Betriebsrat gegen eine in Hamburg von der HIAG (Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) geplante öffentliche Veranstaltung protestiert hatten. Das Flugblatt forderte die Kollegen im Betrieb auf, diesen Protest zu unterstützen. Wegen dieses Vorfalls kam es zu einem Arbeitsgerichtsprozeß, der bis zur höchsten Instanz geführt wurde. Das Urteil in dieser Sache, das das Bundesarbeitsgericht nun vor kurzem fällte, zielt auf die weitere Verschärfung der politischen Knebelung der Arbeiterklasse. Die politische Aktivität der beiden Betriebsratsmitglieder wird als Verstoß gegen das Verbot „parteipolitischer Betätigung“ gewertet, gemäß Paragraph 74, Absatz 2 des Betriebsverfassungsgesetzes. Das Urteil bedeutet eine weitere Verschärfung der Anwendung dieses Knebelparagraphen. Es zielt darauf ab, jede politische Aktivität der Arbeiter oder kleinen Angestellten im Betrieb, die den Kapitalisten und ihrem Bonner Staat nicht genehm ist, zu unterdrücken. So auch jedes antifaschistische Engagement. Wörtlich heißt es in dem Urteil: *„Unter parteipolitischer Betätigung ist alles zu verstehen, was die Arbeitnehmer zu einer Stellungnahme in parteipolitischen Fragen veranlassen soll; dies gilt auch für Maßnahmen, die ohne Nennung einer Partei offenbar deren Interessen dienen.“* Das Urteil stellt ferner fest, daß auch das Eintreten nur für eine *„politische Richtung“* verboten bleibt. Dazu die Richter: Die gesetzliche Bestimmung drohe leerzulaufen, „wenn in diesen Fällen eine Beziehung zur Tätigkeit einer bestimmten politischen Partei-Organisation nachgewiesen werden müßte“. Ferner heißt es in dem Urteil, es komme nicht darauf an, ob eine derartige Betätigung den Betriebsfrieden konkret beeinträchtigt oder den Arbeitsablauf in irgend einer Art und Weise stört, denn die „parteipolitische Betätigung“ sei *„schlechthin“* nicht erlaubt. Überdies wird von den Richtern festgestellt, daß das Verbot auch auf eine Betätigung *„in unmittelbarer Betriebsnähe“* zutrifft. Damit sind u. a. auch politische Aktivitäten in Werksnähe wie Flugblätter, die am Betrieb verteilt werden, oder Versammlungen in der Nähe des Betriebes in das Verbot einbezogen.

Der Griff in die Staatskasse

Fortsetzung von Seite 5

Summe keine Steuern zu zahlen. Da er aber sonst 60 Prozent zahlen müßte, hat er 228.000 Mark gespart (60 Prozent von 380.000 Mark). Dazu kommt dann noch die Verzinsung von zwei Prozent und die Rückzahlung der eingelegten 200.000 Mark durch die Stollwerck GmbH im Jahre 1987.

Den Gewinn dieses Zahnarztes zahlt natürlich die Bevölkerung, denn er geht an den Steuern verloren, die dieser Zahnarzt zahlen müßte. Für Stollwerck bedeutete diese zusätzliche Finanzierung durch den Abschreibungsfonds, daß Imhoff nicht einen einzigen Pfennig eigenes Kapital (!) einsetzen mußte, um die neuen Fabrikanlagen in Köln-Porz bauen und beziehen zu können. „Ein trickreicher Unternehmer“, so jubilierte der „Kölner Stadtanzeiger“. Ein Musterbeispiel dafür, wie ein Kapitalist sich in dieser Gesellschaft und in diesem Staat ohne jedes Risiko, ohne einen einzigen Pfennig Geld bereichern kann.

Die Bilanz

Sehen wir uns die Bilanz der Jahre 1974/75, Jahre der Wirtschaftskrise, an, so war diese Zeit für den Kapitalisten Imhoff sehr erfolgreich. Er besaß jetzt 80 Prozent des Aktienkapitals der Stollwerck AG! Eine neue hochmoderne Fabrik in Köln-Porz ohne einen Pfennig Eigenkapital! Und zig Millionen, die von den 120 Millionen Mark (75 Millionen aus Zuschüssen und Grundstücksverkauf, 45 Millionen aus dem Fonds) übriggeblieben waren.

Imhoff setzte dieses Geld nun systematisch ein, um die Konkurrenz auf dem Schokoladenmarkt fertigzumachen. Im Oktober '75 kaufte er von der Eszet-Schokoladenfabrik Warenzeichen und Rezepturen. Die Produktion war bereits Anfang 1975 dichtgemacht worden. Im November '76 gründete Stollwerck gemeinsam mit der Waldbaur-Schokoladenfabrik in Stuttgart eine gemeinsame Tochterfirma, bei der Stollwerck 75 Prozent des Kapitals besaß. Imhoff war allerdings am Markenzeichen interessiert. Er legte die Produktion in Stuttgart still, 400 Beschäftigte flogen auf die Straße. Die Maschinen kamen zur Hillebrandt GmbH in Westberlin, und Waldbaur wird jetzt in Köln-Porz hergestellt.

In der nagelneuen Fabrik in Köln-Porz steigerte Imhoff die Arbeitshetze bis ins Unerträgliche. Trotz des Vertrages mit der Stadt Köln und der darin enthaltenen Klausel, gab der Geschäftsbericht 1976 offen zu, daß die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten von 705 im Jahre 1975 auf 568 im Jahre 1976 gesenkt worden ist. Weitere bezeichnende Zahlen in diesem Geschäftsbericht: Steigerung der mengenmäßigen Pro-Kopf-Leistung für 1976 um 64 Prozent (!), Kürzung der Personalkosten um 3,18 Millionen Mark, Jahresüberschuß von 4,6 Millionen Mark, Dividende von zwölf Prozent.

Am 1. Juli 1977 veröffentlichte das „Kölner Volksblatt“ den bislang geheimgehaltenen „Unterstützungsvertrag“ zwischen Stollwerck und der Stadt Köln. Der Widerspruch zwischen der Zahl von 700 Beschäftigten, die Imhoff in diesem Vertrag zugesichert hatte, und seiner „Erfolgsmeldung“ im Geschäftsbericht 1976 trat offen zutage. Aber die „Stadtväter“ dachten keineswegs daran, nur das Zehn-Milliarden-Mark-Darlehen zurückzuverlangen. Als die Bürgerinitiative BISA und das „Kölner Volksblatt“ sich schließlich vor das Fabriktor stellten und im Beisein des WDR die Belegschaftsangehörigen zählten (es waren 400), beauftragte die Stadt schließlich ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen zur Zählung der Arbeitsplätze.

Und das Resultat? Im April 1978 gab das Unternehmen bekannt: Stollwerck beschäftigt 767 Menschen. Die Stadtverwaltung zog sofort den Schlußstrich unter die „Affäre“: Die Darlehensbedingungen sind erfüllt! Die Lösung des Rätsels: Die Stadt hatte den Prüfauftrag erteilt, die von Porz aus Beschäftigten zu zählen und nicht die Arbeitnehmer in der neuen Fabrik. So wurden z. B. alle Vertreter und auch die Angestellten der „Susi-Süßwarenläden (200 Beschäftigte) zwischen Kiel und Ulm, die Stollwerck inzwischen aufgekauft hatte, mitgezählt! Ein fauler Trick, um das Millionengeschenk aus der Stadtkasse vor der Öffentlichkeit weiterhin zu rechtfertigen!

Das Schokoladenherz

Der Aufstieg des Herrn Imhoff vom kleinen Schwarzmarkthändler zum Chef des Schokoladenimperiums ist nicht allein mit dem bekannten „Kölschen Klüngel“ zu erklären. Denn kein einziger der hier aufgezeigten Tricks und Transaktionen befindet sich „außerhalb der Legalität“ dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Dieser Herr Imhoff hat eben sehr anschaulich vorgeführt, wie sich ein Kapitalist in der Krise gesundstoßen kann, indem er Subventionen, Zuschüsse und Steuergeschenke dieses Kapitalistenstaates bis zum letzten ausnutzt.

Er hat ebenfalls vorgeführt, daß all diese Subventionen in keinem Fall Arbeitsplätze sichern, sondern den Kapitalisten das Geld in die Hand geben, ihre Betriebe skrupellos durchzurationalisieren und Arbeitsplätze zu vernichten. Als Imhoff kam, arbeiteten bei Stollwerck 2.139 Beschäftigte. Im Dezember 1977 war diese Zahl auf 400 Beschäftigte gesunken. Ein beispielloser Rationalisierungsterror, finanziert durch Staatsgelder!

Auf der Hauptversammlung der Stollwerck AG am 15. 6. 1978 freute sich Imhoff: „Für die Zukunft bin ich optimistisch. Und nicht nur, weil ich — wie man mir nachsagt — ein Schokoladenherz habe.“ Wir sehen die Zukunft vom Schlage eines Imhoff allerdings nicht so „optimistisch“ . Die Zeit wird kommen, wo auch die Arbeiter von Stollwerck diesem Kerl mit dem „Schokoladenherzen“ die Bilanz vorsetzen werden.

(Informationen aus: „Stollwerck, das Millionending und seine Folgen“, herausgegeben vom „Kölner Volksblatt“ — Bürgerinitiativen informieren.)

Verfassungsschutz im Betrieb

DGB-Führung für Bespitzelung der Arbeiter

In den letzten Wochen kam es zu Unruhe und Empörung unter den Werktätigen, weil eine Reihe skandalöser Bespitzelungspraktiken des Verfassungsschutzes und des Bundesgrenzschutzes aufgedeckt wurden: an den Grenzübergängen, in Betrieben und Schulen. Hier springt nun der DGB-Apparat in die Bresche, um abzuwiegeln. Dazu dient ein Artikel des Vertreters des DGB-Bundesvorstands, Gerhard Schmidt, in „Welt der Arbeit“.

Die DGB-Spitze will doch tatsächlich den Kollegen weismachen, es diene ihrer eigenen Sicherheit, wenn sie in den Betrieben von Agenten des Verfassungsschutzes bespitzelt werden, wenn die klassenkämpferischen Arbeiter und revolutionären Gewerkschafter in Verfassungsschutz-Computern registriert werden und zudem bei den Werksleitungen denunziert werden. Zu diesem Zweck greift Schmidt zu einem ganz plumpen Trick. Er spielt den arglosen Biedermann, tut so, als ginge es lediglich um Spionageabwehr in Rüstungsbetrieben bzw. in sogenannten „Verteidigungs- und lebenswichtigen Einrichtungen“. Mit keiner Silbe erwähnt er die Fälle, die in jüngster Zeit aufgedeckt wurden, und zwar ausgerechnet in Betrieben, die nicht zum Rüstungssektor gehören bzw. nicht als „sicherheitsempfindlich“ eingestuft werden: z. B. bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) oder bei Ford in Köln.

Einmal abgesehen davon, daß es eine Lüge der DGB-Bonzen ist, daß die Spionageabwehr des Bonner Staates der Sicherheit der werktätigen Bevölkerung dient — wann hat man je gehört, daß ein Ostspion in einem Industriebetrieb unter den Arbeitern aufgespürt wurde? Der DGB-Bonze Schmidt („Die Spionage wird immer schlimmer“) weiß nur zu gut, daß es dem Verfassungsschutz bei seinen Aktivitäten in den Betrieben in erster Linie nicht um Spione geht, sondern um die klassenkämpferischen Arbeiter. Er weiß auch, daß diese Tätigkeit Bestandteil der Bürgerkriegs- und Notstandsvorbereitungen des Bonner Kapitalistenstaates ist. Sie soll neben der aktuellen „Säuberung“ der Betriebe von sogenannten „aufwieglerischen Elementen“ Voraussetzungen schaffen, um in einer entsprechenden Situation Streiks niederzuschlagen, unter anderem durch Verhaftung bzw. Ausschaltung der führenden und revolutionären Kollegen.

Die DGB-Bonzen haben natürlich Grund genug, die Arbeiter zu belügen. Sie selbst arbeiten schließlich „vertrauensvoll“ mit dem Verfassungsschutz und den Bossen zusammen. Natürlich nicht, weil sie Spione im Betrieb fangen wollen, sondern, um revolutionäre Arbeiter ausfindig zu machen, um sie in konzertierter Aktion aus Betrieb und Gewerkschaft zu feuern. Beispiele dafür könnte man genug nennen. Es genügt jedoch schon, die Reklame zu erwähnen, mit der der Bonner „Informationsdienst Sicherheits-Berater“ den Unternehmern seine Dienste anbietet.

Die Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ berichtet über diesen „Informationsdienst“: *„Zur Abwehr kommunistischer Aktivitäten rät er den Unternehmern: ‚Notfalls Kriminalpolizei oder Staatsschutzbehörden um informative Hilfe bitten.‘ Und: ‚Informationsaustausch mit den Gewerkschaften und vertrauensvolle Zusammenarbeit.‘“*

Bonze Schmidt also verwahrt sich dagegen, den Verfassungschutz und sein Wirken in den Betrieben schlechtzumachen. Die Arbeiter sollen bespitzelt werden, weil es ja „in ihrem eigenen Sicherheitsinteresse ist“. Aber selbstverständlich fordert der DGB eine „saubere Bespitzelung“. So schreibt Schmidt: „Notwendig dagegen ist: ein Höchstmaß an Sauberkeit der Verfahren für den einzelnen Arbeitnehmer zu erreichen, wenn man um sie nicht herumkommt“ (natürlich erfordert das, daß der DGB-Apparat bei der Schnüffelarbeit „mitbestimmen“ darf). Worauf es der DGB-Führung ankommt, verdeutlicht Schmidt am Schluß seines Artikels: „Was wir nicht ertragen können, ist eine durch Unkenntnis ausgelöste allgemeine und darüber hinaus später politisch gesteuerte Aktion gegen unsere Sicherheit.“ Darum geht es den Herren DGB-Bonzen vor allem: die Proteste gegen die faschistischen Überwachungs- und Schnüffelpraktiken des Bonner Staates und seiner Geheimpolizei zu diffamieren, sie als „politisch gesteuerte Kampagne aus dem Osten“ zu verleumden.

Es ist die Sicherheit der Kapitalisten und ihrer Ausbeuterordnung, die die Saubermänner des DGB-Apparats vor dem Kampf der Arbeiterklasse schützen wollen. Darüber läßt sich kein klassenbewußter Kollege hinwegtäuschen.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Verfassungsschutz spinnt sein Netz an Schulen

Erinnerungen an die Nazi-Zeit werden wach

Marianne W. war bis zu ihrem Abitur Mitglied der bayrischen Landesschülervertretung. Bei Beginn ihres Studiums wandte sie sich von sich aus an den Verfassungsschutz, um sich zu informieren, ob über sie wegen ihrer früheren Funktion eine Akte angelegt worden war. Die Polit-Spione nutzten diese Anfrage, um die junge Frau zu ködern. Sie sollte gegen Bezahlung (und wohl auch für die Chance, einem eventuellen Berufsverbot zu entgehen) Informationen über Schüler liefern, mit denen sie früher zu tun gehabt hat, und die teilweise auch jetzt noch zur Schule gehen. Als Marianne W. dies ablehnte, bot man ihr an, in Studentenkreisen zu spionieren, was sie ebenfalls von sich wies.

Marianne W. veröffentlichte ihre Erfahrung. Einige Zeitungen sprachen von Skandal. Es kam zu verschiedenen ministeriellen Stellungnahmen. Und diese beweisen, daß das Spitzel- und Denunziantenwesen an unseren Schulen unter Regie des Verfassungsschutzes bereits in einem Maße wuchert, welches Erinnerungen an die Terrorherrschaft des Hitler-Faschismus wachruft.

So erklärte das bayrische Innenministerium lapidar: „Ist eine Schülergruppe extremistisch beeinflußt, so ist sie zu erfassen." Ähnliche Erklärungen kamen von zuständigen Stellen verschiedener anderer Bundesländer. Offenkundig ist es auch die allgemeine Praxis, daß Schulleitungen eng mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten. Es wurde sogar bekannt, daß im Regierungsbezirk Arnsberg (Nordrhein-Westfalen) ein Erlaß existiert, der die Schulleitungen verpflichtet, Akten über „radikale Umtriebe" an ihren Schulen zu erstellen und diese an den Verfassungsschutz weiterzuleiten.

Und nicht nur an den Schulen selbst werden die Schüler bespitzelt, sondern auch in ihrer Freizeit. In NRW ist sogar geplant, dies durch eine neue allgemeine Schulordnung ordnungsrechtlich abzusichern: In einem entsprechenden Gesetzentwurf heißt es: Auch „Meinungsäußerungen und politische Betätigung von Schülern außerhalb des räumlichen und zeitlichen Bereichs der Schule" seien zu überprüfen. Derselbe Entwurf sieht auch vor, daß Schüler von allen öffentlichen Schulen des Landes ausgeschlossen werden können, was praktisch ein Ausbildungsverbot bedeutet.

Im Zusammenhang damit muß man die geplanten neuen Schulgesetze sehen, mit denen die Schüler u. a. zur „Treue" gegenüber der Verfassung des Bonner Staates bzw. auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verpflichtet werden sollen.

Die faschistischen Überwachungs- und Bespitzelungspraxis des Bonner Staates erzeugt unweigerlich ein widerwärtiges Denunziantentum. Uber verschiedene solcher Fälle wurde kürzlich in der Illustrierten „Stern" berichtet. So haben Mitglieder der Jungen Union in Hamburg ein systematisches Denunziantentum gegen linke bzw. angeblich linke Lehrer und Schüler betrieben. Als Beispiel wurde die Denunziation des Lehrers Wolfgang Breyer als angeblicher „Terroristensympathisant" durch einen 16jährigen Schüler geschildert. Anlaß: Angeblich hatte der Lehrer aus einer im „Spiegel" abgedruckten Stellungnahme des Rechtsanwalts Mahler vorgelesen. In Düsseldorf arbeitete 1976 die CDU-nahe Schülerorganisation „Bund Demokratischer Schüler" eng mit dem Verfassungsschutz zusammen und lieferte ihm Angaben über Mitschüler und Lehrer. Zum BDS-Vorstand gehörten damals der Sohn des damaligen CDU-Generalsekretärs Biedenkopf und ein Sproß der C&A-Kleiderdynastie Brenninkmeyer.

Bürgerliche Kritiker fragen in jüngster Zeit verstört: „Nähern wir uns dem totalen Überwachungsstaat?" Sicher nähern wir uns ihm. Was da an den Schulen ins Kraut schießt, trägt eine eindeutige Handschrift. Die der faschistischen Unterdrücker! Dieser Staat und seine Hintermänner, die Krupp, Thyssen, Oetker und Konsorten bereiten planmäßig eine neue faschistische Terrorherrschaft vor, um mit den anwachsenden revolutionären Kräften und den Kämpfen der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung fertig werden zu können. Kämpfen wir entschlossen gegen den Spitzel- und Überwachungsterror! Verfassungsschutz raus aus den Schulen! Kämpfen wir gegen den Versuch der Bourgeoisie, uns ein neues '33 zu bescheren!

Kampf den Nazi-Banden

22. Juli 78, Gaststätte Tannenhof in Leatföhrden/Schleswig-Holstein. Auf Einladung des früheren Bundeswehrleutnants Michael Kühnen, heute Chef der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten", sammelten sich in der Wirtschaft etwa hundert militante Neonazis. Sie wollten eine „Hitler-Gedenktafel" enthüllen, diese übelste Ausgeburt des deutschen Faschismus ehren. Erst eine halbe Stunde nach Veranstaltungsbeginn erschien die Polizei.

Zunächst zehn Beamte. Die Neo-Nazis fühlten sich stark. Sie prügelten die Polizei hinaus. Erst beim dritten Anlauf, als Verstärkung herangekarrt war, drang die Polizei in die Wirtschaft ein. Die Neo-Nazis lieferten sich nach SA-Manier eine Saalschlacht. Warfen mit Bierflaschen, schlugen mit Stuhlbeinen. 20 der übelsten Schläger wurden abtransportiert.

Aber nach der Vernehmung ließ man sie wieder frei! Bis auf Michael Kühnen, auf den der Haftrichter wegen eines anderen Verfahrens wartete. Die anderen 80 Nazis konnten sogar nach dieser Saalschlacht ihre Versammlung fortsetzen. Ohne daß die Polizei sie erkennungsdienstlich behandelt hätte, wie es heute üblich ist, wenn die Polizei Demonstranten festnimmt, die gegen Atomkraftwerke protestieren oder gegen den Polizeiterror.

Dies zeigt die ganze Verlogenheit der staatlichen Maßnahmen. Die Polizeieinsätze, die Strafverfahren, die gerade in den letzten Wochen gegen bekannte faschistische Terrortruppen wie die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" angestrengt wurden, sind nichts anderes als Roßtäuscherei. Sie sollen den Eindruck erwecken: Dieser Staat geht gegen den Faschismus vor. Dabei sind die faschistischen Aktivitäten dieser Neo-Nazis den Behörden seit langem bekannt. Und wenn es jetzt zu Prozessen kommt, so ist dies allein eine Reaktion auf den Kampf breiter Teile der Bevölkerung, die sich zunehmend über das provokative Treiben dieser Faschistenbanden empört.

Kommen diese Faschisten vor Gericht, so demonstriert die Bourgeoisie „Milde" und „Verständnis". In Nürnberg stand der Chef der „Hansa"-Bande (Aktionsfront Nationaler Sozialisten) vor Gericht, weil er im Oktober 1977 für die im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß verurteilten faschistischen Massenmörder Kränze niedergelegt hatte und außerdem mit einem Koppel, das mit Hakenkreuzen „geschmückt" war, durch die Straßen marschiert war. Das Urteil: zehn Monate. Aber: „Auf Bewährung". In Koblenz stand der Neo-Nazi Gunnar Pahl vor Gericht, weil er nationalsozialistische Schriften gehortet und verteilt hatte. Dieser Faschist ist bereits wegen Waffenschieberei in Jugoslawien festgenommen worden. Er war mit anderen Neo-Nazis auf dem Weg zu einer Schießausbildung im Nahen Osten. Und das Urteil im Koblenzer Prozeß: sechs Monate. Ebenfalls auf Bewährung! Antifaschisten dagegen, die gegen das Wiederhochkommen der faschistischen Brut kämpfen, sitzen im Gefängnis! Da gibt es keine Bewährung, wie etwa bei den Kölner Antifaschisten.

In der Regel aber gehen die Verfahren gegen die Neo-Nazis mit Geldstrafen aus. So gegen einen Faschisten-Trupp, der mit einer wehenden Hakenkreuzfahne an einem KBW-Zeltlager vorbeifuhr und eine Schlägerei provoziert hatte. 2.400 DM Geldstrafe. Und ebenfalls das Strafverfahren gegen Edgar Geiss, Mitglied der Hamburger „Hansa"-Bande, der bei der Beerdigung des SS-Mörders Kappler mit dem Hitler-Gruß auftrat. Eine Provokation, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Empörung erregte. Geiss wurde zu 9.600 DM Geldstrafe verurteilt (einschließlich Strafe für ein faschistisches Flugblatt).

Die Geldstrafen und die Verurteilungen auf Bewährung sollen den Eindruck erwecken, als sei die Bourgeoisie gegen das Treiben der faschistischen Terrortrupps. In Wirklichkeit aber fördert sie das Erstarken der Faschistenbanden, denn diese Trupps sind nichts anderes als eine offene terroristische Kampfabteilung der Bourgeoisie, die mit ihrer Faschisierung des Staatsapparats, mit ihren Terrorgesetzen und Polizei-Sonderkommandos die Unterdrückung der Werktätigen immer mehr verschärft. Diese warmherzige Unterstützung zeigte sich auch bei dem Pfingsttreffen der Alt- und Neo-Nazis in der Gemeinde Scharzfeld am Rande des Harzes. Während die bürgerliche Presse die Razzia der Polizei gegen das Nazi-Propagandamaterial („Wille und Weg", „NS-Kampfruf") groß herausstellte, sah es genau besehen anders aus. Da verkündeten die Neo-Nazis in der Lokalzeitung „Harz-Kurier": „Mit den zuständigen Polizeidienststellen, die schon im Vorjahr einen Auftritt kommunistischer Gruppen aus Göttingen befürchteten, standen wir ... vom ersten Tag an in bester Verbindung." Und der CDU-Bürgermeister Köchermann äußerte sich: „Das war die angenehmste Gesellschaft, die wir in Scharzfeld bisher gehabt haben." Das SPD-Mitglied Kulke, Vorsitzender des Verkehrsvereins, hatte die Nazis nicht nur öffentlich begrüßt, sondern ihnen auch die Räume für eine faschistische Buchausstellung besorgt. Ortsbürgermeister Köchermann verkündete sogar nach dem Polizeieinsatz noch, wenn es nach ihm gehe, würde er die Nazis „jeden Tag wieder in Scharzfeld unterbringen".

Diese offenen Worte demonstrieren, daß die Bourgeoisie, daß ihr Staat keineswegs gegen die Nazi-Truppen vorzugehen gedenkt. Vertrauen wir nicht auf die Polizei und die Klassenjustiz! Den Kampf gegen die Faschistenbanden müssen die Antifaschisten in die eigenen Hände nehmen. Bauen wir eine starke Front gegen Reaktion und Faschismus auf, um nicht nur diese Faschistenbanden zu schlagen, sondern auch den Staat zu bekämpfen, der die Nazibanden hegt und pflegt! Kampf den Nazi-Banden! Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Polizeifalle Jever

Im Anschluß an die Kundgebung in Wilhelmshaven, über die wir kurz im letzten „Roten Morgen" berichteten, hielten die Jungen Nationaldemokraten auch in Jever eine Kundgebung ab. Einige Antifaschisten fuhren nach Jever. Sie berichten: „Hier war die Kundgebung zunächst verboten worden, dann aber kurzfristig doch erlaubt. Kurz vor Jever verengte ein Gitter die Fahrbahn so, daß jeweils nur ein Auto passieren konnte. Rechts und links Polizei. Als wir in dieser Polizeifalle drinsteckten, riefen die Polizisten plötzlich: ‚Da ist er!' und riefen die Nummer des Wagens, in dem wir saßen. Es sah so aus, als sollten wir verfolgt werden, da es nicht mehr möglich war, uns zu stoppen. So fuhren wir schnell in eine Seitenstraße in Jever, durch verschiedene kleine Gäßchen, immer wieder an Polizeisperren vorbei — Jever war ein einziges Polizeinest! Schließlich machten wir in einer kleinen Straße halt und überlegten, was zu tun sei. Kaum standen wir da, kam ein Auto und hielt hinter uns. Es blieb mit laufendem Motor etwa eine halbe Stunde hinter uns stehen, bis es dem Fahrer schließlich zu lang wurde. Er war offensichtlich ein Spitzel. Währenddessen hielten die Jungnazis wieder eine sehr lautstarke Kundgebung ab, allerdings zu einer Zeit, wo die Jeveraner sowieso am Mittagstisch saßen. Ein großes Polizeiaufgebot schützte diese Kundgebung vor einem Häuflein Antifaschisten. An diesem Erlebnis kann man wieder erkennen, wie weit die Faschisierung vorangeschritten ist: Wenn du an einer antifaschistischen Kundgebung teilnimmst, wirst du bespitzelt und verfolgt. Polizeisperren erwarten dich — wie im Faschismus."

CN-Gas gegen Hausbesetzer

Um auf die drohende polizeiliche Räumung des besetzten Hauses Bockenheimer Landstraße 93 aufmerksam zu machen, verbarrikadierten 200 Jugendliche am 25. Juli gegen 16 Uhr die Bockenheimer Landstraße. Dieses Haus gehört dem Bodenspekulanten Ali Selmi. Er hatte durch ein Gericht die Räumung des seit 1971 von den Hausbesetzern bewohnten Gebäudes für Anfang Juli erwirkt. Die Polizei rückte mit zwei Wasserwerfern und zahlreichen Mannschaftswagen an. Skrupellos setzten sie Wasser mit CN-Gas gegen die Menschen auf der Straße ein. Die Hausbesetzer haben angekündigt, daß sie nicht „sang- und klanglos ausziehen werden". Kampf dem Polizeiterror!

Bundesadler beleidigt

500 Mark Geldstrafe soll ein Student bezahlen, weil er für ein Flugblatt verantwortlich zeichnete, auf dem ein Plakat des Grafikers Ernst Volland abgebildet war, das einen Bundesadler enthielt. „Durch die Verwendung des Bundesadlers in Zusammenhang mit unsachlichen Äußerungen über die Einstellungspraxis der Kultusminister der Länder wird der Bundesadler entwertet", heißt es in dem Bußgeldbescheid. Wer entwertet hier wen?

Städtisches Kinderlager bei Neonazi

Über Pfingsten führte die NPD-Jugend in Waltrop ein Zeltlager auf dem Gelände der Gaststätte „Lohburg" des Neo-Nazis Richard Niedermaier durch. Damals demonstrierten 500 Antifaschisten gegen dieses Lager. Auch der Waltroper Bürgermeister Münzner hatte sich damals als Antifaschist aufgespielt und mitdemonstriert. Inzwischen ist bekanntgeworden, daß die Stadtverwaltung von Waltrop ausgerechnet mit dem Neo-Nazi Niedermaier einen Vertrag zur Durchführung einer städtischen Kinderferienaktion auf dem Gelände der „Lohburg"-Gaststätte abgeschlossen hat.

Geheimprozeß gegen Journalisten

Gegen den Journalisten Georg Faust, der im „Spiegel" die Dokumente über die illegale Abhöraktion des Verfassungsschutzes bei dem Atomwissenschaftler Traube veröffentlicht hat, ist inzwischen ein Strafverfahren eröffnet worden. Verfolgt werden also nicht der damalige Innenminister Maihofer und die „Verfassungsschützer", die offensichtlich die Gesetze brachen, sondern diejenigen, die die illegalen Praktiken an die Öffentlichkeit bringen! Der Prozeß soll hinter verschlossenen Türen stattfinden. Faust ist wegen „psychischer Beihilfe" angeklagt, weil er sich seinen Informanten aus dem Amt für Verfassungsschutz „als bereitwilliger Abnehmer amtlicher Unterlagen zur Verfügung gestellt habe". Dies ist das erste Mal, daß ein Journalist mit diesem Paragraphen verfolgt wird.

Nazi-Hoffmann raus aus Ermreuth!

Am Sonntag, den 16. Juli demonstrierten etwa 350 Antifaschisten gegen den Erwerb des Schlosses von Ermreuth (25 km von Nürnberg entfernt) durch die Nazi-„Wehrsport"-Truppe Hoffmann. Dieses Schloß hat eine unrühmliche Vergangenheit. Nach 1918 nistete sich dort der Tannenberg-Bund und danach der Stahlhelm ein. Die Nazis benutzten das Schloß als Gauführer-Schule, von hier aus rückten sie in der berüchtigten Kristallnacht aus, um die Wohnungen der jüdischen Bürger von Ermreuth zu zerstören. Der Verkauf des Schlosses durch den Gemeinderat an die Hoffmann-Nazis ist eine unglaubliche Verhöhnung aller Demokraten und Antifaschisten!

Göring-Museum



In der Jachtzeitschrift „boote" war in der Aprilnummer zu lesen, daß der Luxuskreuzer des Nazi-Kriegsverbrechers Hermann Göring im Moorfleter Jachthafen in Hamburg renoviert wird. Die Zeitschrift berichtet, daß die „Karin II" als Göring-Museum ausgebaut wird. Schiffseigner ist der „Stern"-Reporter Gerd Heidmann, der 300.000 Mark in die Nazi-Gedenkstätte stecken will und sie mit echten Göring-Dokumenten ausstatten will. Kämpfen wir gegen diesen Nazi-Reliquienkult!

Fotoamateur als Terrorist verdächtigt

Korrespondenz. Vor einigen Wochen machte ich wegen der häßlichen, vergitterten Fensterfront ein Foto vom Untersuchungsgefängnis in unserer Stadt. Wer weiß, wofür man es noch gebrauchen konnte. Ich hatte die Sache längst vergessen, als eines Tages drei dezente Herren von der politischen Polizei vor der Tür standen und nach mir fragten. Da ich selbst nicht zu Hause war, erfuhr ich die Angelegenheit erst einen Tag später von meiner Freundin. Ein gewisser Herr Marx (Marx wie Karl Marx, den kennen Sie doch bestimmt, stellte er sich vor) vom 14. Kommissariat klärte mich dann am nächsten Tag auf. Er hätte da eine Information vorliegen, da man meinen Wagen vor dem Untersuchungsgefängnis gesehen hätte. Und er möchte gerne wissen, weshalb ich die Aufnahmen gemacht hätte. Bekanntlich wären ja in der letzten Zeit einige Anschläge gegen Gefängnisse vorgekommen, und man müßte solche Leute schließlich überprüfen. Tags zuvor hatten die drei von der politischen Polizei auch nicht vergessen, meine Freundin vorsorglich über mich auszufragen, was ich denn so machen würde usw. Wahrscheinlich gehört man nach so einem Zwischenfall schon unauslöschlich zum Kreis der „Befa-7-K-Geschädigten". Jedem Fotografen kann ich nur raten: Vorsicht beim Fotografieren von Rathäusern, Gefängnissen, öffentlichen Bedürfnisanstalten, Grünanlagen oder Leihbüchereien. Sie wissen doch, jeder ist heute verdächtig!

Der bürgernahe Herr Minister

Volkskorrespondenz aus Kassel

„Armin Claus wich keiner Frage aus — Sozialminister am Telefon", unter diesem Motto wurde eine Art „Aktion Bürgernähe" der hessischen Landesregierung in Kassel veranstaltet. Und zwar sollte Armin Claus — vom DGB-Bonzen zum hessischen Sozialminister aufgestiegen — am Telefon für die Bevölkerung den „Kummerkastenonkel" spielen.

Es waren vor allem Rentner, Behinderte, Arbeitslose usw., die darin eine Möglichkeit sahen, auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Viele hatten wohl die Hoffnung, einmal nicht im Dickicht der Vorzimmerbürokratie hängenzubleiben und unbürokratische Hilfe zu bekommen. Den wenigen aber, denen es überhaupt gelang, an das Ohr des Ministers (bzw. seiner Mitarbeiter) zu gelangen, präsentierte sich ein wahres Prachtexemplar von „bürgernahem" Minister.

Hier einige Kostproben:

Ein Schwerbehinderter beklagt sich, daß er so lange auf seinen Schwerbehinderten-Ausweis warten muß. Die „tröstliche" Auskunft aus Ministermund: 30.000 weitere Anträge seien ebenfalls noch unbearbeitet! Eine Änderung sei erst zu erwarten, wenn 100 zusätzliche Stellen in der Verwaltung geschaffen würden!

Ein anderer Schwerbehinderter, der die bescheidene Bitte äußert, die flexible Altersgrenze für Schwerbehinderte auf 60 Jahre herabzusetzen, bekommt zu hören: „Eine solche Regelung stellt die Frage nach der Belastbarkeit der Rentenversicherung." Es seien aber „bundesweite Überlegungen" im Gange. Schöner Trost!

Ein Großelternpaar weiß nicht mehr ein noch aus. Die Mutter des Enkelkindes ist gestorben, der Vater fast erblindet. Seit einem Jahr laufen sie sich die Hacken ab. Ergebnis ihres Hilferufes an den Minister: Sein Pressereferent erklärt, er wolle eine Reihe ungeklärter Fragen im Zusammenhang mit dieser tragischen Familiengeschichte lösen und eventuell helfen!

Und so viele Fälle mehr. Immer wieder bekamen die Menschen von ihrem „bürgernahen" Minister zu hören: „Rufen Sie doch den und den an, der ist dafür zuständig", wurden sie mit falschem Mitleid abgespeist oder einfach abgewimmelt.

Und ganz ungewollt verplapperte sich der Herr Minister, als es einem Anrufer um die Zukunft der Kindergärten ging. Da sagte er nämlich, „die geburtenstarken Jahrgänge würden in Zukunft dazu führen, daß mehrere kleine Kindergärten zusammengelegt werden müßten — zu Mittelpunkt-Kindergärten. Es sei denkbar, daß dann die Kleinen mit einem Bus aus dem Elternhaus abgeholt und am Ende des Tages auch wieder zurückgebracht würden".

Auf gut deutsch heißt das: Kindergartenplätze sollen gestrichen werden und diejenigen Kinder, die einen Platz bekommen, sollen, wie bisher schon schulpflichtige Kinder, durch stundenlange Fahr- und Wartezeiten regelrecht fertiggemacht werden. Schöner „Sozialstaat"! Schöner „Sozial"minister!

Konservenfabrik und Stadtverwaltung contra Bevölkerung

Volkskorrespondenz aus dem Erftkreis

Die Konservenfabrik Stollenwerk in Blatzheim bei Kerpen läßt seit Jahren Unmengen schmutziger Abwässer in den Neffelbach fließen, die dann direkt in die Erft gelangen. Zwar gibt es eine städtische Kläranlage. Aber diese Kläranlage ist viel zu klein, um die Abwässer der Konservenfabrik aufnehmen und reinigen zu können. Ein Gutachter hat festgestellt, daß sie in Spitzenzeiten der Produktion bei Stollenwerk bis zu 1.000 Prozent überlastet ist.

Das alles ist seit Jahren bekannt. Aber es geschieht nichts. Weder sorgt die Firma Stollenwerk durch die Errichtung einer eigenen Kläranlage für sauberes Flußwasser, noch baut die Stadt eine größere Kläranlage. Die Stollenwerk-Kapitalisten pochen darauf, daß sie ja schließlich jedes Jahr 100.000 DM „Kanalnutzungsgebühren" an die Stadt zahlen, die Stadt pocht darauf, daß sie ja schließlich eine Kläranlage zu Verfügung stellt...

Aufgrund der katastrophalen Zustände, die in Sachen Abwässer hier herrschen, haben sich nun vor einiger Zeit die Bezirksregierung und die Wasserwirtschaft eingeschaltet. Sie fordern eine radikale Einschränkung der Umweltverschmutzung. Eventuell soll der Betrieb geschlossen werden. Für die Werktätigen würde das den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeuten. Den Stollenwerk-Kapitalisten dagegen winken Hunderttausende von DM. Denn dadurch, daß sie der Stadt jedes Jahr 100.000 DM für die Benutzung der Kläranlage gezahlt haben, haben sie Anspruch auf Regreß (Entschädigung). Aus unseren Steuergeldern, selbstverständlich.

Wie die Sache also auch ausgeht: Die Werktätigen sind in jedem Fall die Leidtragenden, die Kapitalisten machen in jedem Fall ein Geschäft.

Interview mit einem Lehrer

Überfüllte Klassen, Bespitzelung, Verbote

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Frage: Man hört oft von überfüllten Schulklassen. Wie sieht die Situation an deiner Schule aus?

Lehrer: Ich unterrichte in einem Westberliner Stadtteil an einer Hauptschule. Durchschnittlich sind in jeder Klasse 30 (!) Schüler. Das ist natürlich viel zu hoch in Anbetracht der Tatsache, daß viele Schüler große Lernschwierigkeiten haben, auf die man bei einer so großen Schülerzahl nicht mehr eingehen kann. Wie an allen Hauptschulen handelt es sich bei den Schülern hauptsächlich um Arbeiterkinder. Einen immer größeren Teil nehmen die ausländischen Kinder ein.

In meiner Klasse sind Schüler aus sechs verschiedenen Nationen. Das größte Problem hierbei bilden die Schüler aus dem arabischen Raum, die die deutsche Sprache nicht beherrschen und dem Unterricht gar nicht folgen können. Man muß sich das mal praktisch vorstellen: Da sitzen Schüler in der Klasse, die dem Unterricht gar nicht folgen können, aber von Lehrern angefaucht werden, wenn sie mal stören.

Frage: Gibt es Initiativen gegen diesen Mißstand?

Lehrer: Ja, Eltern und Lehrer haben sich mit mehreren Briefen seit einem dreiviertel Jahr an das Bezirksamt gewandt. Trotzdem wird wohl auch im nächsten Jahr keine Extraklasse für diese Schüler eingerichtet werden. Schließlich handelt es sich hier nur um eine kleine Minderheit, für die dem Staat jeder Pfennig zuviel ist. Doch immer mehr Eltern und Lehrer sind darüber empört, wie ausländische Schüler (in Westberlin besonders die türkischen Schüler) bei uns behandelt werden: wie Menschen zweiter Klasse, die nicht wert sind, eine vernünftige Ausbildung zu bekommen.

Frage: Man hat schon oft von der Unterdrückung der Lehrer und Schüler gehört. Wie sieht das an eurer Schule aus?

Lehrer: In unserem Bezirk gibt es eine Dienstanweisung, daß Lehrer die Plakette „Atomkraft — Nein danke" im Unterricht nicht tragen dürfen. Als einige Lehrer das hörten, beschlossen sie, diese Plakette extra zu tragen. Viele Lehrer sind empört über die Art und Weise, wie die Meinungsfreiheit vom Staat immer mehr eingeschränkt wird, und immer öfter fällt der Satz: „Das ist ja fast wie '33'" Außerdem gibt es z. B. Lehrer, die wegen ihres fortschrittlichen Geschichtsunterrichts überprüft werden. Ich habe gehört, daß in Westberlin inzwischen zehn Schülerzeitungen von den staatlichen Organen verboten wurden. Angesichts dieses Drukkes sehen immer mehr Lehrer die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, um sich dagegen zu wehren.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Nachts von der Polizei überfallen

Volkskorrespondenz aus Bochum

Am Montag, den 24. 7. verläßt der Gastwirt Karl-Heinz Kluge (27) um 23.45 Uhr seine Gaststätte in Bochum, die Tageskasse in der Tasche. Auf der Fahrt nach Hause wird er von einem VW-Passat mit defektem Abblendlicht verfolgt. Da er befürchtet, er könnte beim Aussteigen überfallen werden, fährt er kreuz und quer durch das Universitätsviertel, stets mit Tempo 50. Dann sieht er auf der Universitätsstraße eine Polizeisperre, fährt langsam darauf zu und hält.

Mehrere Polizisten kommen auf ihn zu. Einer greift ihn durch das offene Fenster an den Haaren und zerrt ihn aus dem Auto: „Jetzt haben wir dich, du Terroristenschwein!" Die Polizisten werfen ihn mit dem Gesicht auf die Fahrbahn, einer preßt sein Knie in Kluges Nierengegend. So muß er zehn Minuten liegenbleiben. Nachdem dann schließlich feststeht, daß der Gastwirt kein „Terroristenschwein" ist, behaupten die Polizisten, er sei betrunken. Da der Alkoholtest negativ ist, versucht man es mit einem neuen Vorwurf: Er sei zu schnell gefahren.

Die Version des Polizeipräsidenten sieht natürlich ganz anders aus. Danach ist der Gastwirt lediglich aus dem Wagen herausgezogen und „etwas niedergedrückt" worden, weil er sich angeblich weigerte auszusteigen. Von an den Haaren ziehen oder schlagen könne gar keine Rede sein.

Nun, wir besuchten den Gastwirt drei Tage nach diesem Vorfall und konnten seine blauen Flecken immer noch deutlich erkennen. (Sein Hausarzt hatte ihm u. a. ein „blaues Auge, Prellungen an der Lippe durch Einwirkung stumpfer Gewalt" bescheinigt.) Der Gastwirt berichtete uns, daß er Anzeige wegen Körperverletzung erstattet hat. Außerdem erzählte er uns, daß am 23. 7. einige Straßen weiter ein ähnlicher Vorfall passiert sei. Der Betroffene hatte zunächst nichts unternommen. Als er aber von dem erneuten Überfall hörte, setzte er sich mit Kluge in Verbindung und erstattete ebenfalls Anzeige. Wir werden weiter von diesem Fall berichten.

Wer lernt, bestimmen die Kapitalisten

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Zum neuen Schuljahr im September soll in Westberlin in der zuständigen Gutenberg-Berufsschule in Kreuzberg ein Modellversuch „Vollschulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) im Berufsfeld Drucktechnik" starten.

Die Auswahl darüber, wer in das BGJ-Drucktechnik kommt, trifft der Kapitalistenverband der Druckindustrie. Dabei sind die Jugendlichen ganz „normale" Schüler, erhalten weder Bafög noch irgendeine Vergütung. Es ist das gleiche, als wenn die Unternehmerverbände auswählen würden, wer die Realschule besuchen oder auf das Gymnasium gehen darf, um das Abitur zu machen!

Der Westberliner Senat hat zunächst diesem ungeheuerlichen Eingriff in das öffentliche Schulwesen nicht zugestimmt, weil so eine Sache dem Grundgesetz widerspräche. Als der Kapitalistenverband dann das BGJ ablehnte, weil er die Schüler nicht auswählen durfte, fand der Senat heraus, daß es doch mit dem Grundgesetz vereinbar ist. So einfach geht das also!

Übrigens — auch die IG DruPa hat diesem „Modellversuch" zugestimmt.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Birkenhof Hannover

Die Akten beweisen alle Vorwürfe!

„Tarnen, täuschen und vertuschen" im Fall „Birkenhof" — das war die Devise von Landesjugendamt und Bezirksregierung, um sich von den Vorwürfen reinzuwaschen, die großen „Unschuldigen" zu spielen. Bis ... ja, bis 148 Seiten Aktenmaterial des Jugendamtes für eine Nacht aus dem Regierungspräsidium verschwanden („mysteriöser Diebstahl" nennt es die bürgerliche Presse) — entwendet aus dem Büro des zuständigen Sachbearbeiters des Landesjugendamtes. Das Spiel ist aus!

Denn — die Birkenhof-Akten beweisen alle Vorwürfe. So enthalten die Akten Angaben über die Verabreichung von Medikamenten, über die Anwendung der Prügelstrafe im Birkenhof, über die Verletzung und Mißachtung des Postgeheimnisses, über die gefängnismäßigen Zustände im Heim, über die „Arbeitstherapie" und fehlende Berufsausbildung für die Mädchen usw. Die Akten beweisen aber nicht nur die Vorwürfe, sondern entlarven zugleich das Jugendamt als Institution des bürgerlichen Staates, welches die Ausbeutung und Unterdrückung von 108 Heimmädchen gebilligt und unterstützt hat. Dies alles — sowie eine durch das Jugendamt veranlaßte brutale Räumung eines von entflohenen Birkenhof-Mädchen besetzten Hauses durch die Polizei — hat das Vertrauen vieler Jugendlicher in dieses sich ach so liberal und fortschrittlich gebende Jugendamt merklich erschüttert. Das drückte sich auch in der Stimmung der Kundgebung aus, die am letzten Dienstag direkt am Gelände des Birkenhofs stattfand, um die Mädchen „drinnen" in ihrem Kampf zu unterstützen.

Die Rote Garde war natürlich auch wieder dabei. Während all der Wochen von Aktionen gegen den Birkenhof hat sie den Kampf unterstützt und sich bemüht, eine richtige Taktik anzugeben, was ihr auch gelang. Sie entlarvte nicht nur die Zustände im Birkenhof, sondern gehörte auch zu denen, die den praktischen Kampf dagegen führten und organisierten. Dabei blieb die Rote Garde auch die Antwort auf die Frage nicht schuldig, wer die Verantwortung für solche Zustände trägt: der Kapitalismus nämlich, der der Jugend keinerlei Perspektive zu bieten hat. Der sie mit seiner Pop-, Drogen- und Gewaltkultur einerseits und mit brutaler Gewalt wie in den Heimknästen andererseits zerbrechen will, damit sie unfähig wird, aktiv und revolutionär für ihre Interessen zu kämpfen. Einen solchen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus, für die Interessen der Jugend führt die Rote Garde.



Wandzeitung zu den Zuständen im „Birkenhof" im Schaufenster des Buchladens „Roter Morgen" in Hannover

Und sie hat durch ihr Eingreifen in die Auseinandersetzungen um den Birkenhof bei einer ganzen Reihe von Jugendlichen Interesse und Sympathie für diesen Kampf wecken können.

Juli im Bild



Pressefest des „Roten Rebell" in Westberlin. Vor dem Versammlungsraum der Roten Garde haben die Genossen auch ein Transparent gegen den Besuch von Carter in ihrer Stadt aufgespannt. Ungebetene Gäste: zwei Kontaktbereichsbeamte (KOBs), die vor dem RG-Raum herumschnüffeln.



Als Sieger des Wettbewerbs beim Arbeitertheater-Festival in Dortmund führt der Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" aus Hamburg gegenwärtig eine erfolgreiche Tournee in Albanien durch. Hier bei einem Auftritt in der Staatsfarm Sukht bei Durres.





Arbeiter kämpfen gegen Entlassungen und Lohnabbau. 100 Kollegen der Fischbach KG im südwestfälischen Neunkirchen führten einen erfolgreichen Kampf gegen ein Lohnraubprogramm der Kapitalisten (1). Hunderte von Arbeitern der Braunschweiger Olympia-Werke demonstrieren vor dem Landtag in Hannover gegen die drohende Stillegung ihres Betriebs (2). Gegen eine geplante Stillegung protestieren auch die Arbeiter der Kabel- und Drahtwerke in Gustavsburg, die zum BBC-Konzern gehören (3).



Seit dem 8. Mai läuft in Hamburg ein Prozeß gegen neun Antifaschisten, die einem Aufmarsch der Neo-Nazis entgegengetreten sind. (Bild: Eine Protestveranstaltung der „Front gegen Reaktion und Faschismus" in Bremen)



Rund zweihundert Antifaschisten, darunter auch Genossen der Partei und der Roten Garde, demonstrierten in Detmold gegen eine Provokation der Faschisten.



Gegen die unverschämte Erhöhung der Diäten im bayrischen Landtag und im Münchner Stadtrat hat sich in München eine Bürgerinitiative gebildet. Innerhalb von zweieinhalb Stunden wurden fast 800 Unterschriften gegen die Diätenerhöhung gesammelt.

Italien: Streikende Seeleute zwangsverpflichtet

An der breiten Streikbewegung der letzten Wochen in Italien war auch das Fährpersonal der „Tirrenia"-Linie beteiligt, die Fährschiffe zwischen dem italienischen Festland und den Inseln Sardinien, Sizilien usw. betreibt. Um diesen Kampf zu brechen, griff die italienische Regierung zu dem faschistischen Mittel der Zwangsverpflichtung. Das heißt: Aus den Seeleuten wurden faktisch Soldaten gemacht. Was das bedeutet, machte mit brutaler Deutlichkeit der Transport- und Marineminister Colombo klar, als der auf die Frage eines Journalisten, was denn geschehen würde, wenn die Arbeiter ihren Streik nicht abbrächen, antwortete: „Dann müßten sie sich vor Gericht verantworten. Wer dienstverpflichtet ist, muß gehorchen wie ein Soldat."

Gegen diesen Terrorakt rührten die großen Gewerkschaften des Landes, die unter der Kontrolle der Revisionisten und Sozialdemokraten stehen, keinen Finger. Der revisionistische Bonze Giovannetti beschimpfte sogar die Streikaktionen der Arbeiterklasse als „abenteuerliche Initiativen" und forderte die Gewerkschaften zur „Selbstbeschränkung" auf.

Spanien: Terrorgesetz verabschiedet

Auch in Spanien wurde letzte Woche ein umfassendes Terrorgesetz zur verschärften Unterdrückung der Werktätigen verabschiedet. Es sieht unter anderem vor: Verhaftungen ohne richterlichen Haftbefehl, Isolierung der Gefangenen, Hausdurchsuchungen ohne Gerichtsbeschluß und eine umfassende Post- und Telefonkontrolle. Die revisionistische Partei hat dem Gesetz zugestimmt.

Britannien: Werftarbeiter bestreiken Atom-U-Boot

Um ihre Forderungen nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung und Arbeitsverbesserungen durchzusetzen, begannen die Arbeiter der Faslane-Docks im schottischen Clyde-Fluß am vorletzten Wochenende, die Reparaturarbeiten auf dem britischen Atom-U-Boot „Revenge" einzustellen. Am Mittwoch verfügte der britische Kriegsminister daraufhin eine Aussperrung der 1.300 Werftarbeiter und schickte Armee-Einheiten ins Werk, die jetzt als Streikbrecher die „Revenge" startklar machen sollen.

Bolivien: Bergarbeiter streiken gegen die Putschisten

Nach dem faschistischen Putsch des Generals Pereda sind die Bergarbeiter von Catavi und Siglo in den Streik getreten. Sie fordern die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und den Abzug der Truppen aus dem Bergbaugebiet.

Chile: Schüler und Studenten demonstrieren gegen die Diktatur

In der Hauptstadt Chiles, Santiago, führten am 21. Juli Hunderte Studenten und Schüler eine Demonstration gegen die faschistische Diktatur durch. Sie verurteilten das faschistische Regime und forderten unter anderem die Freilassung der politischen Gefangenen. Die Demonstranten erklärten ihre Entschlossenheit, die Protestkundgebungen trotz des faschistischen Terrors fortzusetzen.

Iran: 250 Werktätige ermordet

Ein Blutbad richtete vergangene Woche die Polizei des faschistischen Schah-Regimes in der Stadt Mesched an. Als bei einem Trauerzug Teilnehmer Parolen gegen das Regime riefen, eröffnete die Polizei das Feuer. Bei diesem Massaker und den Kämpfen, die sich in Mesched entwickelten, sind 250 Menschen von der Polizei ermordet worden.

Delegation der KPD/ML zu Besuch in Madrid

Mitte Juli haben in Madrid Gespräche zwischen einer Delegation des Zentralkomitees der KPD/ML und Vertretern des Zentralkomitees der PCE/ML stattgefunden. Die Gespräche verliefen in einer sehr herzlichen Atmosphäre brüderlicher Verbundenheit. Beide Seiten konnten mit Freude feststellen, daß es zwischen ihnen eine völlige Einheit der Ansichten in allen besprochenen Fragen gibt.

Beide Seiten betonten unter anderem die Notwendigkeit, den Kampf gegen die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, und die von ihnen geführten Blöcke sowie gegen den Revisionismus und dabei im besonderen gegen den chinesischen Revisionismus und seine konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" zu verstärken.

Beide Seiten waren sich darin einig, daß es notwendig ist, eine breite Kampagne zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus durchzuführen.

Beide Parteien halten es für richtig, zu Ehren des 100. Geburtstages des großen Marxisten-Leninisten, Führers der sozialistischen Sowjetunion und des Weltproletariats, J. W. Stalin, im nächsten Jahr, gemeinsam mit anderen Parteien, eine breite Propagandatätigkeit in dieser Hinsicht zu entfalten. Beide Parteien waren sich außerdem darin einig, daß es notwendig ist, den Kampf gegen die Europäische Gemeinschaft und gegen den Eintritt neuer Länder in diesen Block der westeuropäischen Monopole zu verstärken. Sie betrachten die sogenannten „Europawahlen" im Juni 1979 als günstige Gelegenheit zu gemeinsamen Aktivitäten gegen die EG.

Beide Seiten haben außerdem ihre Meinungen über wichtige aktuelle Probleme der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung und über die aktuelle Lage in ihren Ländern ausgetauscht.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha

Portugal

Vanguardia Obrera

Spanien

ΠΡΩΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Mit logistischer Hilfe der Bundeswehr

UNO-Truppen nach Namibia

Der UN-Sicherheitsrat stimmte in der letzten Woche einem von den westlichen Ratsmitgliedern entwickelten Plan zu, nach dem noch in diesem Jahr in Namibia Wahlen durchgeführt werden sollen, um — wie es heißt — die „Unabhängigkeit des Landes auf friedlichem Weg" zu verwirklichen. Auch der Vertreter Chinas stimmte mit „Ja" und sorgte so mit dafür, daß dieser Plan im Sicherheitsrat eine Mehrheit bekam. Schon in einigen Wochen werden UNO-Truppen in Namibia einrücken, deren Stärke im Laufe des Jahres 5.000 Mann erreichen soll.



Namibia — früher eine Kolonie des deutschen Imperialismus — steht heute unter der Herrschaft der südafrikanischen Rassisten. Seit Jahren schon führt das namibische Volk einen bewaffneten Kampf gegen die Besatzer, der sich in der letzten Zeit schwungvoll entwickelt hat. Und nun sollen sich die südafrikanischen Rassisten aus Namibia zurückziehen und das Land „friedlich" in die Unabhängigkeit entlassen? Sie denken gar nicht daran. Denn auch nach dem UNO-Plan bleiben weiter starke südafrikanische Truppen in Namibia stationiert, und zwar gerade dort — im nördlichen Teil des Landes —, wo die bewaffneten Patrioten wichtige Operationsbasen haben.

Doch das ist noch nicht alles: Das Regime von Pretoria hat klar zu verstehen gegeben, daß auch nach einer „Unabhängigkeit" Namibias der Hafen Walfischbai nach wie vor zum Territorium Südafrikas gehören soll. Walfischbai ist als einziger Tiefseehafen Namibias nicht nur von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung. Er ist auch ein riesiger Militärstützpunkt der Rassisten, wo Truppen aller Waffengattungen stationiert sind, unter anderem auch Spezialeinheiten für die Partisanenbekämpfung.

Und unter diesen Bedingungen, vor den Bajonetten der rassistischen Besatzer also, sollen die sogenannten freien Wahlen in diesem Jahr stattfinden. Das it nichts als eine Farce. Und wer steht denn zur Wahl? Die Führer der patriotischen Kräfte, ungezählte andere Angehörige des namibischen Volkes, die gegen die Rassisten gekämpft haben, sitzen in den Folterkellern der Besatzer. Die einzige namibische Organisation, die legal arbeiten kann, ist die sogenannte „Demokratische Turnhallen Allianz" (DTA), die von den Rassisten selbst aus der Taufe gehoben wurde, und in der auch einige korrumpierte Stammeshäuptlinge mitwirken.


Namibische Freiheitskämpfer beim Schießtraining

Der westliche Namibia-Plan bedeutet nichts anderes als ein schmutziges Manöver, um die Patrioten zu entwaffnen und eine Marionettenregierung in Namibia einzusetzen. Und die UNO-Truppen, die jetzt gemeinsam mit den südafrikanischen Verbänden diesen Plan durchsetzen sollen, sind — genauso wie im Südlibanon — keine Friedenstruppen, sondern bewaffnete Einheiten gegen das Volk und seinen gerechten Kampf für eine wirkliche Unabhängigkeit. Die westdeutschen Imperialisten, die auch an der Ausarbeitung des Namibia-Plans maßgeblich beteiligt waren, haben ihre Beteiligung an dem Truppeneinsatz letzte Woche angekündigt. So sagte Genscher: „Wir sind entschlossen, unseren Beitrag für die Einsatzfähigkeit und Unterhaltung der UNO-Friedenstruppen zu leisten." Wie im Südlibanon, so wird auch in Namibia die Bundeswehr logistische Unterstützung für ein Kommando-Unternehmen der UNO leisten. Wie lange wird es dauern, bis schließlich auch ganze Einheiten der Bundeswehr bei einem Unternehmen dieser Art eingesetzt werden?

Aber nicht nur militärisch mischt sich Bonn in Namibia ein. Südafrikanische Zeitungen berichteten unlängst darüber, daß über die Hans-Seidel-Stiftung der CSU riesige Summen an die „Turnhallen-Allianz" fließen. Ein Sprecher der namibischen Patrioten bezifferte diese Summen auf jährlich 1,2 Millionen Mark. Der Chef der DTA, Mudge, hat vor kurzem von ungenannten Gönnern aus Westdeutschland einen schußsicheren Mercedes bekommen. Diese Leute wissen offenbar ganz genau, was ein Politiker seines Schlages braucht. Weiter wurde in der letzten Zeit bekannt, daß Kapitalgeber aus der Bundesrepublik zwei Zeitungen in Namibia aufgekauft haben.

Bonn bereitet sich massiv auf den Tag vor, an dem das Land unter einer Marionetten-Regierung der DTA „unabhängig" werden soll. Die Reichtümer des Landes, vor allem die großen Uran-Vorkommen, locken die westdeutschen Imperialisten seit eh und je. Deshalb versuchen sie jetzt, mit DM-Millionen und mit der logistischen Hilfe der Bundeswehr ihren Einfluß in Namibia auszubauen.

Konferenz der „Blockfreien" in Belgrad

Hinter den Kulissen: die Supermächte

Außenminister-Konferenz der „Blockfreien" in Belgrad. Vertreter aus 85 Ländern sind gekommen. Daneben rund 30 Beobachter und Gäste, darunter auch Delegierte solcher „blockfreien" Staaten wie NATO-Mitglied Portugal. Tito, der sich als ungekröntes Haupt der „Bewegung der Blockfreien" versteht, hält die Eröffnungsansprache. Vom Kampf gegen enge selbstsüchtige Interessen und von Solidarität ist die Rede, von der „Demokratisierung der Beziehungen in der Welt", für die diese Konferenz eintreten soll.

Und dann geht es los: Somalia fordert den Ausschluß Kubas aus der „Bewegung", weil es nur der verlängerte Arm der Sowjetunion sei. Kambodscha fordert das gleiche mit der gleichen Begründung in bezug auf Vietnam. Im Gegenzug stellt Kuba fest, einige „Blockfreie" wären gar nicht blockfrei, sondern nur Agenten, die sich kaufen lassen. Die Konferenz in Belgrad soll als ihre wichtigste Aufgabe ein Gipfeltreffen der Regierungschefs nächstes Jahr in Havanna vorbereiten. Der marokkanische Außenminister jedoch erklärt, 30 bis 40 Staaten würden diesen Gipfel boykottieren, wenn sich Kuba bis dahin nicht aus Afrika zurückgezogen hat.

Wahrhaftig, diese Bewegung der Blockfreien, aus der die einen eine Dritte Kraft, die anderen — wie die chinesischen Revisionisten — gar die Hauptkraft der revolutionären Weltbewegung machen möchten, hat sich noch nie so deutlich als zerrissener Haufen präsentiert wie auf dieser Konferenz in Belgrad. Und deutlich wurden auch die Ursachen dieser Zerrissenheit. Da forderten etwa die Kubaner offen den Anschluß der „Bewegung" an das „sozialistische Lager", sprich: die Unterordnung unter den russischen Imperialismus. Da unterstützten einige Vertreter afrikanischer Staaten unverhohlen die Aggressionen Washingtons und seiner Verbündeten auf dem schwarzen Kontinent. Es sind die beiden Supermächte, die hinter den Kulissen die Fäden ziehen und versuchen, die „Bewegung der Blockfreien" in ihrem Sinne zu beeinflussen, die in vielfältiger Form durch ihre Lakaien auf dieser Konferenz vertreten waren.

Hinter den Kulissen waren auch die chinesischen Revisionisten aktiv. Sie hatten sich nicht nur mit der Ankündigung eines Besuchs von Hua in Belgrad, der noch in diesem Monat stattfinden soll, ins Gespräch gebracht. Sie sorgten auch mit Grußadressen und einer Flut von Erklärungen dafür, daß sie auch als Nichtteilnehmer der Konferenz mit im Gespräch waren. So wunderte sich etwa ihr Nachrichtendienst Hsinhua über Kuba: „Wie seltsam, daß ein solches Land, das dem leisesten Wink der neuen Zaren gehorcht, die Kühnheit besitzen kann, sich blockfrei zu nennen." Nicht verwundert jedoch waren die Herren aus Peking darüber, daß sich auch ein Land wie der Kongo (Zaire), das heute faktisch unter der direkten Verwaltung der USA und ihres Blocks steht, ebenfalls blockfrei nennt. Und daß das gleiche auch die Ölscheichs von Washingtons Gnaden, die vom CIA an die Macht geputschten Diktatoren tun.

Aber wen sollte das noch wundern? Und für alle, die es noch nicht verstanden haben, sagten es die chinesischen Revisionisten auch noch einmal ausdrücklich: Sie sehen in der „Bewegung der Blockfreien" ein „Hindernis für die sowjetische Aggressions- und Kriegspolitik". Von der anderen Supermacht, dem US-Imperialismus, kein Wort. Wieder einmal zeigt sich, wie verlogen das Gerede der chinesischen Revisionisten ist, wenn sie davon reden, die Unabhängigkeit der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu unterstützen. Tatsächlich stehen sie an der Seite der amerikanischen Supermacht und machen sich zu ihrem Handlanger im Konkurrenzkampf zwischen Washington und Moskau, gegen die wahrhaft nach Unabhängigkeit und Freiheit strebenden Völker.

Portugal

Kampf gegen die Faschisierung

Dramatisch zugespitzt hat sich Ende letzter Woche die Regierungskrise in Portugal. Die seit Januar dieses Jahres bestehende Koalition zwischen den „Sozialisten" unter Mario Soares und den Christdemokraten (CDS) ist zerbrochen, Soares selbst als Regierungschef entlassen worden. In die hektischen Bemühungen der bürgerlichen Parteien, eine neue Regierung zusammenzuschustern, haben sich auch die modernen Revisionisten eingeschaltet. Sie boten — wieder einmal — den „Sozialisten", der stärksten bürgerlichen Partei, ihre Zusammenarbeit an, in der Hoffnung, künftig auch als Minister „Verantwortung" für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems übernehmen zu können.

Die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) dagegen hat herausgestellt, daß die gegenwärtigen Manöver der bürgerlichen Parteien eine ernste Bedrohung der Interessen der werktätigen Massen darstellen, weil sie im Kern darauf abzielen, den Kurs der Faschisierung in Portugal noch zu verschärfen. Die PKP(W) kämpft dafür, die Werktätigen in einem eintägigen Generalstreik gegen die Reaktion zusammenzuschließen. Unter den Forderungen: Schluß mit den Angriffen auf die Agrarreform und die Rechte der Arbeiterklasse ; Verhaftung und Verurteilung des Regierungschefs des alten faschistischen Regimes, Tomas; vorgezogene Wahlen; keine noch weiter rechts stehende Regierung. Die Partei hat die Gewerkschaftsbewegung und alle antifaschistischen Organisationen aufgefordert, einen solchen Kampftag gegen die Reaktion zu unterstützen.

Die gegenwärtige Lage in Portugal ist gekennzeichnet vom anhaltenden Kampf der Werktätigen gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und die immer dreisteren Angriffe der Reaktion auf die Errungenschaften des Jahres 1974, als das portugiesische Volk das verhaßte faschistische Regime stürzte. Ein Beispiel für die Schärfe dieser Kämpfe sind die Aktionen der Seeleute und der Hafenarbeiter von Lissabon. Sie haben vor einigen Wochen begonnen, alle Überstunden zu verweigern, um so ihre Forderungen nach einer Lohnerhöhung durchzusetzen. Und Soares, der sich selbst so gerne als einen Verteidiger der Demokratie anpreist, hatte noch vor seinem Sturz diese Arbeiter faktisch unter Ausnahmerecht gestellt. Er ordnete ihre militärische Mobilisierung an. Das bedeutet nicht nur, daß sie für ihre Boykott-Aktionen mit fristloser Entlassung bestraft werden können, sondern auch, daß gegen die kämpfenden Arbeiter die Armee eingesetzt werden kann.

Angriffe auf die Rechte der Arbeiter

So wurden in den letzten Monaten überall die Rechte der Arbeiter drastisch beschnitten, um ihre gerechten Kämpfe zu unterdrücken. Die Eisenbahnarbeiter führten im Mai einen Kampf gegen Rationalisierungsmaßnahmen. Die Regierung verhängte daraufhin die Aussperrung, obwohl das nach der Verfassung verboten ist. Außerdem wurden einzelne Kollegen, die am Streik beteiligt waren, willkürlich herausgegriffen und mit empfindlichen Geldbußen bestraft. In Portugal entwickeln sich breite Streikkämpfe oft so, daß der Kampf in einem Betrieb beginnt und dann Trupps der Streikenden vor andere Betriebe ziehen, um die Kollegen dort auch in den Kampf mit einzubeziehen. Auch dieses Kampfmittel wollte die Bourgeoisie der Arbeiterklasse aus der Hand schlagen, indem sie ihre Regierung ein Gesetz vorbereiten ließ, nach dem den Streikenden verboten wird, vor andere Betiebe zu gehen. Außerdem sollte der Polizeieinsatz gegen Streikende erleichtert und ein Katalog von Strafen gegen sie entwickelt werden.

Gegen dieses reaktionäre Gesetz entwickelte sich eine breite Kampffront. Auf der Insel Madeira zum Beispiel gingen Tausende von Arbeitern auf die Straße und führten einen machtvollen Kampftag durch. Sie demonstrierten gegen die zunehmende Teuerung und gegen die Angriffe der Regierung auf ihre Rechte. Diese erfolgreiche Aktion auf Madeira konnte deshalb mit einer solchen breiten Unterstützung durchgeführt werden, weil an der Spitze der Gewerkschaften, die zu diesem Kampftag aufgerufen hatten, ehrliche und klassenkämpferische Arbeiter standen, weil in diesen Gewerkschaften die wahren Kommunisten von der PKP(W) einen großen Einfluß haben.

Die Revisionisten dagegen, die den größten Teil der Gewerkschaften kontrollieren, setzen alles daran, die Kämpfe der Arbeiter zu zersplittern und abzuwiegeln. Sie haben sich stets geweigert, die Forderungen nach einem nationalen Kampftag gegen die Reaktion zu unterstützen, wie sie von der PKP(W) und anderen revolutionären Organisationen erhoben wurden. Für dieses Jahr haben die revisionistischen Gewerkschaftsbosse sogar



Parolen der PKP (W) auf der Mai-Demonstration („Für einen nationalen Kampftag" — „Nein zum Faschismus").

einen Sozialpakt mit der reaktionären Regierung beschlossen. Danach sollen der Arbeiterklasse Lohnleitlinien von 20 Prozent aufgezwungen werden, obwohl die Teuerungsrate bei annähernd 30 Prozent liegt.

Die Revisionisten, die wie ihre Gesinnungsfreunde in Italien oder Spanien in die Regierung drängen, bieten sich der Bourgeoisie als „Ordnungsfaktor" an. Aber dennoch gelingt es ihnen nicht, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu ersticken. Die Kollegen sind nicht bereit, die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung kampflos hinzunehmen. Bei Lisnave, der größten Werft des Landes zum Beispiel, traten die Arbeiter gegen Entlassungen und Kürzungen der Sozialleistungen in den Streik. So sollten etwa die Kantinenpreise und die Fahrpreise der Werksbusse erhöht werden. Allein durch die von den Lisnave-Bossen verfügten Kürzungen wäre die letzte Lohnerhöhung schon zur Hälfte wieder aufgefressen worden.

Die Teuerung in allen Bereichen ist ein drückendes Problem für die portugiesischen Werktätigen. Selbst die „Frankfurter Rundschau" schreibt in einem Kommentar über Portugal: „Die Mehrheit des Volkes lebt heute schlechter als zur Zeit des Militärputsches 1974, und der Lebensstandard sinkt weiter." In konkreten Zahlen: Im vergangenen Jahr ist der Reallohn der Arbeiter um 18 Prozent gesunken, und in diesem Jahr werden es wahrscheinlich noch mehr sein. Der Kampf gegen die Teuerung ist eine der wichtigsten Fronten für die „Union der antifaschistischen und revolutionären Frauen Portugals", der Frauenorganisation der PKP(W). Im Frühjahr begann die Union eine breite Kampagne gegen die Teuerung, in deren Verlauf Unterschriften gesammelt, Massenkundgebungen und andere Aktionen durchgeführt wurden.

Bonn mischt mit

Das Wirtschaftsprogramm der jetzt gestürzten Regierung Soares ist ein Programm der rücksichtslosen und brutalen Ausplünderung des Volkes im Interesse des in- und ausländischen Kapitals. Und an der Erstellung dieses Programms hatten die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten einen großen Anteil. Denn im großen Maßstab betreibt das Regime in Lissabon den Ausverkauf des Landes an die ausländischen imperialistischen Monopole. Das wurde deutlich bei den Verhandlungen über einen 750-Millionen-Dollar-Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF), die vor einigen Monaten geführt wurden. An diesem Kredit haben Washington mit 300 und Bonn mit 200 Millionen den Löwenanteil. Sie stellten der Regierung in Lissabon eine Reihe von Bedingungen, unter anderem eine drastische Abwertung des Escudo und eine Einschränkung der Staatsausgaben. Und weiter — so wörtlich eine Erklärung des IWF — „Eingrenzung der Lohnsteigerungen. aßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Stellung der Betriebe, insbesondere Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung zur Verbesserung der Produktivität."

Mit dem Letzten sind eben die Anti-Streik-Gesetze gemeint, von denen schon die Rede war. Wie man sieht, hat die portugiesische Regierung alle Anstrengungen unternommen, um die internationalen Kreditgeber zufriedenzustellen. Und die revisionistische Partei hat eifrig dabei mitgewirkt, indem sie sich für die Lohnleitlinien eingesetzt hat. Der vor kurzem beschlossene Beitritt Portugals zur EG wird den westlichen Monopolen noch weiter die Märkte öffnen und ihren Einfluß in Portugal erheblich verstärken.

Im Verlauf der revolutionären Kämpfe von 1974 waren viele Filialen der multinationalen Konzerne und auch Betriebe portugiesischer Kapitalisten enteignet und verstaatlicht worden. Auf dem Land hatten die armen Bauern und Landarbeiter Großgrundbesitzer davongejagt, den Boden besetzt und — in Kooperativen zusammengeschlossen — seine Bearbeitung in die eigenen Hände genommen. Die Regierung des „Sozialisten" Soares jedoch hat die Kapitalisten entschädigt oder ihnen ihre Betriebe zurückgegeben. Manche dieser Ausbeuter konnten nur mit Polizeischutz ihre Werke wieder betreten. Ein bezeichnendes Beispiel ist der Betrieb Xavier de Lima. Sein ehemaliger Besitzer war 1974 ins Ausland geflohen. In diesem Jahr kehrte er zurück, von der Regierung aufgefordert, das Werk wieder in Besitz zu nehmen. Und kurz bevor er eintraf, sorgte die staatliche Betriebsverwaltung dafür, daß acht fortschrittliche Gewerkschafter hinausgeworfen wurden.

Auf dem Lande führt die Regierung einen reaktionären Feldzug gegen die Kooperativen mit dem Ziel, sie zu zerschlagen und ihren Boden wieder an die ehemaligen Grundbesitzer zurückzugeben. Dieser Feldzug war auch der auslösende Faktor für den jetzigen Sturz der Regierung. Denn während die Partei von Soares aus Furcht vor dem starken Widerstand der kleinen Bauern und Landarbeiter das Programm der Enteignung der Kooperativen nur schrittweise durchziehen will, forderte der



Tausende geben Jose Morais das letzte Geleit.

Koalitionspartner, die CDS, einen frontalen Angriff gegen die Werktätigen auf dem Lande, um die Grundbesitzer mit einem Schlag in ihre alten Rechte wieder einzusetzen.

Antifaschistische Massendemonstration

Systematisch werden im heutigen Portugal auch die alten Faschisten wieder in öffentliche Ämter geschleust. Ein Beispiel dafür ist Garcia Domingues. Früher Angehöriger der Pide, der Geheimpolizei des faschistischen Regimes, dient er heute als einer der Direktoren der Polizei von Lissabon der „demokratischen" Regierung. Mit Unterstützung der PKP(W) und ihrer revolutionären Frontorganisation UDP wurde vor kurzem ein Tribunal durchgeführt, das einer solchen Rehabilitierung der faschistischen Verbrecher den Kampf ansagte. Das „Tribunal Civico Humberto Delgado" führte eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen durch, auf denen die Verbrechen der Pide offengelegt wurden. Zeugen traten auf, die in den Kerkern der Diktatur gesessen hatten und von Mord, Folter, vom Spitzelterror der faschistischen Geheimpolizei berichteten. Das Tribunal enthüllte auch, daß der überwiegende Teil der 1974 verhafteten Pide-Agenten inzwischen wieder auf freiem Fuß ist und ein Teil von ihnen in den Offizierskader der „demokratischen" Polizei aufgerückt ist.

Die breite Unterstützung, die das Tribunal bei den Werktätigen in Portugal erhielt, zeigt, wie tief der Haß des portugiesischen Volkes gegen den Faschismus ist. Die Forderung nach der Bestrafung der Mörder und Folterer des 1974 gestürzten Regimes wird immer wieder in den Kämpfen der werktätigen Massen gestellt. Eine besondere Bedeutung dabei hat nach wie vor die Forderung nach der Aburteilung des Staatschefs der faschistischen Diktatur und Verantwortlichen für die Pide, Americo Tomas. Dieser Verbrecher war 1974 nach Brasilien zu seinen Freunden geflohen. Gegen den erbitterten Widerstand des Volkes, an dessen Spitze die PKP(W) stand und der sich in Massendemonstrationen im ganzen Land äußerte, wurde Tomas in der vergangenen Woche von der Soares-Regierung wieder ins Land geschleust und wird seitdem von der Polizei vor dem Zorn der Massen geschützt.

Mit welchem Terror die bewaffneten Einheiten dem Widerstand der Werktätigen gegen die Faschisierung begegnen, zeigte sich im vergangenen Monat. Am 10. Juni eröffnete die Polizei in Lissabon das Feuer auf antifaschistische Demonstranten, darunter viele Genossen der PKP(W), ihres Jugendverbandes und der UDP. Der Genosse Jose Jorge Morais starb unter den Kugeln der Polizei. Ermordet von einem Regime, das sich demokratisch und sogar sozialistisch nennt. Das aber in Wirklichkeit angetreten ist, im Dienst der in- und ausländischen Kapitalisten die Errungenschaften von 1974 zu liquidieren. Die Verbrecher vom 10. Juni hatten gedacht, mit den Kugeln ihrer NATO-Gewehre die antifaschistische Bewegung einzuschüchtern und zu lähmen. Aber das Begräbnis von Jose Morais wurde zu einer der größten antifaschistischen Demonstrationen, die Portugal in der letzten Zeit erlebt hat. Tausende gaben dem ermordeten Genossen das letzte Geleit und bekundeten ihren festen Willen, nicht zuzulassen, daß sich die Nacht des Faschismus wieder über Portugal senkt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



„Draußen warten Hunderte Frauen..."

Volkskorrespondenz aus dem Ruhrgebiet

Am 1. Juni dieses Jahres wurde ich im Metallbetrieb W. im Ruhrgebiet (ca. 1.000 Beschäftigte, hauptsächlich Frauen) eingestellt. Nach langer Arbeitssuche, zahlreichen Bewerbungen und Absagen bin ich, wie viele andere Frauen, froh, endlich Arbeit zu haben. „Vorerst für sechs Wochen" — sagt man mir und etlichen anderen Frauen bei der Einstellung, und wir hoffen, daß es nach den sechs Wochen zu einer festen Einstellung kommen wird. Der Betrieb stellt zur Zeit relativ viele Frauen ein, nachdem er zum Ende des letzten Jahres einen ganzen Schub Arbeiterinnen, unabhängig davon, wie lange sie schon im Betrieb gearbeitet hatten, entlassen hatte.

Zusammen mit zwei ausländischen Kolleginnen werde ich dem Maschinen-Betrieb zugeteilt. Wir sind zu einem Stundenlohn von 7,05 DM eingestellt. Es gibt weder Lärm- noch Schmutzzulage — und nach drei Tagen stehen wir im Eigenverdienst (Akkordlohn) — wird uns gleich zu Anfang auf unser Fragen hin erklärt. Das heißt, da es keinen garantierten Stundenlohn im Betrieb gibt, daß wir in der ersten Zeit mit viel weniger als 7,05 DM Stundenlohn rechnen müssen.

Die Arbeit im M-Betrieb ist die schwerste und schmutzigste, die ich bisher kennengelernt habe. Zwölf große Stanzen sorgen für höllischen Lärm in der Halle. Es wird gestanzt, gebohrt, Gewinde geschnitten, punktgeschweißt, geschliffen etc.

Arbeitskleidung? Muß jeder selbst stellen. Reinigungszeit, nachdem man nach der Arbeit völlig verdreckt zum Umkleiden kommt? Wird natürlich nicht bezahlt. Am schlimmsten ist es mit dem Betrug um die Minuten und den Arbeitsschutzbestimmungen. In meiner Abteilung ist für 15 Frauen ein Vorarbeiter zuständig, der zugleich noch Maschineneinrichter und Transportarbeiter ist. Das heißt, daß die Frauen oft lange warten müssen, bis er zur Maschine kommt oder neues Material ranschaffen kann. Also wuchten sie nicht selten allein oder mit Hilfe einer Kollegin die viel zu schweren Kisten voller Eisenteile zum Arbeitsplatz. Oder sie müssen aus der Reserve ihre Minuten dazu benutzen, denn weder Wartezeiten, noch Maschinenstörung und -reinigung dürfen rausgestempelt werden. Das und die Tatsache, daß manchmal bis zu dreimal am Tag die Kommission und damit auch die Arbeit und der Arbeitsablauf wechselt, führt dazu, daß es manchmal eine Stunde ist, die den Frauen abends fehlt. „Es gibt Frauen, die bis zu 80 Minuten (pro-Stunde-Akkordleistung) abgeben, da kann man nicht noch Wartezeiten oder alle möglichen Zeiten rausstempeln lassen...", wird mir auf meine Beschwerde hin vom Vorarbeiter gesagt.

Das Ganze führt zu einer unheimlichen Hetze. Arbeitssicherheitsbestimmungen — sie gibt es in diesem Betrieb nur auf dem Papier. Keine ordentliche Absauganlage für den Metallstaub an der Schleifmaschine, ebenso auch keinen Schutz für die Augen. Keine Schutzvorrichtung an der Schweißmaschine, so daß die Funken durch die Halle sprühen und sich ständig Kolleginnen verbrennen. Nachdem ich mir durch glühende Metallspäne beim Bohren den ganzen Arm verbrannt habe, nähe ich mir selbst auf den Tip einer Kollegin hin Armschoner, denn einen entsprechenden Schutz gibt es nicht. Eine andere Kollegin bleibt an der Bohrmaschine mit dem Ehering hängen und hätte sich fast den Finger abgerissen. Sie ist neu — keiner hatte sie auf spezielle Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen. Die Stühle sind kaputt, Fußbänke fehlen — die Kolleginnen behelfen sich mit umgestülpten Kartons...



Ein wachsendes Heer von arbeitslosen Frauen...

Endlos könnte man solche Aufzählungen fortsetzen. Nichts anderes als Arbeitstiere sind die Frauen hier. „Ich wehr mich meiner Haut", sagt mir eine Kollegin, die schon zehn Jahre hier schuftet. Und sie ist es auch, die sich gemeinsam mit anderen Frauen dafür einsetzt, daß eine bereits ausgesprochene Kündigung rückgängig gemacht werden muß. Eine Kollegin, ebenfalls in der Probezeit, hatte sich wegen starker Rückenschmerzen geweigert, eine Arbeit, im Grunde eine Männerarbeit, durchzuführen.

Die Zeit im M-Betrieb ist um. Die erste Lohnauszahlung steht noch aus, und wir Neuen wissen nicht, was denn da eigentlich nun bei der Schufterei am Ende rauskommt. Es gibt jetzt keine Arbeit mehr in der Abteilung, aber unter der Voraussetzung, daß wir Wechselschicht arbeiten wollen, können wir in einer anderen Abteilung, im Elektrobetrieb, eingestellt werden. Wir „wollen" ... und werden auch gleich auf Mittagsschicht gesetzt.



...wird von den Unternehmern brutal ausgenutzt, um die Arbeitshetze in den Betrieben zu verschärfen.

Die ersten Eindrücke hier: siebeneinhalb-Stunden-Schicht ohne auch nur eine reguläre Pause. Ich arbeite in einer Gruppe von neuen, meist sehr jungen, Frauen und Mädchen. Wir sind fast alle nur befristet, bis zum 31. 12. eingestellt. Eigens, um die Erfüllung eines neuen Auftrags zu gewährleisten. Ein Teil der Kolleginnen arbeitet schon vier bis sechs Wochen hier, und es heißt, es wird getestet, ob die Arbeit, die Herstellung von Sicherungen, nicht auch im Gruppenakkord gemacht werden kann. Das spielt sich dann so ab: Statt der abgestoppten Akkordrichtzahlen wird den Frauen für drei verschiedene Arbeitsgänge jeweils eine frei erfundene Minutenzahl auf die Karte geschrieben und dazu gesagt, daß 9,5 Minuten für 100 Stück die eigentliche Vorgabezeit für alle ist! Keiner hat die Frauen über die eigentlichen Zeitaufnahmeergebnisse informiert, ich erfahre sie erst, nachdem ich mir von einem Refa-Mann und dem Vorarbeiter die Abstoppunterlagen zeigen lasse. Sie betragen 26,4, 17,7 und 14,4 Minuten! Prompt werden am nächsten Tag die Karten ausgetauscht, und plötzlich stehen auch die richtigen Vorgabezeiten drauf.

Aber durch Unwissenheit, oder weil die Kolleginnen, die vorher entweder gar nichts oder in anderen Berufen unglaublich wenig verdient haben, meinten, nun unheimlich reinhauen zu müssen, damit sie bei der Zeit von 9,5 Minuten was verdienen, wurden bereits Traumzeiten erreicht. Neue Aufnahmen werden angekündigt. Was keiner wußte, daß während der ganzen Zeit, „aus Versuchsgründen" nur der Stundenlohn gezahlt wird...

Mit solchen und ähnlichen Tricks versucht man die Unerfahrenheit oder auch die Angst um den Arbeitsplatz der Kolleginnen zu nutzen, um unverschämte Akkordrichtsätze festzulegen, den Auftrag schnell und mit hohem Profit über die Bühne zu kriegen. So werden Frauen gezwungen, sonnabends zu arbeiten, auch nach der Spätschicht Sonnabend früh zu erscheinen, was verboten ist. „Denken Sie an Ihren Arbeitsplatz, draußen warten Hunderte anderer Frauen...", wird einer zögernden Kollegin vom Meister gesagt.

In der zweiten Spätschichtwoche ein Arbeitsunfall. Eine Kollegin, die schon länger im Betrieb arbeitet, wird damit beauftragt, zusätzlich zu ihrer eigenen Arbeit, sie bedient drei Maschinen, die auch alle gleichzeitig laufen, noch uns zu beaufsichtigen und die Arbeit einzuteilen. Sie gerät mit den Fingern in eine laufende Maschine — Überarbeitung wird im nachhinein festgestellt.

Die Kolleginnen sind empört über die Zustände in der Abteilung und im Betrieb. Einige wollen wieder gehen, doch sie wissen, daß sich ihnen, wenn überhaupt, doch auch nicht viel was anderes in der ganzen Umgebung bietet. „Zweihundert Mark mehr als im Geschäft", sagt eine junge Frau erfreut, als sie ihre Lohnabrechnung mit 850 DM erhält. Sie, wie die meisten von uns, wollen deshalb und müssen im Betrieb bleiben.

Streiflichter

Vorsicht Falle!

Sommerzeit — Frischobstzeit. Immer mehr sind die einschlägigen Geschäfte dazu übergegangen, das Obst in Körbchen oder Schälchen verpackt anzubieten. Dienst am Kunden und am Personal, sagen sie. Und damit man ihnen ihre lauteren Absichten auch glaubt, hängen meist auch die vorgeschriebenen Schilder daneben, auf denen die Kunden aufgefordert werden, das Gewicht der Obstschälchen auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Was passiert, wenn man das tatsächlich tut, konnte man kürzlich im „Scharnhorster Sprachrohr", Zeitung der Stadtteilzellen Scharnhorst der KPD/ML, lesen:

„500 g Erdbeeren 1,98 DM. Oh, denke ich beim Einkauf im Didi-Markt, da nimmst du ein Schälchen mit. Aber halt, da sind doch recht wenig Erdbeeren drin. Ich lasse nachwiegen: exakt 450 g. Ich bitte die Verkäuferin, mir das fehlende Gewicht zu ergänzen. Aber das hat ihr der Geschäftsführer verboten. ‚Der Kunde soll sich eine andere Schale aussuchen.' Ich nehme noch fünf andere Schalen. Überall exakt 450 g. Na, da kann ich ja lange suchen!!! Mit solchen Tricks lockt der Didi-Markt die Kunden an, um sie zu betrügen. Ein schmutziges Geschäft!"

In der Tat. Aber durchaus nicht nur bei Didi. Eine andere Kundin in einem anderen Geschäft in einer anderen Stadt ließ ebenfalls nachwiegen. Auch hier war zu wenig in der Schale. Der einzige Unterschied: Diese Kundin bekam das fehlende Gewicht ersetzt. Aus einer anderen Schale...

Alleinstehende Mütter in Not

Rund 787.000 alleinstehende Mütter und Väter gibt es in der Bundesrepublik. Zwölf Prozent der alleinstehenden Väter und mehr als ein Drittel dieser alleinstehenden Mütter haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 800 DM! Diese Differenz kommt dadurch zustande, daß — nach Angaben des „Verbandes alleinstehender Mütter und Väter" — jede zweite geschiedene, getrennt lebende oder unverheiratete Mutter gar keine, unregelmäßige oder zu niedrige Unterhaltszahlungen bekommt. Vom Staat haben diese Frauen nicht viel zu erwarten. Zwar gibt es sogenannte Unterhaltsvorschußkassen, die in bestimmten Fällen Gelder vorschießen. Aber sie können nur für Kinder unter sechs Jahren beansprucht werden. So bleibt für einen Großteil dieser Frauen nur der demütigende und nervenaufreibende Gang zum Sozialamt.

Kurzgeschichte

"Dat Hedi"

Alle wußten davon im Betrieb. Und fast alle freuten sich mit ihr. Denn die Kollegen mochten „dat Hedi", die gerade 20 Jahre alte, jungverheiratete Arbeiterin. Die Kollegen mochten auch den jungen Ehemann. Es gefiel ihnen, wie er seine „Hedi" nachts, nach der Spätschicht abholte und dabei nie vergaß, sie zur Begrüßung liebevoll zu umarmen.

Und nun erwartete Heidi, im rheinischen Dialekt der Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebs eben „dat Hedi", also ein Kind. Trotzdem packte sie immer noch die kiloschweren Kartons mit den frischerzeugten Batterien auf das niemals stillstehende Fließband. (Wenn es — aufgrund einer Panne — doch einmal stillstand, dann trieben Meister und Produktionsleiter die Elektriker und Schlosser bei der Reparatur zur Eile an, blickten sie nervös zur Uhr und feindselig auf Hedi und die anderen, für einige Minuten stillsitzenden, Bandarbeiterinnen. Kroch ihnen der Uhrzeiger zu lange über die Minutenskalen, ohne daß das Band sich bewegte, dann kam es auch vor, daß sie den Frauen einen Besen in die Hand drückten. Denn sie konnten den Anblick der — sei es auch nur für wenige Minuten — ruhenden Hände der Bandarbeiterinnen nicht ertragen. Sie fühlten sich nur wohl, wenn das Band ratterte und summte und die Hände der Bandarbeiterinnen sich unaufhörlich, getrieben vom monotonen Rhythmus der Maschine, bewegten.) Hedi packte also, packte noch schneller als je zuvor, weil ein Techniker, damit die Produktionszahlen stiegen, durch den Einbau eines mehrzahnigen Ritzels den Ausstoß der Maschine um 12,74 Prozent erhöht hatte.

Endlich, nachdem vor allem die älteren Frauen am Band bereits seit längerer Zeit immer häufiger voller Sorge auf Heidi geblickt und in den Pausengesprächen ihre Befürchtungen und ihre Empörung immer lautstärker geäußert hatten, geschah etwas. Heidi bekam einen anderen Arbeitsplatz. Der Betriebsratsvorsitzende hatte, wie er vor allem gegenüber Heidis früheren Kolleginnen am Band nicht müde wurde zu betonen, sich persönlich für sie verwendet: Im zähen Einsatz ... mit allen Mitteln ... harten Verhandlungen ..., habe er es geschafft, der Schwangeren einen leichteren Arbeitsplatz zu verschaffen. Im „Nickel-Cadmium"-Labor.

Heidi schweißte also im NC-Labor. Es war ja leichte Arbeit, wie ihr der Betriebsratsvorsitzende versichert hatte, durch seinen persönlichen Einsatz möglich gemacht. Dann aber kippte Heidi um. Einmal, zweimal, dreimal... „Das ist die zunehmende Schwangerschaft", wurde ihr attestiert. Heidi schweißte weiter. Sie klagte über häufige Übelkeit — diesmal gegenüber ihren Kollegen. Einer von ihnen, ein revolutionärer Vertrauensmann, war entsetzt. NC-Labor, schweißen, Nickeldämpfe, Foliendämpfe, kein Abzug — leichte Arbeit? Er handelte schnell. Sprach noch einmal mit Heidi. Mit ihren Kolleginnen. Zuletzt mit dem Betriebsrat. Zusammen mit anderen Kollegen schaffte er es. Heidi kam nach zweieinhalb Wochen Schweißen aus dem NC-Labor heraus. Aber wohin? Auf den leichtesten Arbeitsplatz, der zur Verfügung stand, wie aus den Büros von Produktionsleiter und Betriebsrat zu hören war. Zwar mußte Heidi wieder packen. Aber diesmal sei es zumutbares Pakken, wie ihr erklärt wurde. Also packte sie. Stapelte Kisten auf Paletten, bückte sich, hob. Damals war Heidi im siebten Monat schwanger.

Heute packt Heidi wieder am Fließband. Und ihr Kind, auf das sie sich so gefreut hat? Heidi spricht nicht davon. Aber als sie damals wieder in den Betrieb kam und ihre Hände erneut begannen, sich unaufhörlich, getrieben vom monotonen Rhythmus der Maschine zu bewegen, da war ihr Gesicht steinhart gewesen...



Familie Giefers vor ihrem schwer beschädigten Haus. Nur um Haaresbreite entging Frau Giefers dem Tod, als die Trümmer der „Phantom" ins Haus einschlugen.



Britische Soldaten an einer Straßensperre. Die britische Armee hat die Siedlung, in der die „Phantom"-Maschine abgestürzt ist, hermetisch abgeriegelt. Jedes Trümmer-Teil des Flugzeugwracks wird bewacht.

Drenke — kein Einzelfall

Abstürze von Militärflugzeugen häufen sich in der letzte Zeit. Ebenso Zerstörungen und Lärmterror durch Tiefflieger. Das ist ein Ausdruck der Tatsache, daß in immer größerem Umfang auf und über dem Gebiet der Bundesrepublik die NATO in möglichst „realistischer" Weise den Raubkrieg übt. Hier einige Beispiele aus diesem Jahr.

März. In Erding bei München streift ein abstürzender Starfighter ein Haus und setzt es in Flammen.

April. Auf dem Flugplatz Lechfeld und bei Kerpen im Rheinland stürzen Starfighter ab.

April. Eine Militärmaschine der Bundeswehr „verliert" eine Bombe über einem Bauernhof bei Oldenburg/Holstein.

Mai. Über Rain am Lech durchbrechen Bundeswehrmaschinen die Schallmauer und richten durch die Druckwelle einen Schaden in Millionenhöhe an.

Juni. Beträchtlicher Schaden entsteht, als über Günzburg/Leipheim Maschinen der Typen „Phantom" und „Eagle" der Bundeswehr und der US-Airforce im Tiefflug die Schallmauer durchbrechen.

Juni. Idar-Oberstein. Nur 200 Meter neben einer Schule stürzt der 200. Starfighter der Bundeswehr ab. Die Menschen dort sind empört über die ständigen Tiefflüge. „So kann es nicht weitergehen. Wir sind mit unseren Nerven am Ende."

Juni. Protestschreiben aus Schneverdingen und Neunkirchen in der Lüneburger Heide gegen Tiefflüge. Ein Sprecher aus Neunkirchen: „Bei uns nehmen die Piloten den mitten im Luftkurort liegenden Kirchturm als Zielpunkt und fliegen niedriger als 100 Meter über ihn hinweg, um die 6 km entfernt liegenden Radaranlagen in Hiddingen übungsmäßig zu unterfliegen."

Juli. Ein amerikanischer Hubschrauber stürzt in Unteraltertheim bei Würzburg ab. Schwerer Sachschaden, neun Soldaten werden getötet.

Juli. Tiefflug der Bundeswehr über Ippinghausen bei Kassel. Fenster zerspringen, eine Haustür fällt aus dem Rahmen.

Juli. Einen Tag nach dem „Phantom"-Absturz in Drenke stürzt eine kanadische Militärmaschine bei Winzenhofen in Baden-Württemberg ab.

„Phantom"-Absturz bei Atomkraftwerk

Fortsetzung von Seite 1

Schreck noch in den Gliedern. „Was da alles hätte passieren können!" Ein Maurer aus dem Dorf, der in der Siedlung die ersten Reparaturarbeiten durchführt, berichtet uns: „Dort drüben, dort, wo der Giebel abgerissen ist, da lag ein kleiner Junge im Bett und hat geschlafen. Direkt neben ihm hat ein Teil von dem Flugzeug die Wand durch geschlagen."



Solche Geschichten können viele Drenkener erzählen. Der Handwerker Norbert Giefers, der am Montag morgen gerade Kartoffeln im Garten geerntet hat: „Es jaulte und krachte, und dann kam der Feuerball wie eine Napalmbombe auf mich zu. Ich habe mich hinter die Gartenmauer geworfen, sonst wäre ich tot." Seine Frau hatte im Haus auf dem Sofa gesessen und telefonierte. Als die „Phantom" detonierte, war sie aufgesprungen. Sekundenbruchteile später durchschlug ein Wrackteil mit gewaltiger Wucht die Hauswand, und ein glühender, scharfkantiger Metallkörper bohrte sich tief in das Sofa. So wie Frau Giefers sind viele Menschen hier buchstäblich um Haaresbreite am Tod vorbeigekommen.

Manche von denen, die hier an der Absperrung stehen, haben die Maschine im Tiefflug heranrasen sehen. Sie war noch von einer weiteren „Phantom" begleitet. „Ich saß im Garten", berichtet uns eine Frau. „Die beiden Flugzeuge flogen so tief, ich habe richtig gezittert." Aber an einen Unfall hat sie dabei noch nicht gedacht. Tiefflieger über Drenke, das ist für die Menschen hier fast schon Alltag. „Meistens kommen sie gerade um die Mittagszeit. Die streifen manchmal sogar die Baumwipfel. Und alles fängt dann an zu beben." Drenke liegt direkt in einer Flugschneise für Übungsflüge. Für die Herren in den NATO-Stäben ist dieses hügelige Land offenbar der geeignete Ort, um die Kriegstüchtigkeit ihrer Jäger und Bomber zu erproben. Was hat es denn mit diesen Tiefstflügen, mit denen die Menschen hier terrorisiert werden, für eine Bewandnis?

„Tief in den Raum" sollen die „Phantoms" nach dem Konzept der NATO-Strategen eindringen können. Und dieser Raum liegt im Osten. 1.600 km Reichweite haben die „Phantoms" dabei. Sie sind mit einem besonderen Radar ausgerüstet, der auf „Bodenverfolgung" geschaltet werden kann. Das heißt, die Maschinen können so dicht über dem Boden fliegen, jeweils den Hügeln und Tälern folgend, daß sie vom feindlichen Radar nicht mehr erfaßt werden können. Und genau diese Tiefflüge — weit in den Raum — üben die Maschinen, die über Drenke und das südliche Weserbergland hinwegrasen. Bei einem solchen Übungsflug, wo es darum geht, die tödliche Bombenlast weit in das „feindliche " Gebiet hineinzutragen, sind die beiden britischen Piloten in ihrem „Phantom" am Ortsrand von Drenke zerschellt.

„Mit den Tieffliegern, das dürfte nicht sein" ist die einhellige Meinung hier. Ob es denn früher schon Beschwerden gegeben habe? Natürlich, alle regen sich darüber auf. „Aber Beschwerden", sagt ein Mann aus dem benachbarten Beverungen, „die landen bei denen ja doch nur im Papierkorb!" Vor vier Jahren zum Beispiel hatten die Militärdienststellen auf die Proteste aus der Gegend nur die Antwort: die Tiefflieger wären „äußerst notwendig". Notwendig für die NATO und das „realistische" Training des Raubkrieges. „Das mußte ja mal so kommen", sagen die Leute in Drenke über den Absturz. Und tatsächlich: Katastrophen wie die vom Montag sind von den NATO-Strategen bei ihrem Tiefflug-Programm eiskalt mit einkalkuliert. Gestern war es „nur" der Ortsrand, der zerstört wurde, waren „nur" Verletzte zu beklagen. Aber zweihundert Meter weiter — das wird hier immer wieder gesagt — und der ganze Ort wäre ein Flammenmeer gewesen.

Wir besuchen die Familie Knipping. Sie hat Verwandte in der Siedlung. Zwei Mädchen, die dort wohnen, sind gerade zu Besuch. Die Mutter ist ins Krankenhaus gebracht worden, an der Brust von herumfliegenden Wrackteilen verletzt. Die Schwester hat einen doppelten Wadenbruch erlitten. Neben ihnen wurden noch vier weitere Bewohner der Siedlung verletzt. „Am schlimmsten war der Schock", sagen die Mädchen. Er steckt ihnen immer noch in den Gliedern. Auch sie berichten von den Protesten gegen die Tiefflieger, sind empört darüber, daß sich nichts daraufhin gerührt hat. „Und das Tollste: Am selben Tag, also gestern, nach dem Absturz, sind schon wieder welche im Tiefflug hier herübergedonnert."

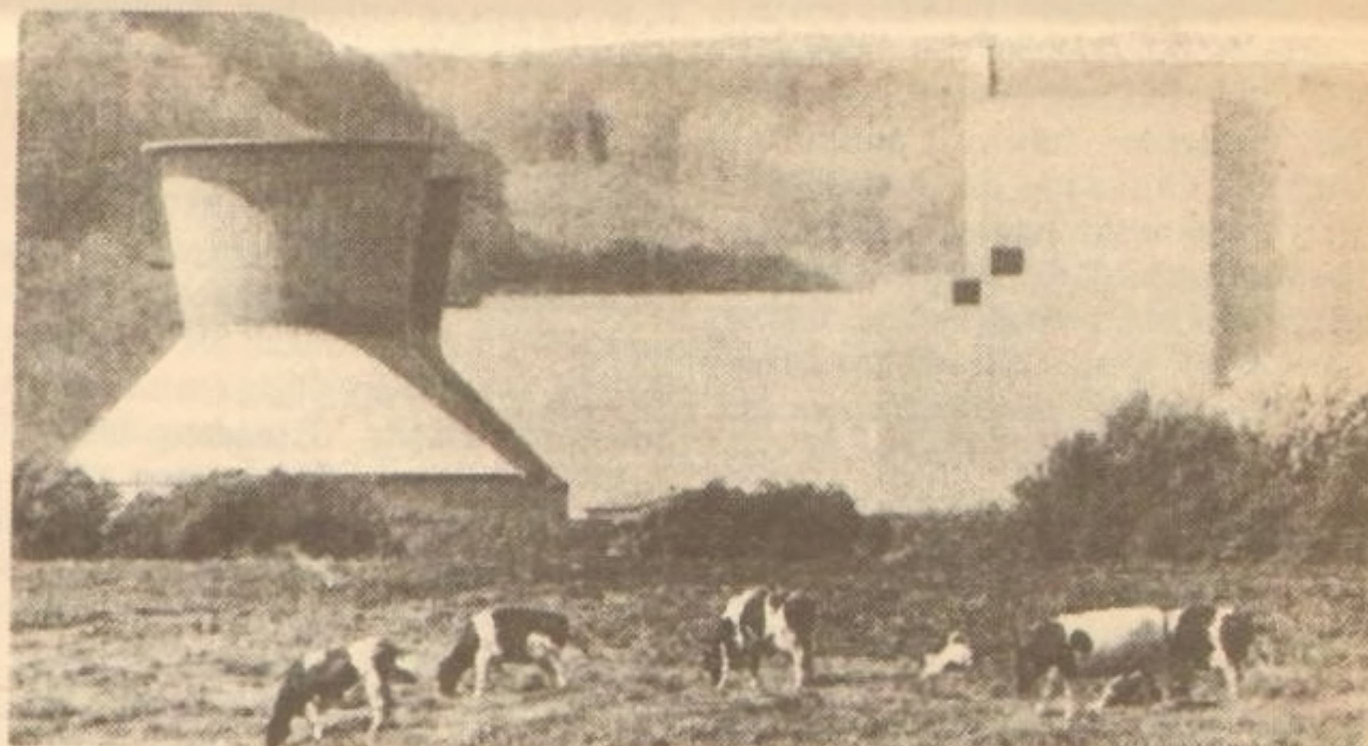
Auch die Nachbarin, mit der wir sprechen, ist erregt. Ein kleiner Junge hängt an ihrem Rockzipfel. Sie deutet auf ihn und sagt: „Seit gestern geht er nicht mehr vor das Haus. Er will immer um mich herum sein. Der Schock, wissen Sie, er hat ja so einen Schrecken bekommen." Und wieder kreist das Gespräch um die Rücksichtslosigkeit der Militärbehörden, den langjährigen Terror durch die Übungsflüge. Wieder heißt es: Was hätte alles passieren können. Aber es ist nicht nur die Möglichkeit eines Absturzes mitten in den Ort, die sich die Menschen hier mit Schrecken ausmalen. Da ist noch etwas anderes, eine Bedrohung, an die man nur mit Entsetzen denken mag. Nur 8 km Luftlinie, 21 Flugsekunden von der Absturzstelle entfernt, steht das Atomkraftwerk Würgassen. „Das kann man sich gar nicht ausmalen", sagt die Frau, „Dann wäre alles aus gewesen." Und sie bekräftigt: „So etwas dürfte doch nicht passieren. Daß die hier herumfliegen, so dicht bei dem Ding."

Wir verlassen Drenke und fahren zur Weser hinunter, um uns dieses „Ding" einmal anzusehen. Am gegenüberliegenden Ufer, im seltsamen Kontrast zu den kleinen Dörfern, die verstreut in den Wiesen und Feldern der Niederung liegen, erhebt sich die Anlage mit dem massigen, rechteckigen Betonklotz des Reaktorgebäudes, den weithin sichtbaren Kühltürmen: das Atomkraftwerk Würgassen. Und auch hier endet die Fahrt wieder vor einer Absperrung: der Schranke am Tor des AKW. Betont lässig kommen zwei Uniformierte aus dem Pförtnerhäuschen. Die Waffen — immerhin — haben sie drinnengelassen. Durchs Fenster kann man die Halfter an der Wand hängen sehen. Wir werden erst einmal in die grundlegenden Regeln eingewiesen: weitergehen verboten, Fotografieren verboten. Warum? „Na, wegen der Kraftwerksgegner. Wir mögen so etwas nicht. Außerdem kommt dann auch gleich die Polizei."

Wenn wir schon keine Aufnahmen machen dürfen, wollen wir doch wenigstens hören, was man hier zu dem Flugzeugabsturz oben im Bergland sagt. Die Herren werden gesprächig. Das ist überhaupt kein Grund zur Aufregung, denn wissenschaftlich erwiesen besteht nur eine Chance von 1 zu 1 Million, daß so ein Flugzeug mal auf ein AKW fällt. Das gleiche hat uns übrigens oben in Drenke auch ein Schulmädchen schon vorgerechnet. Offenbar hält es die Preußen-Elektra, die Betreiberin von Würgassen, für notwendig, in diesem Sinne die Lehrpläne mitzugestalten. Aber wer soll sich auf solche Rechnereien einlassen in einem Gebiet, wo nicht nur ständig Übungsflüge, sondern auch große Manöver durchgeführt werden? Was den Menschen hier — vor allem nach der Katastrophe von Drenke — Sorge macht, ist eine ganz andere Rechnung: was sind schon 21 Flugsekunden für eine Maschine, über die der Pilot die Kontrolle verloren hat?

Aber auch darauf haben die Herren von der AKW-Sicherheit eine Antwort. „Gegen den Reaktor kann sogar ein Starfighter fliegen, und nichts passiert. Die Brennstäbe sind nämlich tief in die Erde eingelassen." Ein kurzer Besuch im Informationspavillon der Anlage genügt jedoch, um zu sehen, daß dieses Gerede nur eine plumpe Lüge ist. Denn auch in Würgassen liegt der Reaktorkern und liegen damit die Brennstäbe über der Erdoberfläche. Auch in Würgassen ist offensichtlich die für die AKW-Betreiber wichtigste Sicherheitsmaßnahme ein doppelter hoher Zaun mit einer Stacheldrahtkrone.

Der Phantom-Absturz hat schlagartig wieder einmal klar gemacht, daß die Atomkraftwerke wahrhaftig Zeitbomben sind. Nur Sekunden trennten die Menschen im oberen Weserbergland von einer Katastrophe mit kaum vorstellbarem Ausmaß. Kein Wunder, daß in den meisten Zeitungen, die über den Absturz berichten, eine Nachricht fehlt: nämlich die, daß acht Kilometer neben Drenke das AKW-Würgassen steht. Die Militärbehörden haben neben dem in solchen Fällen üblichen Wirbel (Untersuchung eingeleitet, Übungsflüge vorerst eingestellt usw.) gleich erklärt, daß der Luftraum über Atomkraftwerken für ihre Maschinen ohnehin gesperrt wäre. Aber nicht einmal das stimmt, wie wir erfahren.



Atomkraftwerk Würgassen, rechts das Reaktorgebäude mit den Brennelementen. Nur acht Kilometer von hier stürzte die britische „Phantom" ab.

Neben dem AKW liegt das kleine Dorf Würgassen. In einer großen Scheune wird gerade Stroh eingebracht. Drei junge Leute sind mit der Arbeit beschäftigt. Wir fragen sie nach dem Phantom-Absturz. „Ja", sagen sie, „Das hätte leicht hier heruntergehen können." Und einer von ihnen meint: „Die fliegen doch hier auch rüber. Das habe ich selbst schon gesehen." Hier verfangen die dummdreisten Sprüche der Energiemonopole über die „todsicheren" Atomkraftwerke nicht. Es ist nicht allein die Sache mit dem Phantom-Absturz. Auch die tagtägliche Gefährdung durch das unsichtbare radioaktive Gift macht den Menschen hier Sorge. „Wir wissen ja gar nicht, was da noch alles auf uns, auf unsere Kinder und Enkel zukommt", sagt einer der jungen Leute. Das Wesertal soll mit noch mehr Atomkraftwerken vollgestellt werden, erzählen sie. „Wart ihr mal in Grohnde? Das ist das allerletzte. Da haben sie Stacheldraht gezogen, Gräben ausgehoben. Wie an der Zonengrenze sieht das jetzt aus." Für das etwa 50 km stromaufwärts gelegene AKW Würgassen, so berichten sie, hat es ähnliche Pläne gegeben, oder es gibt sie noch. „Ja, wenn die von Sicherheit reden", meint einer der drei, „die wollen ja uns nicht schützen, die schützen sich selber — vor uns."



Noch im Umkreis von mehreren hundert Metern gingen Trümmer der Maschine nieder und richteten erhebliche Zerstörungen an.

Helden des Volkes

August Lütgen



Bruno Tesch



Walter Möller



Karl Wolff



Opfer des Blutsonntags von Altona

hingerichtet am 1. August 1933 von den Schergen des Faschismus.

Ein Arbeiterleben

August Lütgens, am 16. Dezember 1897 in Lübeck geboren, war das älteste von zwölf Kindern eines Metallarbeiters. Obwohl die Mutter als Waschfrau arbeitete, reichte das Geld kaum für das tägliche Brot. August mußte von früh auf seine Geschwister versorgen und steuerte durch Laufburschen-Arbeit und Zeitungsaustragen Pfennige zum Lebensunterhalt der Familie bei. Als 14jähriger ging er zur See. Als der erste imperialistische Weltkrieg ausbrach, war er noch keine 17 Jahre alt. In der kaiserlichen Kriegsflotte erlebte er, wie Junker und Schlotbarone „für einen besseren Platz an der Sonne" die Angehörigen seiner Klasse als Kanonenfutter verheizten.

Als im November 1918 die revolutionären Matrosen in Wilhelmshaven den Aufstand organisieren, ist August Lütgens dabei. Unmittelbar nach der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1919 wird er ihr Mitglied. Von da ab kämpft er, als treuer Sohn seiner Klasse, für die sozialistische Revolution. Seine Teilnahme am Kampf gegen die reaktionäre „Brigade Ehrhardt" bringt ihm zwölf Jahre Zuchthaus ein. Doch nicht lange halten ihn die Gitterstäbe des Bremer Kerkers. Nach einigen Monaten flieht er in die Sowjetunion. Hier findet er Asyl und Arbeit in einer Moskauer Gießerei. Aber während er hier — voller Begeisterung — am sozialistischen Aufbau teilnimmt, stürzt die Weltwirtschaftskrise seine Klassengenossen in Deutschland in tiefes Elend. August geht schließlich im April 1931 in die Heimat zurück, um am Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft dort teilzunehmen.

Im Hamburger Seemannsclub des Transportarbeiterverbandes erzählt August Lütgens den Hamburger Hafenarbeitern und Seeleuten vom Leben im Land der Diktatur des Proletariats und betreibt Propaganda für die Revolution. Von hier aus auch organisiert er die Verhinderung von Munitionstransporten für die japanischen Imperialisten, die vom Osten her die Welt mit Faschismus bedrohen. Als einer der Führer des seit 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbundes sorgt er dafür, daß Zwangsausweisungen von Arbeitslosen verhindert werden und organisiert den bewaffneten Widerstand der werktätigen Bevölkerung gegen die Überfälle der Faschisten. Dadurch erwirbt er sich eine große Achtung bei seinen Hamburger Klassenbrüdern. Mit um so größerem Haß verfolgen ihn die Nazis.

Der Altonaer Blutsonntag

Am 17. Juli 1932 provozierten die Nazi-Faschisten die Hamburger Arbeiterschaft. Aus ganz Schleswig-Holstein, Hamburg und Harburg werden alle SA- und SS-Formationen zusammengezogen, um durch das Arbeiterviertel Altona zu demonstrieren. Die Polizei erlaubt diese Provokation. Die Hamburger Arbeiter bereiten sich vor. In einem Meer von antifaschistischen Sprechchören geht das Gegröle der braunen Horden unter. Voller Wut machen einige SA-Banden den Versuch, Arbeiterwohnungen zu stürmen. Die brutale Wut der verrohten faschistischen Schläger trifft hier auf die Entschlossenheit der Hamburger Werktätigen, ihre Straßen und damit ihre Ehre gegen die Faschisten zu verteidigen. Am Ende gibt es 18 Tote. Nur zwei von ihnen sind Faschisten. Aber nicht die faschistischen Anführer dieses geplanten Massenmordes, die NSDAP-Leitung, kommen vor Gericht, sondern die mutigsten der Arbeiter, die ihr Viertel gegen die Nazis verteidigt haben, werden angeklagt. Unter ihnen: August Lütgens.

Aber noch sind die Nazis nicht an der Macht. Noch muß man vor Gericht Beweise bringen, um jemand wegen Mordes verurteilen zu lassen. Man kann den angeklagten Arbeitern und Kommunisten nicht die Morde, die die Faschisten begingen, in die Schuhe schieben. Trotzdem bleibt August Lütgens in Haft, wegen „Verteilens von Flugblättern"! Mit dem Machtantritt Hitlers kommt dann die „Abrechnung für Altona". 21 Arbeiter, auch August Lütgens, werden noch einmal vor Gericht gezerrt. Vier von ihnen werden zum Tode verurteilt. Unter ihnen Bruno Tesch.

Mit 20 Jahren — zum Tode verurteilt

Als Bruno Tesch, ein Hamburger Junge, am Blutsonntag eine hilflose Frau mit zwei Kindern aus dem Kugelhagel der Faschisten in einen Hinterhof rettet, ist er 19 Jahre alt. Auch ihm will man die Morde der Faschisten in die Schuhe schieben. Im ersten Prozeß wird seine Unschuld bewiesen. Doch am 2. Juni 1933 steht er wieder vor dem Gericht, diesmal vor dem Nazi-Blutrichter Block. Falsche Zeugen der SA beteuern, daß hier ein Mörder steht. In der Todeszelle schreibt Bruno später, wie er das Todesurteil empfing:

„Also, ich war schon so ziemlich auf das Schlimmste vorbereitet, ebenso wie die anderen. Deshalb konnte ich mich auch bei der Urteilsverkündung so gut beherrschen. Erschwert wurde es mir ungemein dadurch, daß ich mich von meiner Mutter, die mich vorher besuchte, sehr innig verabschiedete. Ich habe bei der Verkündung nur ein starkes Rauschen verspürt, und da hindurch drang laut die Stimme des Richters.

Nur einmal wäre es beinahe mit meiner Fassung vorbei gewesen, als ich das Weinen meiner Mutter heraushörte. Ich riß mich aber zusammen, denn ich hatte mir geschworen, den Leuten, die ja nur darauf lauerten, kein Schauspiel zu bieten... Der große Umschwung in der Stimmung kam erst ein paar Tage später, als die richtige Überlegung wiederkehrte; als ich mir vorstellte, daß ich erst zwanzig Jahre alt bin — wirklich nichts getan hatte — und dennoch zum Tode verurteilt wurde... Für mich ist es immer noch ein Trost zu wissen, daß, wenn ich hingerichtet werde, ich in der Arbeiterschaft nicht vergessen werde. Aber wenn ich mir vorstelle, wie meine liebe Mutter jetzt leiden und bangen wird, so könnte ich wild werden."

Vier proletarische Kämpfer

Im Gefängnishof in Hamburg-Altona hatte man die mittelalterlichen Richtstätten aufgebaut. Die politischen Gefangenen sollten den Tod ihrer Kameraden mitansehen.

Bevor August Lütgens sein Haupt auf den Richtblock legte, rief er: „Ich sterbe für die proletarische Revolution!" Bruno Tesch starb als zweiter, im Bewußtsein des zum Recht erhobenen Unrechts.

Walter Möller, ein Arbeiter, der sein ganzes Leben nichts als Arbeit kennengelernt hatte, folgte ihm unerschrocken auf das Gerüst. Erhobenen Hauptes, ohne durch das Sterben seiner Freunde schwach geworden zu sein, gab schließlich der Schuhmacher Karl Wolff sein Leben hin. Die Gefangenen, die ohnmächtig diesen ersten „legalen" Justizmord des Nazi-Reiches mitansehen mußten, schworen sich, ihren Tod zu rächen.

Unvergessen

An einem Augustabend gingen zwei Männer in Arbeitszeug durch die Schauenburger Straße bis Ecke Unzernstraße. An der Mauer des Hauses, in dem Lütgens gewohnt hatte, schlugen sie einen Nagel ein. Dann gingen sie zweihundert Meter weiter zu Teschs Elternhaus und hinterließen auch dort einen Nagel in der Wand. Am nächsten Tag, mittags um zwölf Uhr, fuhren wieder zwei Männer auf Fahrrädern durch die Straße, in Papier gewickelte Gegenstände in der Hand. Vor dem Wohnhaus der Familie Lütgens stand ausgerechnet einer vom SA-Marinesturm. Ohne ihn zu beachten, hängten die beiden den Gegenstand an dem Nagel auf und rissen das Papier weg. Ein Lorbeerkranz kam zum Vorschein. Sie strichen die Schleifen glatt und stiegen wieder aufs Rad, nicht ohne vorher dem SA-Mann zugerufen zu haben: „Kiek di dat man got an." Der verdutzte SA-Mann, der bald von einer Menschenansammlung umringt war, las auf den Schleifen die Worte: „Unserem von den Faschisten ermordeten Genossen August Lütgens. Die KPD Altona."

Dieses Ereignis verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch ganz Hamburg. Die Hamburger Arbeiterschaft hat ihre gemordeten Söhne niemals vergessen!

Willi Bredel: „Die Prüfung"



Willi Bredel
Die Prüfung
304 Seiten, DM 3,00, Aufbau-Verlag, Berlin, DDR

Der Kommunist Bredel hat seinen Roman 1934 geschrieben, nach dreizehnmonatiger Haft im KZ Fuhlsbüttel. „... in Einzelhaft und Dunkelhaft, in den Nächten, in denen ich ausgepeitscht wurde, in den übrigen Nächten, in denen ich das Schreien... meiner gefangenen Genossen miterleben mußte, schrieb ich in Gedanken an einem Buch über diese Todesstätte... Diesen Roman nahm ich, als ich durch das alte Zuchthaustor schritt, als Konterbande im Kopf mit in die Freiheit."

Die Geschichte des jungen Keitel, der in Dunkelhaft sitzt und dem es erst nach vielen verzweifelten Versuchen gelingt, Kontakt mit seinem Nachbarn zu knüpfen, der die Folter erleben muß, nicht, um noch irgendetwas zu gestehen, sondern einfach alltäglich, so wie es jedem Gefangenen geschieht, ist von großer Eindringlichkeit. Kreibel erlebt tiefe Verzweiflung und neue Hoffnung, kommt schließlich mit anderen Genossen zusammen, hält in der Zelle Schulung. Er erlebt, daß viele zu Verrätern werden oder sich einfach zurückziehen. Er möchte auch nicht mehr politisch arbeiten, denkt an seine Familie, hat Angst. Er sagt sich, er habe genug getan, sollen jetzt andere... Wieder in Freiheit, hält er Abstand zu den Genossen. Doch sein Haß ist zu groß. Gerade das Wissen, daß die besten Kommunisten gemordet werden, befähigt ihn, seine Angst zu überwinden und neue Aufgaben für die Partei zu übernehmen.

(Volkskorrespondentin aus Freiburg, Hausfrau, 29 Jahre.)



Auswahl von Beiträgen zum Artikelwettbewerb „Der ‚Rote Morgen' gibt die Wahrheit wieder" anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Zeitung „Roter Morgen" im Sommer 1977.
Die hauptsächlich von Arbeitergenossen geschriebenen Korrespondenzen enthüllen in lebendiger und überzeugender Darstellung die Verkommenheit, Menschenverachtung und Fäulnis unseres kapitalistischen Gesellschaftssystems und zeichnen zugleich ein Bild des wachsenden Kampfes der Werktätigen dagegen.
Die Beiträge sind Beispiel und Beweis für das Anwachsen einer Arbeiter- bzw. Volkskorrespondentenbewegung. Sie zeigen, daß jeder, der im Kampf steht, seinen Beitrag, seine Erfahrung beisteuern kann.

120 Seiten, mit Illustrationen, Preis 3,80 DM
Bestellungen an: Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526

Simmel: „Hurra, wir leben noch"

Märchen vom Wirtschaftswunder

Startauflage 200.000 Exemplare, seit Wochen auf Platz eins der Bestseller-Liste. Der neue Simmel-Roman ist schon jetzt ein Riesengeschäft. Verleger Droemer preist ihn an als einen „optimistischen und fröhlichen Wirtschaftswunder-Schelmenroman". Optimismus und Fröhlichkeit — so war wohl die Rechnung — das verkauft sich gut in diesen Zeiten, wo die Werktätigen wahrhaftig nichts zu lachen haben, wo die Wolken der Krise zunehmend die Aussicht verdunkeln.

Simmel greift in seinem Roman weit zurück, bis in die Jahre der Nachkriegszeit. Sein Held Jakob Formann ist einer der unzähligen Kriegsteilnehmer, die, nach Hause zurückgekehrt, vor dem Nichts stehen und sich irgendwie durchschlagen müssen. Dieser Jakob ist ein pfiffiger Kerl, ein Schelm — wenn man so will. Einer, der mit Witz und erfinderischen Einfällen die Mächtigen der damaligen Zeit übers Ohr haut: die Ami-Offiziere, die Schieber und Spekulanten, und nicht zu vergessen, die alten Nazis, die noch immer oder schon wieder an den Schaltstellen und Futtertrögen sitzen. So weit, so gut — die Sympathie des Lesers wird diesem Jakob sicher sein.

Aber dann, nach den ersten Kapiteln des 700-Seiten-Wälzers, ist der Schelmenroman schon zu Ende. Es beginnt die Geschichte von Jakob Formann, der die Mächtigen nicht nur übers Ohr haut, sondern aus seinen Tricks auch Kapital schlägt, der dieses Kapital zu mehren versteht und so einer der mächtigsten Bosse der kapitalistischen Welt wird. So entpuppt sich die Geschichte als eines der Aufsteiger-Märchen der Art „vom Tellerwäscher zum Millionär". Simmel „entführt den Leser in das Leben und Treiben der „High Society", wie es in der Verlagswerbung so schön heißt. Sein Held aber soll — so wollte es sein Schöpfer — der alte Kumpel, der Schelm, in dem sich jeder wiederfindet, bleiben. Was dabei herauskommt? Ein Milliardär, der lieber Schmalzbrote als Kaviar ißt. Ein Finanzhai, der rührend um das Wohl der kleinen Leute besorgt ist und andere Verlogenheiten mehr.

Das sogenannte Wirtschaftswunder, die Jahre des Wiederaufstiegs des deutschen Imperialismus, erscheint aus dieser falschen Perspektive als das Werk von anständigen Kapitalisten, die für ihre Karriere nichts weiter mitgebracht haben als einen gesunden Verstand. Die Welt, in die Simmel seine Leser entführt, hat mit der Wirklichkeit des Nachkriegs-Deutschland nichts zu tun. Nur ab und zu einmal blitzt die Realität in diesem Roman auf: so, wenn einige Praktiken beleuchtet werden, mit denen der Staat die großen Konzerne subventioniert oder wenn Formann feststellen muß, daß die alten Nazis bis in die höchsten Stellen des Bonner Staates eingerückt sind. Aber so etwas bleibt nur Beiwerk und wird auch noch dadurch verbogen, daß etwa den bösen alten Nazis der gute Kapitalist Formann entgegengestellt wird.

Und wo bleibt der Optimismus? Simmels Held wird schließlich im Sturm der Wirtschaftskrise kräftig gerupft. Er zieht sich in ein Dorf im Österreichischen zurück, wo er mit dem, was ihm geblieben ist, einem beschaulichen Lebensabend entgegensehen und seine Schmalzbrote verzehren kann. Den Werktätigen dagegen kann Simmel kein Happy-End bieten. Aber sie kommen in seinem Roman ja auch gar nicht vor.

Honoré Daumier (1808-1879)

Ein Anwalt des Volkes



Die Vorbereitungen zum 100. Todestag von Honoré Daumier laufen an. Das Westfälische Landesmuseum in Münster zeigt bis zum 3. September eine Ausstellung mit 372 Lithographien (Steindrucken). Anfang 1979 wird diese Daumier-Ausstellung in Bonn zu sehen sein. Grundlage der Ausstellung ist eine Privatsammlung. Eine große Sammlung, doch sie weist Lücken auf. Gerade bei den Drucken, die Daumier als revolutionären Künstler auf der Seite des Volkes bekanntgemacht haben. Zufall? Sammlerpech?

Die Katalogaufsätze und Bildkommentare zu dieser Ausstellung lassen allerdings vermuten, daß auch die Auswahl mit der Absicht vorgenommen wurde, den revolutionären Charakter der Arbeit Daumiers zu vertuschen. So heißt es etwa im Katalog, die Ausstellung solle zeigen, „wie sehr der Mensch sich in seinen Ansprüchen und Schwächen, in seiner Habgier und in seiner Selbstsucht über die Jahrhunderte hinweg gleicht". Der Mensch? Gerade Daumier hat in seinen Lithographien sehr konkret unterschieden: zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen den herrschenden Klassen und den Unterdrückten!

„Aufreizung zu Haß und Verachtung"



„Gargantua", 1831. Aus Anlaß dieser Karikatur wurde Daumier zu einer Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Dieser große Künstler ist mit seinen Graphiken als leidenschaftlicher Anwalt des Volkes aufgetreten, der scharfsichtig und bissig die Feinde der Freiheit entlarvte und bloßlegte. Der für seine künstlerische Arbeit persönlich einstand. Bereits eine seiner ersten Grafiken für die satirische Zeitschrift „La caricature" beweist diese eindeutige Haltung.

Die Grafik „Gargantua" (1832) zeigt den „Bürgerkönig" Louis Philippe. Er frißt zahlreiche Geldsäcke, die man aus den ärmsten Teilen der Bevölkerung herausgepreßt hat. Senatoren, Minister und Abgeordnete tragen sie zu ihm hoch. Der Bürgerkönig frißt diese Geldsäcke und scheißt hinten die Titel, Diplome und Ehrenkreuze heraus, die die Günstlinge des Königs sofort gierig ergreifen. Eine scharfe Analyse des Bürgerkönigtums.

Daumier wird dafür wegen „Aufreizung zum Haß, Verachtung der königlichen Regierung und Beleidigung der Person des Königs" zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zunächst auf Bewährung. Als er aber Monate später das Blatt „Die Weißwäscher" veröffentlicht, muß er die Strafe im Gefängnis für politische Häftlinge St. Peragie absitzen. Das Blatt „Die Weißwäscher" rechnet mit dem Kriegsminister ab, der den Aufstand der Lyoner Seidenweber im Dezember 1831 im Blut ertränkte. Diese beiden Blätter, die Ausdruck für Daumiers kämpferische und revolutionäre Haltung sind, wird man in der Ausstellung vergeblich suchen.

Ob 1830, 1848 oder 1871, Daumier hat in den revolutionären Kämpfen des französischen Volkes stets gegen die Reaktion und für die Freiheit des Volkes gefochten. „Man muß seiner Zeit dienen", war das schlichte Wort, mit dem er Vorwürfe abwehrte, daß er seine künstlerische Kraft im politischen Tageskampf vergeuden würde. Und so waren seine Grafiken ebenso aktuell wie allgemeingültig und typisch. Grafiken, die auch heute noch eine solche Durchschlagskraft und revolutionäre Qualität zeigen, daß die Bourgeoisie sie fürchtet.

Das Gesicht der herrschenden Klasse

Denken wir nur an Daumiers Karikaturen zur Klassenjustiz. Die bekannte Lithographie: „Sie haben das Wort, erklären Sie sich. Sie sind frei." Daumier hat sie zu dem politischen Prozeß gegen die Aufständischen vom April 1834 entworfen. In diesem Jahr hatten die Seidenweber Lyons wieder gekämpft. Diesmal für höhere Löhne. An dem Tag, als der Prozeß gegen die Führer des Streiks beginnen sollte, brach ein republikanischer Aufstand los. Zunächst in Lyon, dann auch in anderen Städten. Die Reaktion schlug den Aufstand in sechs Tagen blutig nieder.

2.000 Personen wurden verhaftet, 318 angebliche Rädelsführer zerrte man vor Gericht. Die Angeklagten suchten sich eigene Verteidiger, doch das politische Sondergericht ließ dies nicht zu. Es bestellte Zwangsverteidiger. Die Angeklagten wiesen dies empört zurück. Daraufhin zwang die Justiz sie, ohne Verteidiger vor das Gericht zu kommen. Sie wurden mit Gewalt vor den Richter geschleppt, oder es wurde in Abwesenheit verhandelt.

Die Ähnlichkeit mit der Einschränkung der Verteidigung in heutigen politischen Prozessen ist unübersehbar. Und so ist diese Lithographie ein „packendes Symbol" nicht nur der damaligen, sondern auch der heutigen Klassenjustiz. Der geknebelte Angeklagte. Vor ihm auf dem Boden ein zerrissenes Schriftstück mit der Aufschrift „defense" (Verteidigung). Dahinter schemenhaft Richtergestalten, mit aufgekrempelten Ärmeln wie Schlachter, die den Kopf eines Angeklagten auf den Bock gelegt haben, um ihn mit der Axt abschlagen zu können.

Es ist ein Hohn, wenn ausgerechnet zu dieser Grafik in der Münsteraner Ausstellung bemerkt wird: „Daumier formuliert seinen Protest gegen die Voreingenommenheit der Richter, von denen die meisten oft schon allein wegen des hohen Alters kaum noch in der Lage waren, dem Prozeß zu folgen." Diese „alten Herren" waren die Mitglieder des französischen Oberhauses, die in diesem Aprilprozeß als politisches Sondergericht auftraten und bewußt die politische Verteidigung verhindert hatten; die Demokraten und Republikaner zu Verbannung und Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren verurteilten!



„Sie haben das Wort, erklären Sie sich, Sie sind frei." Aus der Zeitschrift „La Caricature", 1835.

Das Proletariat

Die Regierung verfolgte jedes Wort der Kritik. Allein 1833 gab es 411 Prozesse gegen die Oppositionspresse. Mit 143 Verurteilungen zu insgesamt 165 Jahren Gefängnis. Das Blatt „Caricature", an dem Daumier mitarbeitete, hatte den Löwenanteil an dieser Verfolgung. Doch die fortschrittliche Öffentlichkeit unterstützte die Journalisten und Karikaturisten. Eine „Gesellschaft zur Verteidigung der freien Presse" versuchte mit Geldspenden zu helfen. In der „Monatsvereinigung für die Freiheit der Presse" konnten Freunde der politischen Karikaturen zu einem Solidaritätspreis eine größere Grafik erwerben. Für diese Serie schuf Daumier seine Lithografie „Die Freiheit der Presse" (1834). Man sieht: einen jungen selbstbewußten Druckereiarbeiter. Er ist sich seiner Kraft bewußt, seine Fäuste sind geballt. Er schützt die Pressefreiheit. Unter dem Bild: „Rührt nicht daran!" Rechts im Hintergrund Karl X. Der junge Arbeiter würdigt den greisen Monarchen, den Vertreter der feudalen Reaktion keines Blickes mehr. Dafür behält er die Gruppe links im Auge: den Justizminister, der den Bürgerkönig vorwärtstreibt und den bürgerlichen Abgeordneten, der den König zurückhalten will. Gegenüber dem klassenbewußten jungen Proletarier erscheinen auf dieser Grafik Feudale und Bourgeois wie Zwerge. Daumier hat in einer fast pathoshaften Art die revolutionäre, vorwärtstreibende Rolle des Proletariats dargestellt.

Tatsächlich gehörten die Pariser Druckereiarbeiter zur politischen Avantgarde des französischen Proletariats. Sie bildeten den Kern der Gruppe, aus denen die revolutionären Aktionen in den Julitagen 1830 hervorgingen. In den Sälen der Buchhändler legten sie Waffenlager an. Sie gossen Druckereitypen zu Geschossen für die Gewehre um. Für Daumier stand fest, daß gerade die Arbeiter, die schon an der Spitze der Juli-Revolution standen, die Pressefreiheit am wirkungsvollsten verteidigten.

Diese Lithografie gibt einen Eindruck von der politischen Größe Daumiers. Durch seine realistische, kritische und engagierte Haltung stieß er zu einem Verständnis der politischen Entwicklung vor, das nur wenige radikale demokratische Künstler der damaligen Zeit erreicht haben: des Proletariats als des konsequenten Verteidigers der bürgerlich-demokratischen Rechte! Und so stellte sich dieser Kämpfer für die Freiheit 1871 dann auch der Pariser Kommune zur Verfügung, als Mitglied jener Kommission für die Kunstschätze, der auch Courbet angehörte.

Zugleich zeigt diese Grafik aber auch die hohe künstlerische Qualität Daumiers, der aus einer konkreten historischen Situation das Typische herausarbeitete, so daß sich die historischen Figuren zu typischen Vertretern ihrer Klasse verwandeln. So daß die Darstellung eines konkreten Kampfes für die Verteidigung der Pressefreiheit zu einer Darstellung des Proletariats gerät, das gleichsam die Erde beherrscht und Feudalismus und Bourgeoisie in den geschichtlichen Hintergrund abtreten läßt. Auch diese Grafik ist in Münster nicht zu sehen. Wer also die Ausstellung besucht, muß sich auf einiges gefaßt machen.



„Rührt nicht daran!" 1834. Ein Druckereiarbeiter verteidigt die Pressefreiheit, die Louis-Phillippe angreifen will.

Umweltskandal in Frankenthal

Seit 10 Jahren heimtückisches Gift im Grundwasser!

Seit zehn Jahren schweben die Bürger in Frankenthal (Pfalz) in Gefahr, daß sie mit dem Trinkwasser ein äußerst tückisches und gefährliches Gift zu sich nehmen. Am akutesten sind die Bewohner der Nordend-Siedlung am Rande von Frankenthal gefährdet. Bis vor wenigen Monaten hatten die Behörden verschwiegen, daß das Brunnenwasser ihrer Gärten, das sie zum Bewässern ihrer Gärten und für die Planschbecken ihrer Kinder benutzen, in hohem Grade mit dem krebserzeugenden Gift Benzol verseucht ist.

Als 1968 die Saar-Ferngas AG Tausende Liter von dem Benzol, das bei der Gasherstellung aus Benzin entsteht, versickern ließen, erfuhr niemand etwas davon. Erst 1973 kam die Sache ans Licht. Und auch wie das geschah, ist bezeichnend: 1973 waren auf demselben Betriebsgelände rund 70.000 Liter Heizöl durch ein undichtes Tankventil in der Erde versickert. Der damalige „Unfall" zwang die Behörden zu einer Boden- und Grundwasseruntersuchung. Und bei dieser stellte sich dann die Benzolverseuchung heraus.

Hat die Stadtverwaltung von Frankenthal sofort die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Gefahr für die Bevölkerung zu bannen? Irrtum! Zwar war die Rede von einer angeblichen „Sanierung" des verseuchten Geländes. Aber in Wahrheit geschah nichts. Im Gegenteil! Die am unmittelbarsten in Gefahr schwebenden Bewohner der Nordend-Siedlung wurden von den Behörden in ungeheuerlicher Weise angelogen und über das Ausmaß der Vergiftung getäuscht. Auch das zunächst eingeleitete Untersuchungsverfahren gegen die Saar-Ferngas AG wurde eingestellt. Wegen „Verjährung"!

Die Siedler im Nordend machten dann im Laufe der Jahre merkwürdige Erfahrungen. In den Gärten verkümmerten die Pflanzen. Bäume starben ab. Fische in Aquarien und Teichen verendeten. Und beim Begießen der Pflanzen bekamen die Leute Schwindelgefühle oder waren irgendwie „high". Schließlich gründeten 44 Familien in der Nordend-Siedlung eine Interessengemeinschaft, um sich gegen vermutete Gefahr selbst wehren zu können. Am 11. April dieses Jahres flatterte ihnen dann plötzlich ein Schreiben der Stadtverwaltung ins Haus, in dem ihnen ab sofort verboten wurde, das Wasser aus ihren eigenen Brunnen weiter zu benutzen. Das Wasser enthalte 5,4 Milligramm Benzol pro Liter, hieß es in dem Schreiben. Von irgendwelchen weiteren Maßnahmen der Stadtverwaltung war nichts zu hören. Auch die Gesundheitsbehörden wurden nicht eingeschaltet.

Die Interessengemeinschaft beauftragte jetzt selbst drei voneinander unabhängige Labors mit der Untersuchung des Brunnenwassers. Ergebnis: Alle drei Institute fanden Benzolwerte bis zu 155 Milligramm pro Liter. Das ist etwa das dreißigfache dessen, was die von der Stadtverwaltung beauftragten „Experten" festgestellt hatten! Die Nordend-Bewohner, die aufs äußerste empört und beunruhigt sind, veranstalteten deshalb kürzlich eine Protestversammlung. Unter anderem fordern sie auch die sofortige Einschaltung der Gesundheitsbehörden. Von Benzol ist bekannt, daß es verschiedene Krankheiten auslöst, insbesondere Blutkrebs. Bekannt ist auch, daß dieses Gift sich langfristig im menschlichen Körper aufspeichern und summieren kann. Die Krankheitssymptome können erst Jahre nach der Vergiftung auftreten.

Inzwischen hat die Stadtverwaltung eine neue Grundwasser- und Bodenuntersuchung in Auftrag gegeben, bei der Universität Karlsruhe. Wie „konsequent" dabei vorgegangen wird, zeigt sich daran, daß den Wissenschaftlern ausgerechnet Angestellte der Saar-Ferngas AG als Assistenten zugewiesen wurden, die ihnen die Stellen nennen sollen, wo Proben zu entnehmen sind. Was die Gefahr der Trinkwasserverseuchung betrifft, so behauptet die Stadtverwaltung, sie sei „nicht akut"; das Gift sei bislang nicht in die tieferen Bodenschichten eingedrungen, aus denen die Trinkwasserversorgung gespeist wird. Allerdings mußten Behördenvertreter zugeben, daß es zwischen den Bodenschichten sogenannte „Fenster" gibt, also durchlässige Zonen, durch die das Gift mit der Zeit weiter in die Tiefe und damit in die Zone dringen kann, aus der die Stadt das Trinkwasser gewinnt.

Eines jedenfalls steht fest: Wären nicht die Bewohner der Nordend-Siedlung auf die Barrikaden gegangen — bis heute wäre nichts geschehen, um aus der heimtückischen Vergiftung des Bodens und Grundwassers irgendwelche Konsequenzen zu ziehen.

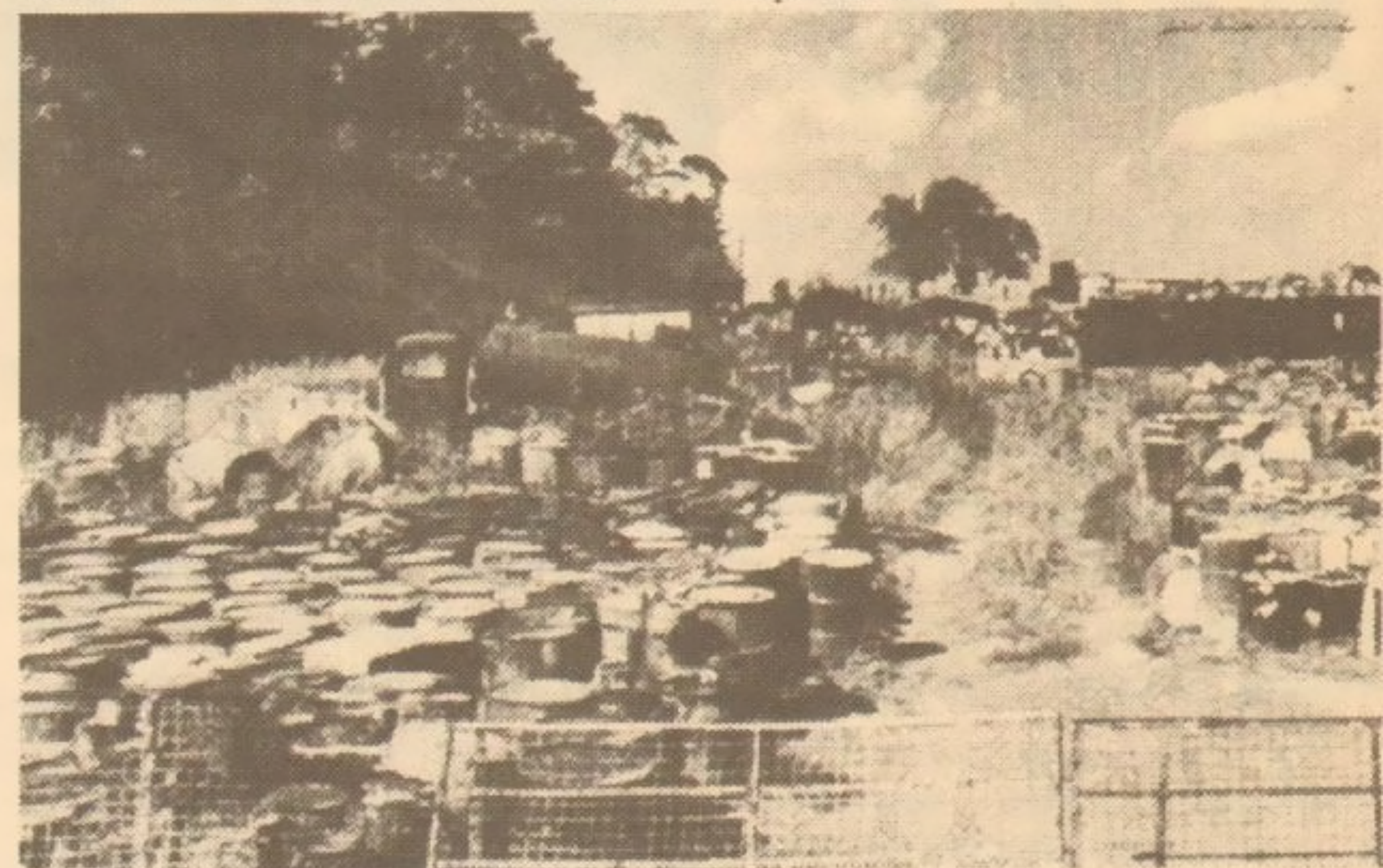
Giftmüll aus USA in Hessen abgelagert

Nicht genug damit, daß die bundesdeutschen Konzernherren mit ihren eigenen Industrieabfällen skrupellos unsere Umwelt verseuchen und vergiften. Sie machen auch noch Profit mit der Ablagerung gefährlicher Industriegifte ausländischer Firmen hier in der Bundesrepublik. Vor wenigen Tagen wurden in einer stillgelegten Kaligrube der Kali & Salz AG in Herfa-Neurode (Nordhessen) 950 Fässer mit arsenhaltigen Pflanzenschutzmittel-Rückständen eingelagert, die aus den USA stammen.

Absender des Giftmülls ist das amerikanische Chemieunternehmen Allied Chemical. Hinter der Kali & Salz AG steckt der westdeutsche Chemiekonzern BASF. Die BASF-Kapitalisten betreiben mit der stillgelegten Kali-Grube ein lukratives Geschäft. Für jede Tonne des US-Giftmülls kassieren sie einen Betrag von 120 DM. Für die amerikanischen Chemie-Bosse ist die Sache ebenfalls die „kostengünstigste Lösung", denn in den USA sind die Umweltschutzgesetze verschärft worden. Die hessische Landesregierung zeigte sich auch in diesem Fall als verläßlicher Freund und Handlanger der Konzernherren. Sie erteilte ihre Genehmigung zu dem skandalösen Geschäft. Wie es heißt, sollte der Giftmüll ursprünglich in England verbrannt werden, was jedoch am Widerstand von Umweltschützern scheiterte.

Es ist zu vermuten, daß die BASF-Kapitalisten das stillgelegte Kaliwerk als Profitquelle auch weiterhin sprudeln lassen wollen. Sollte das Geschäft mit der US-Firma Schule machen, so können die BASF-Bosse noch so manche Million nebenbei mit der Kali-Grube machen. Vorausgesetzt, die werktätige Bevölkerung macht nicht durch ihren Widerstand den Herren einen Strich durch die Rechnung. Würden die Chemiekonzerne aus ganz Westeuropa hier ihr Gift abladen, so machte BASF mit der stillgelegten Grube einen größeren Reibach als früher mit der Förderung.

Nebenbei zeigt dieser Fall wieder einmal, was von der verlogenen Propaganda zu halten ist: „Entweder saubere Umwelt oder mehr Arbeitsplätze." Die Vergiftung und Verseuchung unserer Umwelt entspringt einzig und allein der Profitgier der Kapitalisten. Regierung und Behörden fördern und dulden dieses verbrecherische Treiben, denn in diesem Staat diktieren letztlich nur die Monopolkapitalisten.



Neurode: Nur einer der zahllosen Giftmüllskandale in Hessen (Bild: Giftmülldeponie Langenselbold).

Weißer Staub im Weißen Haus

Erneut wird Staub aufgewirbelt um den amerikanischen Obersaubermann, Jimmy Carter. Diesmal ist es weißer Staub. Metaqualone, Haschisch, Marihuana, Kokain. In Gang gekommen ist die Angelegenheit durch einen Zufall.

Washingtoner Polizisten waren dahintergekommen, daß ein Psychiater seinen Patienten per Rezept zu Drogen verhalf. Unter anderem hatte eine Büroangestellte auf diese Weise die Droge Metaqualone erhalten. Als die Ermittlungstätigkeit in die Hände der „richtigen Leute" bei der Washingtoner Polizei gelangte, war es bereits zu spät, um den Fall in der Versenkung verschwinden zu lassen. Die amerikanische Öffentlichkeit erfuhr: Der Drogenhändler im weißen Kittel war niemand anders als Dr. Bourne, Mitarbeiter des amerikanischen Präsidenten und — sein Drogenberater! Verschrieben hatte er das Metaqualone einer Assistentin im Weißen Haus! Zunächst versuchte Bourne die Sache zu vertuschen: Er habe die Droge lediglich aus medizinischen Gründen, als Schlafmittel verschrieben. Aber mit dieser Lüge kam er nicht weit. Denn ein Journalist enthüllte, daß er mit eigenen Augen gesehen hatte, daß derselbe Dr. Bourne auf einer Party Marihuana und Kokain konsumiert habe. Dr. Bourne mußte zurücktreten.

Und was tat sein sauberer Chef? Ließ er Untersuchungen im Weißen Haus anstellen? Nein. Carter verkündete über seine Pressesprecher: Untersuchungen finden nicht statt, weil „es keine vernünftige Methode dies zu tun, gibt". Und das, nachdem inzwischen ganz Amerika wußte, daß nicht nur Dr. Bourne, sondern auch andere Mitarbeiter des Präsidentenstabs im Drogensumpf steckten. Sieben von ihnen hatten das, anonym versteht sich, sogar öffentlich erklärt.

Diese sieben und alle anderen Hascher und Schnupfer im Weißen Haus können also auch in Zukunft getrost weitermachen. Denn für diese „Elite der amerikanischen Nation" gelten die Gesetze, die sie selbst gemacht haben, nicht. Während amerikanische Jugendliche aufgrund der Anti-Drogen-Gesetze verfolgt, verprügelt, ins Gefängnis geworfen werden, können die Männer, die diese Gesetze gemacht haben, unter dem Schutz von Carter persönlich Drogenorgien feiern und Drogenhandel im großen Stil betreiben.

Wobei wir wieder bei Dr. Bourne wären. Denn es geht bei diesem Skandal im Weißen Haus ja nicht nur darum, daß diese „heilige Stätte" der Nation ein Drogentempel ist. Für wie naiv hält Carter denn die amerikanischen Werktätigen, um ihnen weismachen zu wollen, dem als oberster Drogenbekämpfer eingesetzten Dr. Bourne sei nichts anderes vorzuwerfen, als daß er ab und zu selber Drogen per Rezept verordnet hat? Wäre Bourne dann so schnell zurückgetreten? Hätte man dann solche Angst vor Untersuchungen im Weißen Haus?

Nehmen wir nur einen Moment an, Dr. Bourne hätte nicht als Drogenberater im Weißen Haus gesessen, sondern in einem x-beliebigen Rauschgiftdezernat. Würde dann jemand auch nur eine Sekunde daran zweifeln, daß hier der Bock zum Gärtner gemacht wurde, daß hier der verbrecherische Handel mit den Drogen nicht bekämpft, sondern geduldet und gefördert worden ist? Wohl kaum. Aber Dr. Bourne saß eben nicht in einem x-beliebigen Rauschgiftdezernat, sondern im Weißen Haus. Und bekanntlich gilt in Amerika wie überall: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Hamborner Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.